

Grete Anzengruber, Elke Renner, Michael Sertl

LehrerInnengewerkschaft zwischen Standesvertretung und Bildungspolitik

Schulheft 137/2010

StudienVerlag

IMPRESSUM

schulheft, 35. Jahrgang 2010

© 2010 by StudienVerlag Innsbruck-Wien-Bozen

ISBN 978-3-7065-4915-8

Layout: Sachartschenko & Spreitzer OEG, Wien

Umschlaggestaltung: Josef Seiter

Printed in Austria

Herausgeber: Verein der Förderer der Schulhefte, Rosensteingasse 69/6,
A-1170 Wien

Grete Anzengruber, Eveline Christof, Ingolf Erler, Barbara Falkinger, Norbert Kutalek, Peter Malina, Editha Reiterer, Elke Renner, Erich Reinbolds, Michael Rittberger, Josef Seiter, Michael Sertl, Karl-Heinz Walter, Reinhard Zeilinger

Redaktionsadresse: schulheft, Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien; Tel.: 0043/ 1/4858756, Fax: 0043/1/4086707-77; E-Mail: seiter.anzengruber@uta-net.at; Internet: www.schulheft.at

Redaktion dieser Ausgabe: Grete Anzengruber, Elke Renner, Michael Sertl

Verlag: Studienverlag, Erlersstraße 10, A-6020 Innsbruck; Tel.: 0043/512/

395045, Fax: 0043/512/395045-15; E-Mail: order@studienverlag.at;

Internet: www.studienverlag.at

Bezugsbedingungen: schulheft erscheint viermal jährlich.

Jahresabonnement: € 29,50/48,90 sfr

Einzelheft: € 12,-/21,50 sfr

(Preise inkl. MwSt., zuzügl. Versand)

Die Bezugspreise unterliegen der Preisbindung. Abonnement-Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Aboservice:

Tel.: +43 (0)1 74040 7814, Fax: +43 (0)1 74040 7813

E-Mail: aboservice@studienverlag.at

Geschäftliche Zuschriften – Abonnement-Bestellungen, Anzeigenaufträge usw. – senden Sie bitte an den Verlag. Redaktionelle Zuschriften – Artikel, Presseausendungen, Bücherbesprechungen – senden Sie bitte an die Redaktionsadresse.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Offenlegung: laut § 25 Mediengesetz:

Unternehmensgegenstand ist die Herausgabe des schulheft. Der Verein der Förderer der Schulhefte ist zu 100 % Eigentümer des schulheft.

Vorstandsmitglieder des Vereins der Förderer der Schulhefte:

Elke Renner, Barbara Falkinger, Michael Rittberger, Josef Seiter, Grete Anzengruber, Michael Sertl.

Grundlegende Richtung: Kritische Auseinandersetzung mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen.

INHALT

Vorwort	5
Bernd Riexinger	
Krisenproteste: „Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung“	9
Horst Bethge	
Krisen, Reformen und die deutschen Gewerkschaften	29
<i>Unvollständige Anmerkungen zur Strategie der Gewerkschaften, speziell der GEW</i>	
Anton Strittmatter	
Als Profession Definitionsmacht gewinnen	58
<i>Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH</i>	
Ruedi Tobler	
Der VPOD als linke LehrerInnengewerkschaft in der Schweiz	64
Ralf Wimmer	
Die österreichische Lehrerinitiative (ÖLI), die Gewerkschaft und die Bildungspolitik	71
Gaby Bogdan	
Allen Hindernissen zum Trotz	90
<i>Die Wiener PV-Alternative im APS-Bereich</i>	
Michael Zahradnik	
Innovationsresistente konservative Betonschädel oder effiziente Interessenvertretung – die vielschichtige AHS-Gewerkschaft	97
Gerald Oberansmayer	
Bologna-Prozess und Lissabon-Strategie – die neoliberale Umkrempelung der Unis	111
<i>Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?</i>	

„Wie hält es die Gewerkschaft mit der Bildungspolitik?“	125
<i>Fragen der sh-Redaktion – Antworten von Gewerkschaftern</i>	
Bernhard Horak, Arbeiterkammer Wien	126
Thomas Kreiml, Dwora Stein, GPA-djp	132
Peter Korecky, FSG	138
Reinhart Sellner, UG	140
Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen	141
Buchbesprechung	143
Christoph Butterwegge: Armut in einem reichen Land	
AutorInnen.....	149

Vorwort

1987 erschien bereits eine schulheft-Nummer zum Österreichischen Gewerkschaftsbund, die „provokant und fundiert verschiedenste Aspekte gewerkschaftlicher Politik darstellen“ sollte.¹ Die Idee zu diesem schulheft entstand aus der Kritik am ÖGB wegen seiner Haltung zu Hainburg und den demokratiepolitischen Mängeln. Trotz der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in dieser Zeit wurde an der Sozialpartnerschaft allgemein wenig gezweifelt. Neu waren oppositionelle LehrerInneninitiativen, die sich formierten und ihre Forderungen stellten. Die Herausgeberinnen der schulhefte dachten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem ÖGB angesichts der politischen und ökonomischen Situation am Ende der 80er Jahre ein großes Bedürfnis der Lehrerschaft sein müsste – und irrten sich leider gründlich: Die Nachfrage nach dieser Nummer war äußerst gering. Dabei sind die Beiträge nach wie vor informativ und lesenswert.

Heute müssen wir uns wieder in einer schulheft-Nummer mit der Gewerkschaftspolitik auseinandersetzen. Denn in der Zeit der Krisen der Wirtschaft und der Demokratie befindet sich die Gewerkschaft in einer tiefen Krise. Eine Gesamtkritik an der Gewerkschaft würde natürlich den Rahmen dieser Ausgabe bei weitem sprengen. Wir haben – der Linie der schulhefte entsprechend – die Bildungspolitik der Gewerkschaft in den Mittelpunkt der Kritik gestellt. Konkreter Anlass für diese Nummer war der Angriff auf die Arbeitszeit der LehrerInnen und die Rolle, die die Gewerkschaft bei den Verhandlungen und in der Öffentlichkeit gespielt hat. Über diesen Anlass hinaus sind wir in unseren redaktionellen Gesprächen sehr schnell auf die Frage gestoßen, ob man in Österreich überhaupt von gewerkschaftlicher Bildungspolitik sprechen könne. Tritt die Gewerkschaft, über die standespolitischen Positionen der GÖD-LehrerInnen-

1 Heidi Pirchner, Elke Renner, Michael Sertl: Der Österreichische Gewerkschaftsbund. Schulheft Nr. 45, Wien 1987. 5 Euro.
Zu bestellen bei schulhefte, 1170 Rosensteingasse 69/5. kh.walter@aon.at

sektionen hinaus, überhaupt als bildungspolitischer Akteur auf?

In einem ersten Teil wird versucht, die Probleme, unter denen im Wesentlichen Gewerkschaften in Zeiten der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben, aufzuzeigen. Den Artikel, der dies beispielhaft behandelt – „Krisenproteste. Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung“ – verfasste der Gewerkschafter Bernd Riexinger aus der Bundesrepublik Deutschland, weil dort, unserer Kenntnis nach, die Auseinandersetzung um die Wirtschaftskrise und Bildung in den Gewerkschaften intensiver und breiter geführt wird als in Österreich.

Im zweiten Teil stehen die Gewerkschaften, die speziell LehrerInnen vertreten, im Brennpunkt. Zuerst soll ein Blick über die Grenzen interessante Perspektiven auf organisatorische und bildungspolitische Möglichkeiten eröffnen. Horst Bethge beschreibt die Entwicklungen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der Bundesrepublik, Anton Strittmatter die organisatorische Vielfalt in der Schweiz. Ruedi Tobler stellt mit dem VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) eine explizit linke Variante von gewerkschaftlicher Bildungspolitik in der Schweiz vor.

Die österreichische Situation in den Lehrgewerkschaften, deren Stellungnahmen und Vorstellungen beschreiben – fraktions- und schultypenspezifisch – die Beiträge von Ralf Wimmer, Gaby Bogdan und Michael Zahradnik.

In die Zeit unserer Recherchen zu dieser Nummer fiel die Protestbewegung der StudentInnen gegen Sparmaßnahmen, Hierarchisierung und Ent-Demokratisierung an den Universitäten im Zuge des Bologna-Prozesses. Gerald Oberansmayer analysiert diese Bewegung und die Unterstützung des Protestes durch die Gewerkschaft, obwohl diese bislang die Bologna-Entscheidungen mitgetragen hatte.

Bei verschiedenen Diskussionen und Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaft mussten wir feststellen, dass es offensichtlich verschiedene Meinungen zur Aufgabe bildungspolitischer Arbeit der Gewerkschaften gibt. Einige sehen die Gewerkschaften als reine Serviceorganisation, die für arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen und entsprechende materielle und ar-

beitsrechtliche Absicherung kämpfen. Andere vertreten eine „weite“ Interpretation, nach der die Gewerkschaften als politische Kraft gesehen werden, die auch einen bildungspolitischen Auftrag hat. Aus dieser Zwiespältigkeit heraus, baten wir 14 GewerkschafterInnen aus verschiedenen Fraktionen um ihre Stellungnahmen zu unseren Fragen. Die Beiträge der fünf AutorInnen, die uns geantwortet haben, bilden den Abschluss dieser Nummer.



Utopie Bildungsrepublik ?



Hilmar Grundmann

Bildung und Integration

2010. 204 S.

Beiträge zur Literatur- und
Mediendidaktik. Bd. 18

Herausgegeben von Bodo Lecke

ISBN 978-3-631-60381-9 · geb.

€-D 34,80 / €-A 35,80 / SFR 51,-

Die Bundesrepublik auf dem Wege zu einer Bildungsrepublik? Das scheint eher eine Utopie zu sein, wenn man den Ergebnissen vertraut, die die Bildungsstudien seit Jahren zutage fördern. Die Zahlen sprechen jedenfalls eine deutliche Sprache, z. B. die ständig steigende Zahl der Schulabsolventen, die mangels kognitiver Fähigkeiten nicht in die Arbeitswelt und damit auch nicht in die Gesellschaft integriert werden können. Mehr noch: Schulische Bildung führt immer weniger zur Integration und stattdessen immer mehr zur Segregation, womit sie zugleich ihre wichtigste gesellschaftliche Funktion, nämlich Ausgleich von herkunftsbedingten Benachteiligungen, verliert. Höchste Zeit also für unser Bildungs- und Ausbildungssystem, sich wieder auf seine genuine Aufgabe zu besinnen.

Aus dem Inhalt: Zu den Ursprüngen unseres heutigen Bildungsbegriffs · Allgemeine Bildung und berufliche Ausbildung: Was sie trennt und was sie verbindet · Über die neue Bedeutung der ästhetischen Bildung für die Aneignung der postmodernen Wirklichkeit · Ziel der beruflichen Ausbildung: funktionales Wissen oder personales Können? · Zur Integrationsleistung der Bildung in gesellschaftliche Zusammenhänge

€-D: inkl. MwSt. – gültig für Deutschland, €-A: inkl. MwSt. – gültig für Österreich.

Bernd Riexinger

Krisenproteste – „Für eine gewerkschaftliche Neuorientierung“¹

Im März 2009 mobilisierten ein Bündnis kapitalismuskritischer Kräfte und im Mai Gewerkschaften sowohl in Deutschland als auch in Österreich für Massendemonstrationen. Ende 2009 protestierten die Studierenden gegen die Misere an den Universitäten. Es wäre fatal, wenn diese Proteste wieder im Sand verliefen, denn die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wird sowohl der Mehrheit der Bevölkerung als auch den Gewerkschaften laufend und künftig präsentiert.

Die Verteilungsauseinandersetzungen machen vor Löhnen und Arbeitsbedingungen nicht halt, die Gewerkschaften laufen Gefahr, erneut in die Defensive zu geraten, sie müssen sich sowohl um die inhaltliche Perspektive als auch um eine Erweiterung der Kampfformen und-mittel kümmern. Zu beiden sollen in diesem Artikel konkrete Vorschläge gemacht werden.

Zuvor soll jedoch vor einigen für die Gewerkschaften gefährlichen Mythen und Fehleinschätzungen gewarnt werden,

Es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Gewerkschaften und Kapital, aus der Krise herauszukommen

War zu Beginn der Finanzkrise die wirtschaftliche und politische Klasse noch geschockt über den drohenden Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems und die Blamage des neoliberalen Politikmodells, so ist diese kurze Phase bereits Geschichte und die Brandstifter betätigen sich ungeniert und ungestört als Feuerlöscher. Es ist nur ein weiterer Beleg dafür, wie überrascht und z.T. sprachlos die Gewerkschaften vom Ausbruch der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 waren, dass sie diese kurze Phase nicht für eine sofortige Kampagne gegen die vorherr-

1 Dieser Artikel ist die vom Autor überarbeitete Fassung seines Beitrags in: isw-report Nr. 78, München 2009, S. 20-27.

schende Politik und zumindest den finanzgesteuerten Kapitalismus und seiner wichtigsten Repräsentanten genutzt haben. Die gleichen Akteure, die der neoliberalen Doktrin der Deregulierung jahrelang gefolgt sind, werden jetzt nicht müde, die Bedeutung des Staates bei der Krisenbewältigung zu betonen. Nachdem sie tatkräftig dabei mitgeholfen haben, dass im wirtschaftlichen Aufschwung zugunsten des Kapitals umverteilt wurde, werden sie jetzt in der Krise unter geänderten ideologischen Vorzeichen ebenso tatkräftig mithelfen, dass die Lasten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden und erneut von unten nach oben umverteilt wird. Das ideologische Einfallstor dafür ist die These, dass wir jetzt gemeinsam aus der Krise herauskommen müssen. Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften müssten jetzt alle am gemeinsamen Strang ziehen und alles dafür tun, dass die Krise bewältigt und die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt wird. Die deutschen Gewerkschaften sind durchaus anfällig für diese Art der „Krisenbewältigung“, wie die vielfachen Zugeständnisse bei der „Rettung“ und „Sanierung“ von Betrieben einerseits und die Beteiligung am aktiven Regierungshandeln andererseits belegen. Diese Art von Politik wird jedoch im Ergebnis höchstens dazu führen, dass die sozialen Standards, Löhne- und Arbeitsbedingungen nach der Krise deutlich schlechter als vor der Krise sein werden. Vielmehr müssen die Gewerkschaften im Verlauf des gesamten Krisenprozesses deutlich machen, dass sich ihre Lösungen diametral von denen der Wirtschaft und ihrer politischen Vertreter unterscheiden, und dass sie nur durch politische Mobilisierung durchgesetzt werden können. Die Krise wird kein vorübergehender Betriebsunfall sein, der nach kurzer Zeit wieder behoben sein wird.

Genau so wenig wie die Apologeten der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die berufsmäßigen Ideologieproduzenten in der Lage waren, das Heraufziehen der Krise zu erkennen oder auch nur zu erahnen, so wenig dürfen wir ihrem berufsmäßigen Optimismus vertrauen, der jedes kleinste Anzeichen der wirtschaftlichen Besserung in ein baldiges Ende der Krise und einen bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung umdeutet. Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich auf einen längeren Krisenprozess einstellen. Wir erleben gerade die größte Fi-

nanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte, die nicht durch ein paar Konjunkturprogramme in einen erneuten Aufschwung münden wird. Viele sprechen zu Recht von einer Systemkrise des Kapitalismus. Die klassischen „Lösungsmechanismen“ im Kapitalismus sind einerseits Kapitalvernichtung des überakkumulierten Kapitals, andererseits Erhöhung der Mehrwertrate durch Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, um so ein neues Akkumulationsmodell hervor zu bringen. Dieser Prozess verläuft in der Regel selbst krisenhaft. Die Opfer auf Seiten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihren Familien werden umso größer, je geringer die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Gegenwehr ausgeprägt ist und je weniger sie im Bündnis mit den linken Kräften und sozialen Bewegungen in der Lage sind, einen alternativen Gegenentwurf hervorzubringen und gesellschaftlich durchzusetzen. Diese Aufgabe ist um so drängender, je mehr sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit der nicht mehr zu leugnenden Klima- und weltweiten Hungerkrise verschränkt. Ein Weiterso des bestehenden Produktions- und Lebensmodells würde die längst überhand nehmenden Destruktivkräfte des Kapitalismus nur noch mehr verstärken.

Die veränderte Rolle des Staates stärkt nicht den Einfluss der Gewerkschaften und beendet nicht die Politik der Umverteilung und sozialen Ungerechtigkeit

Es wäre eine große Illusion zu meinen, dass die neoliberale Politik der vergangenen Jahre durch eine für die Gewerkschaften freundlichere staatliche Interventionspolitik abgelöst würde. Die Sozialisierung der Verluste ist weder Sozialismus noch eine soziale Variante des Kapitalismus. Die Art und Weise, wie das Finanz- und Bankensystem staatlich gestützt und deren Risiken auf die Bürger/innen abgewälzt wird, ist nicht nur die teuerste Variante, sondern auch diejenige, die bestehende Strukturen etwas modifiziert sichern soll. Die Kräfteverhältnisse haben sich nicht zu Gunsten der Gewerkschaften verändert. Weil sich alle politischen Parteien, ausgenommen DIE LINKE mehr oder weniger einig sind, die Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer

nicht zu belasten, werden die Staatsfinanzen durch die zunehmende Verschuldung und das Wegbrechen der Steuereinnahmen gewaltig unter Druck kommen. Schon heute setzen viele Kämmerer angesichts des zu erwartenden Einbruches bei der Gewerbesteuer den Rotstift an die städtischen Haushalte. Die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlich Beschäftigten werden dies immer stärker zu spüren bekommen. Deshalb ist es nicht hoch genug einzuschätzen, dass ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) trotz Krise einen Konflikt für bessere Bezahlung und Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten geführt hat und Streiks organisierte, um diese Forderungen durchzusetzen, auch wenn das Ergebnis nicht wirklich befriedigend ist.

Insgesamt müssen die Gewerkschaften den Staat als umkämpftes Feld begreifen, auf dem sie nur Terrain gewinnen können, wenn sie die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändern. Das bedeutet in erster Linie das politische Mandat offensiv wahrzunehmen und massiven Druck auf die politischen Kräfte ausüben. Die Option des politischen Streikes darf nicht länger ein Tabu sein.

Retten, was zu retten ist, ersetzt keine politische Perspektive

Vom IGM-Vorsitzenden, Berthold Huber, stammt der Satz: „Die Macht der IGM liegt in den Betrieben, nicht auf der Straße.“ Linke Gewerkschafter haben diesen Satz etwas umgewandelt in: „Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben und auf der Straße.“ Es soll an dieser Stelle nicht angezweifelt werden, dass sich die Stärke der Gewerkschaften in allererster Linie in den Betrieben definiert. Es wäre sogar zu wünschen, dass der betriebliche Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau, Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Betriebsverlagerungen, u.v.a.m. an Fahrt, Radikalität und Dynamik zunimmt. Unter dem Druck von Standortschließungen und Massenentlassungen greift jedoch allenthalben Konzessionspolitik um sich. Unter dem Motto „retten, was zu retten ist,“ werden alle möglichen Zugeständnisse gemacht, um Entlassungen zu verhindern oder zumindest

zu begrenzen. Das ist durchaus verständlich, doch in der Gesamtschau wird das nur zu einem neuen Wettlauf nach unten führen. Unter den Bedingungen der Krise sind gerade den rein betrieblichen Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Die Stärke in den Betrieben kommt eben in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit den politischen Forderungen und Perspektiven verschränkt werden. Dabei gilt es die Mobilsierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken.

Die Krise ist noch nicht bei allen angekommen

Eine falsche Erklärung der relativen Ruhe in Deutschland, das gilt auch für Österreich, ist die häufig gehörte und auch in den Gewerkschaften verbreitete Meinung, dass die Krise bei der Mehrheit der Bevölkerung noch nicht angekommen sei. Im neuen Deutschlandtrend beantworten 34 % die Frage, ob sie von der Krise betroffen sind, mit ja. 59 % sind der Meinung, dass uns der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht und 47 % machen sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft. Im Hauptland der Kurzarbeit, in Baden-Württemberg, bangen viele um ihren Arbeitsplatz, wenn die Kurzarbeit ausläuft. Außerdem löst direkte Betroffenheit noch lange keinen Trend nach links aus oder führt zu sozialen Kämpfen. Viele hoffen und mögen gerne den Merkels, Steinbrücks und von Gutenbergs glauben, dass die Krise schnell wieder in einen Aufschwung übergehen und Deutschland daraus gestärkt hervorgehen werde.

Kassandrarufer der Linken oder linker Gewerkschafter, nach denen wir es mit einer Jahrhundertkrise zu tun haben, die nicht so schnell vorübergehen wird, werden schnell als ewige Schwarzmalerei abgetan. Trotzdem dämmert es mehr und mehr Menschen, dass diese Krise sich von regelmäßig stattfindenden Konjunkturkrisen unterscheidet und ein Weiter so nicht möglich und vielleicht sogar nicht wünschenswert ist. Die Krise sorgt für Brüche in den Alltagserfahrungen und im Denken, an denen die Gewerkschaften ansetzen und politische Orientierung anbieten müssen.

Perspektiven für die Gewerkschaften

Kapitalismuskritische Erklärungen der Krise drängen die Gewerkschaften durchaus nicht in die Rolle von Sektierern und Revolutionsromantikern. Es würde den gewerkschaftlichen Positionen eine größere Schlagkraft geben, wenn sie durch eine grundlegende Kritik an der Logik von Profitwirtschaft, Konkurrenz, freien Märkten und der Unterordnung der Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung üben. Mindestens die fundierte Kritik an der Formation des finanzgesteuerten Kapitalismus können wir von den Gewerkschaften erwarten, ohne dass dabei die Illusion genährt wird, dass die sog. Soziale Marktwirtschaft (als Gegenentwurf zum Sozialismus) wieder auferstehen wird.

Wenn wir auch von den Gewerkschaften in ihrem derzeitigen Zustand nicht erwarten können, dass sie sich an die Spitze einer sozialistischen Bewegung setzen könnten, die aktuell auch nicht in Sicht sein dürfte, so werden sie dennoch nicht auf einen überzeugenden Gegenentwurf zum Modell des finanzgesteuerten Kapitalismus verzichten können. Das Ziel eines Systemwechsels oder um mit Elmar Altvater zu sprechen „eines Modellwechsels“ ist unausweichlich, wenn die Gewerkschaften ihre Bedeutung als gesellschaftlich ernstzunehmende Kraft nicht verlieren wollen.

Aus heutiger Sicht müsste sich ein solcher Gegenentwurf an folgenden Grundlinien orientieren:

1. Massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten – Reiche, Vermögende und Kapitalbesitzer müssen zahlen;
2. Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors
3. Schutzschirm für die Menschen
4. Regulierung und Verstaatlichung des Finanzsektors
5. Vergesellschaftungsprozess vorantreiben – Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren
6. Ressourcensparende und ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen
7. International soziale, demokratische und ökologische Standards durchsetzen

Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten

Zwischen den meisten linken Ökonomen besteht Einigkeit, dass die massive Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und die staatliche Umverteilung eine Ursache der gigantischen Ausdehnung und „Verselbständigung“ der Finanzmärkte ist. Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di beträgt diese in den letzten 10 Jahren jeweils 500 Mrd. €. In Deutschland ist nicht nur die Lohnquote stetig gesunken, die Reallöhne sind ebenfalls ins Minus gefallen. Besonders deutlich macht sich das bei den unteren Lohngruppen bemerkbar. Für die Rückumverteilung von oben nach unten gibt es relativ präzise Vorstellungen, wie die Einführung einer Millionärssteuer, die nachhaltige Besteuerung großer Vermögen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn soll eine untere Grenze für die Löhne einziehen. Die Höhe von 7,50 €, die bereits seit 7 Jahren unverändert gefordert wird, müsste längst auf 10 € erhöht werden. Damit könnte diese Forderung zusätzlichen Drive bekommen, weil deutlich mehr Beschäftigte davon profitieren würden.

Die gewaltigen Umverteilungsprozesse, verstärkt und begünstigt durch die neoliberale Politik der letzten 20 Jahre, haben die Gewerkschaften gewaltig in die Defensive gebracht. Speziell in Deutschland hielt sich der Widerstand gegen diese Entwicklung ohnehin in Grenzen. Ohne die Rückumverteilung von Vermögen und Einkommen gibt es jedoch keine Spielräume für linke Reformprojekte. Im Gegenteil, es wird in jeder zu erwartenden politischen Konstellation den Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern die Zeche präsentiert werden. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften den ohnehin stattfindenden Verteilungskampf mit offensiven Forderungen und einer gut vorbereiteten Kampagne vorbereiten und führen. Er wird eindeutig auf dem Feld der außerparlamentarischen Aktivitäten geführt werden müssen, und zwar in der Verbindung von Tarif- und politischen Auseinandersetzungen.

Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors

Ein wesentliches Element der neoliberalen Politik war und ist die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Bereits in den 90er Jahren wurden die Energieversorgung und Post und Telekommunikation privatisiert. Durch die politisch gewollte Finanzmisere der Kommunen verkauften viele Städte und Gemeinden ihre Krankenhäuser, Stadtwerke, privatisierten die Müllabfuhr oder gar die Wasserversorgung. Zwischenzeitlich gehört es fast zum Volksbewusstsein, dass die Privatisierung nicht zur Wohlstandsvermehrung der breiten Bevölkerung beigetragen hat. Die These, dass Markt und Wettbewerb der öffentlichen Steuerung überlegen sind, hat sich zwischenzeitlich vor der Wirklichkeit mehr als blamiert. Die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche und der massive Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors könnte eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der Gewerkschaften, insbesondere von ver.di und GEW sein, das sowohl die Beschäftigten im öffentlichen Sektor, als auch die betroffenen Einwohner/innen mobilisieren kann.

Die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Sektors paart sich auch mit der Misere im Bildungssystem, den Defiziten in der Gesundheitsversorgung und der Notwendigkeit einer verstärkten ökologischen Orientierung. Die beeindruckenden Bildungsstreiks, der z.B. in Stuttgart gemeinsam mit Erzieher/innen, organisiert wurde, gibt eine Vorahnung, welche gesellschaftlichen Bündnisse die Gewerkschaften auf diesem Feld schließen können. Außerdem brechen Monat für Monat Teile der industriellen Produktion zusammen. Der öffentliche Sektor könnte dies ganz oder teilweise auffangen. Alle Vergleiche zeigen, dass Deutschland im Vergleich z.B. zu den nordischen Ländern gerade über mal die Hälfte an Beschäftigten, umgerechnet auf 1000 Einwohner, verfügt. Der Ausbau öffentlicher Beschäftigung, verbunden mit der Forderung nach einem grundlegend anderen und besseren Bildungssystem, dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und ökologischem Umbau wäre ein wichtiger Baustein in Richtung bedarfsorientierte Wirtschaft. Vo-

raussetzung ist, dass die Markt- und Wettbewerbsorientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durchaus auch die ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste und Verkehr) und Teile von ver.di mitgemacht haben und vielleicht immer noch mitmachen, kritisiert und zurückgedrängt wird. Außerdem muss der öffentliche und gemeinwohlorientierte Sektor finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Insofern verbindet sich diese Position mit der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sinnvoll ist es, dieses Projekt mit Konzepten höherer Bürger/in-nendemokratie zu verknüpfen.

Der Kampf gegen Privatisierung, für Re-Kommunalisierung und Ausbau des öffentlichen Sektors ist durchaus als europäisches oder gar internationales Projekt der Gewerkschaften geeignet, gehört die Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung doch geradezu zum Credo der vorherrschenden Politik der EU. (EuGH – Urteil 2007 erklärte zwar, dass an und für sich Streiks bzw. kollektive Kampfmaßnahmen in der EU zulässig seien, jedoch nicht dann, wenn sie mit den „Freiheiten“ des EU – Binnenmarktes kollidieren. Anm. d. Red.)

Schutzschirm für die Menschen

Belegschaften, die ganz konkret gegen Entlassungen oder Betriebsschließungen kämpfen, wie z.B. bei Opel, fordern in aller Regel, statt eines Schutzschirmes für die Banken einen für die Menschen oder zumindest für die Arbeitsplätze. Einmal davon abgesehen, dass der Kapitalismus einen solchen Schutzschirm nicht bieten kann, steckt dahinter trotzdem die richtige Erkenntnis, dass der Staat, der Hunderte von Milliarden für das marode Finanzsystem zur Verfügung stellt, sich nicht blind gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit der Existenz von zig Tausenden von Menschen zeigen darf. Zwar kippt dieses Verständnis um, das hat aber damit zu tun, dass das staatliche Handeln beschränkt auf die Feuerwehrrolle zur Rettung in die Schieflage gelangter Betriebe kein überzeugendes Konzept darstellt.

Die klassische „Lösung“ von Krisen im Kapitalismus geschieht durch die massenhafte Vernichtung von Kapital, sprich

Standortschließungen, Insolvenzen, Teilbetriebsschließungen oder Auslagerungen, usw., damit der überlebende Rest wieder akkumulieren kann. Die aufgebaute Überproduktion von Autos, Verkaufsfläche, usw. wird so auf die inhumanste Art und Weise abgebaut, indem zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet und damit Millionen von Menschen die Existenzgrundlage entzogen wird.

Überkapazitäten können aber auch durch radikale Arbeitszeitverkürzung abgebaut werden. Gerade jetzt in der Krise erweist es sich als Fehler, dass die Gewerkschaften das gesellschaftliche Projekt der Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und sogar relativ unkritisch zugelassen haben, dass die Arbeitszeit verlängert, entgrenzt und dereguliert wurde.

Die von linken Gruppen relativ schematische Forderung nach der 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich hat jedoch kaum eine Chance aufgegriffen zu werden, weil sie den ums Überleben kämpfenden Betrieben eine solche hohe Kostenbelastung aufzwingen würde, dass deren Überleben noch mehr in Frage gestellt wird.

Deshalb müssen die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung, wohlgermerkt bei vollem Lohnausgleich, zu einem gesellschaftlichen Projekt machen.

Statt z.B. sich auf die Verlängerung von Kurzarbeit zu beschränken, könnte der Staat Arbeitszeitverkürzung finanziell unterstützen, wie es z.B. die Memorandum-Gruppe fordert. Hierzu könnten gesellschaftliche Fonds aufgebaut werden, die insbesondere personalintensiven Betrieben Zuschüsse für Arbeitszeitverkürzung gewähren. Gelder, die von kapitalintensiven und hoch profitablen Konzernen geholt werden können. Diese gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung müsste mit dem Schutz vor Entlassungen oder zumindest deren erheblicher Erschwernis verbunden werden. Es ist keinesfalls so, dass dafür kein Geld vorhanden ist, wie die milliardenschweren Konjunkturprogramme beweisen, ganz zu schweigen von den Hilfen und Bürgschaften für die Banken. Wenn die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit wieder in die Offensive kommen wollen, müssen sie die Arbeitszeitverkürzung zu einem gesellschaftlichen Projekt machen, das politisch durchgesetzt werden muss. Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst, um mehr Stellen zu schaf-

fen und bei vollem Lohnausgleich wäre nicht nur eine Tarifforderung, sondern eine politische Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Arbeitszeit. Zur Arbeitszeitpolitik zählt auch die Forderung nach Abschaffung der Rente mit 67 (in Österreich 65) und die finanzielle Aufstockung der Renten.

Zum Schutzschirm für die Menschen gehören natürlich auch Forderungen, wie die Abschaffung der Hartz Gesetze und die Aufstockung von Alg II (Arbeitslosengeld) auf 500 € und der Abschaffung der heute damit verbundenen Repressionen, die erhebliche Begrenzung der Leiharbeit, die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Die Agenda 2010 muss rückgängig gemacht und durch ein neues existenzsicherndes System der sozialen Grundversorgung abgelöst werden.

Banken vergesellschaften und Regulierung des Finanzsektors

Die Kontrolle der Banken ist nicht oder nur begrenzt möglich, wenn sie nicht tatsächlich vergesellschaftet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Dass dies nicht einmal bei den Banken passiert, die mit staatlichen Bürgschaften und Krediten vor dem Zusammenbruch bewahrt blieben (z.B. Commerzbank) verdeutlicht, dass der herrschende Block nicht daran denkt in diese Richtung zu gehen. Es wird allerhöchstens etwas mehr Aufsicht und Kontrolle geben, damit der Selbstvernichtung des Finanzsystems entgegen gewirkt wird. Schon jetzt wehrt sich das internationale Finanzkapital vehement gegen weitergehende Regulierung. So geht die Gründung einer sog. Bad-Bank fast ohne großen gesellschaftlichen Widerstand über die Bühne. Von den vielfach angekündigten Kontrollen und Regulierungsvorschlägen wurde bisher kein einziger verwirklicht. So werden bereits wieder die Grundlagen für die nächste Krise geschaffen, wobei wir davon ausgehen müssen, dass die aktuelle noch längst nicht überwunden ist.

Weil es insgesamt eine Menge von sinnvollen Vorschlägen und ausgearbeiteten Positionen zur Regulierung des Finanzsystems gibt, von der Einführung einer Börsenumsatzsteuer bis zur

Trockenlegung der Steueroasen und Verbot der Hedgefonds oder anderer riskanter Spekulationsgeschäfte wird hier darauf verzichtet, dies weiter auszuführen.

Vergesellschaftungsprozess vorantreiben – Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren

Der Vergesellschaftungsprozess der Ökonomie ist soweit vorangeschritten, dass sie nur der massive Eingriff des Staates vor dem Zusammenbruch rettet, oder um mit Marx zu sprechen kommt die weitere Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch zu den bestehenden Produktionsverhältnissen. Natürlich greifen die politischen Akteure von der CDU bis zur SPD oder den Grünen nur ein, um den Patienten zu retten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den bisherigen Bahnen weitergemacht werden kann. Vielleicht wird der Staat dabei mit einer wieder stärkeren Rolle versehen. Aber auch das ist noch nicht ausgemacht. Der übliche Ausspruch, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, drückt aus, dass an eine nachhaltige steuernde Rolle des Staates oder gar an eine Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien nicht gedacht ist. Gerade das sollen die Gewerkschaften jedoch fordern. In diese Richtung geht z.B. der Vorschlag, Opel zu verstaatlichen und daraus einen umweltfreundlichen Mobilitätskonzern zu machen. Der Prozess der Vergesellschaftung muss verbunden werden mit den Anforderungen, eine stärker bedarfsorientierte, umweltverträgliche und geplante Ökonomie aufzubauen, als Gegenstück zum Modell des marktliberalen finanzmarktgesteuerten Kapitalismus. Ansatzpunkte gibt die permanente Debatte darüber, wo der Staat eingreifen soll und wo nicht. Diese Debatte müsste von den Gewerkschaften in Richtung höherer Vergesellschaftungsgrad und mehr wirtschaftlicher Demokratie vorangetrieben werden.

Verstaatlichung allein ist so wenig Sozialismus wie die Sozialisierung der Verluste. Die Lenkung der Betriebe durch eine Staatsbürokratie stößt zu recht bei der Bevölkerung auf großes Misstrauen. Deshalb müssten diese Positionen mit der Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung (auf dem Weg

zur Selbstbestimmung) verbunden werden. Die Idee der IGM Verwaltungsstelle, auf der regionalen Ebene Wirtschafts- und Sozialräte einzurichten, die über die Verwendung der Mittel aus den Konjunkturprogrammen entscheiden, geht zum Beispiel in diese Richtung, ebenso die Einführung von Vetorechten der Betriebsräte bei der Verlagerung von Standorten. Natürlich hebeln solche Rechte und Modelle die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion nicht aus den Angeln, aber sie bieten doch wichtige Ansatzmöglichkeiten, die Interessen der Beschäftigten wirkungsvoller zu vertreten und gehen grundsätzlich in die Richtung, dass die Produzenten über die Produktion und Verteilung entscheiden sollen.

Ressourcensparende und ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen

Wie schon eingangs erwähnt, verschränkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer Klima- Umwelt und auch Hungerkrise. Zwischenzeitlich muss eine Milliarde Menschen hungern und gerade in den Hungerregionen dieser Erde ist die ökologische Zerstörung am weitesten voran geschritten. Eine Fortsetzung unseres ressourcenfressenden und ökologisch belastenden Systems wäre verheerend. Kein Zweifel, es liegt in der Natur des Kapitalismus, die Kosten dieser Produktion auf die Gesellschaft und Natur abzuwälzen.

Eine ressourcenschonende und ökologische Produktions- und Lebensweise ist nur herstellbar, wenn diese Externalisierung gesellschaftlich reglementiert wird und klare Vorgaben für eine ökologische Produktionsweise gemacht werden. Das bedeutet massiven Eingriff in die Marktmechanismen. Die Gewerkschaften müssen die Debatte über eine zukunftsorientierte ökologische und ressourcenschonende Produktionsweise aufgreifen und dem „Weiter so“ eine klare Absage erteilen. Es wird ihr Beitrag sein müssen, die soziale und Arbeitsplatzfrage mit der Ökologiefrage zu verbinden.

International soziale, demokratische und ökologische Standards durchsetzen

Die Notwendigkeit der Internationalisierung der Gewerkschaften fehlt auf keiner 1. Mai-Rede, ohne dass diesen Ankündigungen konkrete Taten folgen. Politisch müssen sich die Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaften vom Gedanken lösen, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der nationalen Industrie auch den Beschäftigten nützt. Unter dem Motto, es ist uns lieber ein Opel-Werk wird in Belgien geschlossen als in Deutschland. Auf diesem Klavier spielt auch die Bundesregierung, wenn sie immer davon redet, dass die deutsche Wirtschaft gestärkt aus der Krise herauskommen wird. Auf diesem Wege wird der Druck auf die Löhne, Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen nur ständig erhöht. Der Kampf um internationale soziale, demokratische und ökologische Standards ist eine Alternative zu dieser Politik.

Die Internationalisierung der Gewerkschaften wird am besten durch konkrete Projekte und länderübergreifende Organisation der sozialen Kämpfe vorangetrieben. Folgende Projekte wären dafür geeignet:

- Der Kampf gegen Privatisierung und für den Ausbau des öffentlichen Sektors. Hier könnten die Gewerkschaften ein Gegenmodell zum kapitalistischen Wettbewerbsstaat entwickeln und dafür konkrete gemeinsame Forderungen entwickeln. Die EU wäre dafür ein geeignetes Feld.
- Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung könnte international eine glaubwürdige Gegenposition gegen Standortschließungen und Arbeitsplatzvernichtung aufbauen.
- Ebenso ist die Forderung nach Vergesellschaftung und Regulierung des Finanzsektors per se eine internationale Angelegenheit, denn dieser Bereich ist sehr stark globalisiert.

Gewerkschaften müssen sich neu aufstellen und ihre Kampf- und Aktionsformen erweitern

Die Gewerkschaften müssen damit rechnen, dass die Angriffe auf die Tarifverträge und Sozialsysteme zunehmen. Das weitgehend

widerstandslose Durchwinken der Schuldenbremse ins Grundgesetz wird die Handlungsmöglichkeiten des Staates weiter einschränken und den Druck auf die Sozialsysteme, aber auch auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst konstant erhöhen. Auf diese Konstellation müssen sich die Gewerkschaften vorbereiten und aus den Niederlagen der letzten 20 Jahre lernen. Das bedeutet einerseits die Gegenwehr in den Betrieben gegen die Angriffe auf die Arbeitsplätze, Tarifverträge und soziale Standards stärken und auch vor Mitteln wie Betriebsbesetzungen nicht zurückschrecken. Auf regionaler Ebene wird das insbesondere gelingen, wenn die Auseinandersetzungen verstärkt vernetzt werden und sie zu Fragen der Region gemacht werden. Die Regel ist heute, dass jeder für sich kämpft und häufig auch verliert.

Die meisten Forderungen und angedeuteten Perspektiven wenden sich an die Regierungen, haben also politischen Charakter. Die Gewerkschaften brauchen auch ein wirkungsvolles politisches Instrument um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen, sprich ihrem politischen Mandat auch die nötige Durchsetzungskraft zu verleihen. Dazu gehört sicherlich die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, dazu gehört aber auch der politische Streik. Der Kampf um das politische Streikrecht muss deshalb ein wichtiges Element werden. Immer wieder haben die Gewerkschaften sich dem Verbot des politischen Streiks widersetzt, beim Angriff auf die Tarifautonomie, bei der Rente mit 67 oder auch jetzt aktuell in der Verwaltungsstelle Stuttgart zum Schutzschirm für Arbeitsplätze. Es gibt aber keinen organisierten Ansatz den politischen Streik etappenmäßig vorzubereiten, die verschiedenen Aktionen während der Arbeitszeit aufeinander abzustimmen. Genau das wäre jedoch notwendig, um der Aneinanderreihung von Niederlagen nicht noch eine weitere hinzuzufügen.

Staat als Arena der politischen Auseinandersetzung

Im Unterschied zu den französischen oder italienischen Gewerkschaften gibt es in Deutschland und Österreich eine nur wenig entwickelte zum Teil auch verschüttete Tradition politischer Streiks oder Kämpfe. Die Gewerkschaften kommen in Krisen-

zeiten doppelt unter Druck, einerseits durch die Betriebsräte, denen im Zweifelsfall das Hemd näherliegt als der Rock und die bei wirtschaftlicher Bedrohung oder Erpressung durch das Management schnell zu Konzessionspolitik bereit sind. Nicht selten werden die Gewerkschaften unter Druck gesetzt, Zugeständnisse zu machen, selbst wenn das zu einem schleichenden Erosionsprozess der Tarifverträge führt. Andererseits führt die Deregulierungs- und Umverteilungspolitik dazu, dass die tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten eingeengt werden. Tarifpolitische Erfolge sind eher selten geworden und es ist kein Zufall, dass gerade in Deutschland die Reallöhne gefallen sind, während sie in den meisten anderen Industrieländern gestiegen sind. Die SPD ist als politischer Arm der Gewerkschaften ausgefallen. Die Agendapolitik der Regierung Schroeder markierte den endgültigen Bruch der Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung, auch wenn das durchaus nicht im Bewusstsein aller Beteiligten auf beiden Seiten angekommen ist. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Organisationsstruktur der Gewerkschaften seit langem nicht mehr deckungsgleich mit den Beschäftigungsstrukturen ist. Die jahrzehntelange Auseinandersetzung über das „Angestelltenmilieu- und Bewusstsein hat nicht dazu geführt, dass deren Organisationsgrad nennenswert gestiegen ist. Schwerer wiegt, dass die Millionen von Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich eine nur sehr geringe organisatorische Stärke aufweisen, obwohl sie dringender denn je handlungsfähige Gewerkschaften brauchen. Die Gewerkschaftsapparate orientieren sich in erster Linie auf die Mitglieder, die sie haben und die Beiträge zahlen. Das erhöht jedoch nur die strukturelle Schwäche. Erste größere Kämpfe im Einzelhandel, im Bewachungsgewerbe oder auch der beachtenswerte Streiks der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten könnten eine Trendwende markieren, wenn das als notwendige Aufgabe begriffen wird. Neue Organisationsformen wie Organizing und Campaign sind dabei unbedingte Voraussetzung für die Organisierung in diesen Bereichen.

Den Gewerkschaften bleibt überhaupt nichts anderes übrig, als ihr Organisationsmodell zu ändern und gleichzeitig die (re) Politisierung ihrer Arbeit zu betreiben. Diese Aussage ist nicht

neu, aber in Krisenzeiten besonders existenziell. Aus Platzgründen kann ich hier nur auf die Frage der Politisierung eingehen. Die Themen liegen hierbei auf der Hand und werden den Gewerkschaften in den nächsten Monaten praktisch aufgedrängt:

- Der Kampf gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung muss mit der politischen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn (10 Euro) und der Forderung nach flächen-deckender Arbeitszeitverkürzung (mit gesetzlicher Flankierung) verbunden werden.
- Die Sozialsysteme müssen nach der Bundestagswahl verteidigt werden. Die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums muss dabei in Vordergrund gerückt werden. Diese Verteidigung muss mit einem erneuten Vorstoß gegen die Rente mit 67 verbunden werden. Diese ist in der Bevölkerung äußerst unpopulär und in Zeiten steigender Massenarbeitslosigkeit erweist sich ihre Unsinnigkeit. Eine erneute Niederlage, wie bei der Agenda 2010 wäre verheerend.
- Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließungen dürfen auf der einen Seite radikalere Kampfformen wie Betriebsbesetzungen nicht mehr ausgeschlossen werden, auf der anderen Seite muss dieser zu einer regionalen und gesellschaftlichen Frage politisiert werden. Den Widerstand gegen Standortschließungen müssen die Gewerkschaften mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verbinden. Dabei ist unbedingt die völlig verschüttete Debatte nach Konversion hin zu sozial- und ökologisch nützlichen Produkten wieder aufzunehmen.
- Insbesondere ver.di muss die Gegenwehr gegen den Angriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge und für einen massiven Ausbau des öffentlichen Sektors führen. Schon heute deuten Haushaltssperren und erneuter Personalabbau an, wie die Mehrheit der Kommunen auf den absehbaren Einbruch der Steuereinnahmen reagieren wird. Diese Auseinandersetzung ist per se politisch und muss mit der Forderung nach einer besseren Finanzausstattung, insbesondere der Kommunen verbunden werden. Dass bis zum Schluss eine Mehrheit der Eltern die Forderungen der streikenden Erzieher/innen unterstützt hat, zeigt welche Bündnismöglichkeiten hier vorhanden sind.

Wenn dies auch nur ansatzweise gelingen soll, müssen die Gewerkschaften jetzt mit einer politischen Kampagne beginnen, die sowohl über die Ursachen und Zusammenhänge der Krise aufklärt als auch den Boden für erforderlichen Kämpfe bereitet. Die gewerkschaftlichen Basisgliederungen sind gut beraten, wenn sie eine Doppelstrategie verfolgen. Auch wer über die Rolle und Politik der Mehrheit der Führungen desillusioniert ist, sollte den „Kampf“ um die Organisation nicht aufgeben. Wir sollten versuchen immer wieder Mehrheiten für unsere Positionen zu organisieren und den gewerkschaftlichen Meinungsbildungsprozess zu beleben und zu befruchten. Die Aktionen im März 2009 in Frankfurt, Berlin und auch in Wien haben jedoch gezeigt, dass viele gewerkschaftliche Gliederungen nicht auf ihre Führungen warten, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln können. Die Bildung von örtlichen und regionalen Bündnissen ist dazu ein wichtiger Schritt, denn es wird den Gewerkschaften nicht gelingen, die Auseinandersetzungen alleine zu bestehen.

Politische Streiks etappenweise vorbereiten

Der Wunsch nach einem Generalstreik ist bei den Mitgliedern weiter verbreitet als viele denken. Im Schwabenland hört man häufig den Spruch „so wie die Franzose müsst mr’s mache“. Dieser Satz drückt zwei Wünsche aus. Erstens, mr müsste es denen da oben mal richtig zeigen. So kann es nicht weiter gehen. Zweitens wäre es aber am besten, es würde jemand anderer machen und man/frau könnte sich die Sache dann im Fernsehen ansehen. An Ersterem können die Gewerkschaften andocken, wenn sie die Option des politischen Streiks überhaupt wahrnehmen wollen. Dafür gibt es derzeit keine ernst zu nehmenden Anzeichen. Auch hier müssten die gewerkschaftlichen Gliederungen eigenständige Vorstöße machen und die Debatte eröffnen und verbreitern. Das ist dringend notwendig. In erster Linie fehlt den meisten Beschäftigten nicht unbedingt der Wille zum politischen Streik, sondern die Erfahrung. In einem ohnehin eher streikschwachen Land, wie der Bundesrepublik, fehlt den meisten Beschäftigten schon die Streikerfahrung in klassischen betrieblichen oder tariflichen Konflikten. Die Androhung von Sankti-

onen bei offiziell verbotenen politischen Streiks würde streikunerfahrene Kollegen/innen schnell einschüchtern, selbst wenn die Gewerkschaften offiziell aufrufen.

Wir hatten in Stuttgart die letzten Jahre äußerst positive Erfahrungen damit gemacht, die Konflikte und Kämpfe in verschiedenen Tarifbereichen miteinander zu verbinden. So zuletzt die Streiks der Verkäufer/innen und der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Es war beeindruckend, wie hier überwiegend streikende Frauen gemeinsam in der Innenstadt demonstrierten und auf der Kundgebung Stärke zeigten. Ein ähnliches Bild bot sich am 17. Juni 2009. 15000 Schüler, Studenten/innen, Beschäftigte der Universitäten und 2000 Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen streikten und demonstrieren gemeinsam und betonten auf der Abschlusskundgebung ihren gemeinsamen politischen Willen, für eine bessere Kinderbetreuung und Bildung zu kämpfen. Das alles war kein Generalstreik, aber vermittelte eine Ahnung, was zusammen möglich ist. Solche Erfahrungen innerhalb von ver.di und zwischen den verschiedenen Gewerkschaften zu organisieren, wäre ein wichtiger Schritt Richtung politischer Streik.

Etappenweise vorbereiten heißt, politische Themen in die Betriebe zu tragen und Aktionen im und vor dem Betrieb zu organisieren. Beispiele wurden schon genannt. Das können Aktionen in der Mittagspause sein, die in die Arbeitszeit hineinreichen oder richtige Arbeitsniederlegungen. Daraus könnte eine Kultur der politischen Demonstration im Betrieb und während der Arbeitszeit entstehen, die koordiniert in einem politischen Streik münden kann. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften gewillt sind Bewusstsein zu bilden und Erfahrungen zu organisieren, dass viele gewerkschaftliche Forderungen nur auf politischem Wege durchsetzbar sind und neue Arbeitskampfformen entwickelt werden müssen. Auch betriebliche Kämpfe können, wie schon angesprochen, zu einem Thema der Region gemacht und politisiert werden.

Wichtig ist auch hierbei, dass politische Bündnisse geschlossen werden, die den gewerkschaftlichen Kämpfen deutlich höhere Schlagkraft verleihen. Voraussetzung ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihren Bündnispartnern auf gleicher Augen-

höhe gegenüberreten und deren Anliegen ebenfalls unterstützen. Bündnisarbeit und Solidarität ist eben keine Einbahnstraße. Die Auseinandersetzungen werden den Gewerkschaften aufgezungen. Sie haben kaum die Möglichkeit, ihnen aus dem Wege zu gehen.

Der politische Wille zur Herausarbeitung eines gemeinsamen politischen Projektes der Gewerkschaften als Gegenentwurf zu den kapitalistischen Krisenlösungsmechanismen gehört sicherlich zur wichtigsten Voraussetzung, auf diesem Wege voranzukommen.

Horst Bethge

Krisen, Reformen und die deutschen Gewerkschaften

Unvollständige Anmerkungen zur Strategie der Gewerkschaften, speziell der GEW

Krisen sind Katastrophen für die meisten Individuen, vor allem für die kleinen Leute, ein Segen dagegen für die Krisengewinnler. Zugleich sind sie aber auch Zeiten, in denen überfällige Reformen erfolgen. Wenn die Ursachen der Krisen, wodurch und durch wen sie verursacht wurden, in einem breiten öffentlichen Bewusstsein analytisch klar sind und Akteure als historische Subjekte vorhanden sind, die die Krise für grundlegende Umgestaltung nutzen und die Kraft dazu haben, kommt es nach aller historischen Erfahrung zu Reformen. Der Faschismus und der 2. Weltkrieg, die Implosion des „real existierenden Sozialismus“ und die aktuellen umfassenden Krisen des neoliberalen Kapitalismus boten die Möglichkeit, Lehren zu ziehen und in gewissem Sinn „neu zu beginnen“. So waren die deutschen Gewerkschafter der ersten Stunde nach 1945 von der Erkenntnis geleitet, dass die Spaltung der Linken vor 1933, auch die der Gewerkschaften, erheblich mit dazu beigetragen hat, dass sich der Faschismus etablieren und nach 1933 darangehen konnte, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und den 2. Weltkrieg auszulösen. Sofort nach der Kapitulation gründeten sie an mehreren Orten deshalb „Sozialistische Einheitsgewerkschaften“, die, vor allem in der britischen und amerikanischen Zone, von den Besatzungsmächten verboten wurden. Stattdessen wurden, zuerst in der britischen Zone (erst später folgten die amerikanische und französische), Branchengewerkschaften gegründet, die sich später zum „Deutschen Gewerkschaftsbund“ (DGB) zusammenschlossen, einem Kartell selbständiger Gewerkschaften mit schwachem „Dachverband“, dem DGB. In der sowjetischen Besatzungszone gründeten sich ebenfalls Gewerkschaften neu, aber als Branchensparten im „Freien deutschen Gewerkschafts-

bund“ (FDGB). (Im Folgenden wird auf die Entwicklung des DGB eingegangen, denn dessen Gewerkschaftsstruktur und -konzepte wurden nach 1989 auf das Anschlussgebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt) In allen Besatzungszonen traten die Gewerkschaften mit einem umfassenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch auf, der sich stark auf die Wirtschaftsdemokratie konzentrierte. Die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien gelang in der sowjetischen Zone, während dies trotz erfolgreicher Volksabstimmungen in Hessen und NRW von den Besatzungsmächten unterbunden wurde. Gleichwohl fand die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien Eingang in diese Landesverfassungen – sie ist bis heute in Kraft. Die weitreichende Mitbestimmung konnte dagegen in der Montanindustrie durchgesetzt werden.

In der Bildungspolitik dagegen wurde 1945 wieder da angeknüpft, wo man 1933 aufgehört hatte. Suggestiert wurde auch, dass die geisteswissenschaftliche Pädagogik und eine relativ autonome und unpolitische Schule eben nichts mit dem Faschismus zu tun gehabt hätten. Hie die Künder von Aufklärung und Rationalität des Geistes, da die unerzogenen Horden der Faschisten – eine der Lebenslügen der neuen Republik. Zuerst gründeten sich die verschiedenen Lehrervereine neu und schlossen sich zum „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen- und Lehrerverein“ (ADLLV) 1947 zusammen, um anschließend mit dem DGB über einen kollektiven Beitritt zu verhandeln (ab 1948). Dabei ging es den LehrerInnen primär darum

- die Trennung von männlichen und weiblichen sowie von konfessionellen Lehrervereinen zu überwinden
- um Beendigung der Entnazifizierung und Wiedergutmachung der Entlassenen und Flüchtlingslehrer zu kämpfen (erfolgreich: so waren schon 1948 von 12 000 als belastet entlassene bayrische LehrerInnen 11 000 bereits wieder in den Dienst zurückgekehrt!)
- den Angriff der Besatzungsmächte zur Abschaffung des Berufsbeamtentums abzuwehren, was den Verzicht auf das Streikrecht beinhaltete
- den Einfluss der Kirchen auf das Schulwesen zurückzudrängen, vor allem in der konfessionellen Lehrerbildung

- die Direktive des alliierten Kontrollrates, das gesamte Bildungswesen auf Gebührenfreiheit, Einheitlichkeit und Völkerverständigung auszurichten, zu unterstützen. In diesem Sinne fanden noch 1947/ 48 drei Interzonenkonferenzen mit den KollegInnen aus der sowjetischen Zone statt – danach nicht mehr: Der „Kalte Krieg“ zog auch hier ein.

Diese standespolitischen Einigungsbemühungen wurden dadurch erkaufte, dass bis in die Lehrereinstellungsstruktur hinein scharf zwischen gewerkschaftlicher und schulpolitischer Praxis unterschieden wurde und die Frage der allgemeinen Bildungsreform hinter denen der Standespolitik zurückgestellt wurde. Leider ist das auch heute noch nicht ganz überwunden. Denn, obwohl fast alle Parteien bis hin zur CDU die alliierten Besatzungsmächte und die zahlreichen Schulreformer drängten, kam es nicht zu einer umfassenden Bildungsreform, die endlich für Deutschland eine demokratische Reform mit einem einheitlichen Schulsystem nachholend installierte. War diese doch sonst in den USA, in Skandinavien und Westeuropa schon längst durchgeführt. Das vertikal gegliederte, klassengesplattene Bildungssystem wurde wieder errichtet und der mit der Reichsschulkonferenz 1920 begonnene Weg, ein einheitliches, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu organisieren, nicht fortgeführt. So blieb die gemeinsame Grundschule bis Kl. 4 eine „unvollendete Reform“, nur in Bremen, Berlin, Baden und Hamburg gelang es nach 1945 sie bis Kl. 6 zu verlängern (später in Baden und Hamburg von konservativen Mehrheiten rückgängig gemacht, in Brandenburg erst nach 1989 eingeführt, z. Zt. in Hamburg in erbittertem Schulkampf gerade heftig umstritten). In der sowjetischen Zone ging die gemeinsame Schulzeit damals schon bis Kl. 8.

Mit einem nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen Abkommen mit dem DGB trat die GEW 1949 in den DGB kollektiv ein. Bedingungen, die vom DGB akzeptiert wurden:

- die GEW muss eigenständige Bildungspolitik betreiben können
- sie verzichtet auf das Streikrecht für Beamte
- sie behält eigene Finanzhoheit.

Sie formulierte ihren Anspruch, alle im Bildungsbereich beschäftigten PädagogInnen vertreten zu wollen, also in Kitas, Schulen, Hochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Damit geriet sie in eine bis heute nicht aufgelöste Konkurrenz innerhalb des DGB zur ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste/Transport/Verkehr, heute VER.DI- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft). Mit dem bayrischen Lehrerverein bildete die GEW bis 1971 die AGDL (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände).

Dies vorausgeschickt ist festzuhalten, dass sich im DGB die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsauffassungen durchsetzten, Kooperation mit den Arbeitgebern im asymmetrischen Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der den rheinischen Kapitalismus prägte, angesagt war und die enge Bindung der Funktionäre an die SPD die Gewerkschaftsstrategie bestimmte. Zu dieser Hegemonie trug bei, dass als Folge des sich rapide verschärfenden „Kalten Krieges“ kommunistische Funktionäre rigoros reihenweise entfernt wurden, vor allem in der Bergbau- und Baugewerkschaft. Die verbliebene kommunistischen Funktionärsschar halbierte sich selbst, indem sich ein großer Teil weigerte, einen ihnen vorgelegten Revers zu unterschreiben. Sie sollten sich verpflichten, der These 37 in der KPD- Entschließung vom März 1951 aktiv entgegenzutreten, in der alle KPD- Mitglieder verpflichtet wurden, aktiv die rechten Gewerkschaftsführer zu bekämpfen. Wer unterschrieb, flog aus der KPD, wer nicht unterschrieb, wurde aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Obwohl es in der BRD eine breite außerparlamentarische Bewegung gegen die „Remilitarisierung“ der BRD gab, sollten wieder eigene Truppen aufgestellt und der NATO eingegliedert werden. Zahlreiche Betriebsfunktionäre, die Gewerkschaftsjugend und DGB-Gliederungen protestierten, bis hin zu politischen Streiks. An der Spitze des DGB wurde zwar auch protestiert, aber keine Aktion angesagt. Das Stillhalten wurde mit aller Macht intern durchgesetzt. Hier aber positionierte sich die GEW anders: Schon 1955 beschloss ein GEW- Kongress „Ein Wort deutscher Erzieher zur Wiederaufrüstung“, in dem heftige Kritik geäußert wurde. Es gab auch viele Versammlungen der GEW dazu.

Das ist insofern verwunderlich, als dass die GEW in ihrer Funktionärsschicht stark unter FDP- Einfluss stand. Max Traeger, der erste und charismatische GEW- Vorsitzende aus Hamburg, war langjähriger sozialliberaler Abgeordneter. Noch in den sechziger Jahren brauchte ein Sozialdemokrat vier Wahlgänge, um in Hamburg die Mehrheit gegenüber einem BHE-Funktionär und Träger des goldenen HJ- Abzeichens zu erringen. Die GEW lehnte viele aktive Protestformen ab und spezialisierte sich aufs Verhandeln mit der ländereigenen Schulbürokratie. Das wiederum wurde durch die innere Struktur der GEW erleichtert: Stark dezentralisiert ist sie bis heute eigentlich ein Kartell in sich selbständiger Lehrerverbände, mit unterschiedlichen Satzungen, Fachgruppen usw. Regional unterschiedlich stark sammelten sich in ihr aber auch zahlreiche Schulreformer aus dem Bund entschiedener Schulreformer von vor 1933 (Schwelmer Kreis). In einzelnen Ländern gelang es partielle Reformen durchzusetzen (z. B. sechsjährige Grundschule, Referendariat für Lehrer, Verbesserung der Landschulen, interkonfessionelle Gemeinschaftsschulen, Koedukation). Der Antimilitarismus allerdings war durchgängig. Sehr früh nahm die GEW Kontakte zur israelischen Lehrgewerkschaft auf und später zu der in der DDR und in Polen. Auffallend, dass in ihren Aktivitäten sehr stark getrennt wurde zwischen Bildungspolitik und Standespolitik. Gesamtgesellschaftliche Analysen und Vorstöße allerdings sind rar. Überwiegend geprägt von aufstiegsgeprägten und -orientierten Volksschullehrern, ging es der GEW immer wieder primär um Anerkennung des „Standes“, u. a. durch vollakademische Lehrer-Ausbildung und höhere Besoldung. Breiten Raum nahm damals immer wieder, vor allem in Ballungsgebieten, die Beseitigung der Raumnot ein, der hohen Klassenfrequenzen ein (so saßen in meiner ersten Klasse, die ich als Klassenlehrer 1959 führte, 56 SchülerInnen!), des akuten Lehrermangels. Bis in die sechziger Jahre herrschte an meiner Vorortschule Schichtbetrieb (vormittags die eine Klasse im Raum, nachmittags die andere, beide mit 41 – 44 SchülerInnen. Noch 1959 konnten Lehrkräfte, die nicht einer der Kirchen angehörten, nur in Bremen, Berlin und Hamburg in den öffentlichen Dienst kommen. Denn die Restauration der Adenauer- Zeit prägte auch die Schulen und Hoch-

schulen, wo der Faschismus eben nicht aufgearbeitet wurde. In sehr vielen Klassen endete aller Geschichtsunterricht 1933, weil die Lehrer nicht über ihre Rolle im Faschismus sprechen wollten.

Der etablierte korporatistische rheinische Kapitalismus einerseits, die Nähe zur DDR an der Systemgrenze andererseits förderten in den Gewerkschaften eine sozialpartnerschaftliche Ideologie und Gewerkschaftsstrategie. Lieber verhandelte man hinter verschlossenen Türen miteinander als die „Straße“ oder „die Betriebe“ zu mobilisieren – es hätte von den Kommunisten ausgenutzt werden können. Denn das allgemein erzeugte antikomunistische Denken machte auch vor den Gewerkschaften nicht Halt. Der CDU-Wahlslogan „Keine Experimente!“ kennzeichnet dies alles. Das Verbot der KPD 1956 rückte alle linke Tätigkeit in die Nähe des Vorwurfs von der „Fortführung der illegalen kommunistischen Partei.“ Lohn- und Arbeitszeitstreiks waren selten, denn allein durch Verhandlungen erreichten die Gewerkschaften oft schon Zugeständnisse, denn im Wirtschaftswunder war der höhere Zuschlag der Preis für den sozialen Frieden, den man auch zahlen konnte. Es saß also immer ein „unsichtbarer Dritter“ mit am Verhandlungstisch: die DDR, die Systemalternative. Das deutsche Wirtschaftswunder sog auch hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus der DDR auf, die geflüchtet waren oder abgeworben wurden. Das änderte sich erst, als 1961 die Mauer gebaut wurde. Schlagartig versiegte die Quelle weiterer Arbeitskräfte. Angeworbene Gastarbeiter aus Spanien, Portugal, Italien, später aus Jugoslawien, schlossen die Lücken. Allenfalls um den freien Sonnabend gab es Auseinandersetzungen. Der erfolgreiche, mehrwöchige Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1957 war der damals letzte politische Streik. Die Abkoppelung des öffentlichen Sektors von den Entgeltergebnissen in der Industrie erfolgte seinerzeit – eine Lücke, die bis heute nicht geschlossen ist. Dennoch: Die immer stärker werdende Binnennachfrage sorgte für eine hohe Auslastung der Betriebe, während sich die deutsche Wirtschaft erst nach und nach wieder die Auslandsmärkte zurück erobern musste. Die durch den Wiederaufbau nach 1945 relativ moderne deutsche Industrie, hoch mechanisiert und automatisiert, geriet

wegen fortschreitender wissenschaftlich-technischer Entwicklungen in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen. Nun waren komplexere Anforderungen aus dem Produktionsprozess an die Arbeitnehmer zu stellen, von denen zugleich erwartet wurde, dass sie über einen Grundstock für ständiges Weiterlernen verfügten. Das herkömmliche Bildungssystem, letztendlich von den vor 1914 herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt, konnte eben diese nicht liefern. Da der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR versiegt war und die wenig qualifizierten Gastarbeiter das nicht ersetzen konnten, mussten Reformen erfolgen. Untersuchungen von Bildungsökonomern wie Edding oder Picht („Bildungsnotstand“) und der durch die sowjetischen Weltraumerfolge am Himmel piepende Sputnik führten dazu, dass eine breitere Öffentlichkeit dies genau so sah. Zwar hatte die GEW schon 1952 auf ihrem Berliner Kongress „Grundsätze für die Neuordnung des deutschen Bildungswesens“ vorgelegt – war aber nicht durchgedrungen. Auch der 1953 gegründete „Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen“ (DAEB) und das Düsseldorfer Abkommen von 1955 (Abkommen der Kultusminister aller Bundesländer, auf 10 Jahre unkündbar abgeschlossen) hatten die vertikale Dreigliedrigkeit des Bildungssystems zementiert. Gerade 3- 5 % eines Altersjahrgangs erreichten damals die Hochschulreife, 1965 erst 6-7%. An den Volksschulen galt die „volkstümliche Bildung“, die Naturwissenschaften versteckten sich hinter dem Fach „Heimatkunde“, das auch Geschichte umfasste. Politikunterricht gab es nicht. Gesellschafts-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik waren restaurativ, autoritär bis reaktionär. Gegen Bert Brecht an westdeutschen Bühnen liefen Kampagnen, an denen sich der Bundeskanzler und der Außenminister eigenhändig beteiligten. Gesellschaftliche Reformvorstellungen wurden in dieser Zeit kaum vom DBG noch von der GEW vertreten. Die Forderung nach Beseitigung des Bildungsnotstandes und „Ausschöpfung aller Begabungsreserven“ wurde später damit begründet, dass wir uns in der BRD nicht länger leisten könnten, gegenüber der DDR zurückzubleiben.

Die GEW beschloss auf ihrem Kongress 1954 das Manifest „Erziehung entscheidet unser Schicksal“ und forderte Bildungs-

planung und Bildungsreform. Auch auf dem 5. Kongress des DGB standen erstmals ähnliche Forderungen auf der Tagesordnung. Parallel traten Unternehmer im „Ettlinger Kreis“ 1957/58 für dieselben Forderungen auf, wenn auch anders begründet. Aber die offizielle Bildungspolitik hielt an ihrer überholten Politik fest. Selbst der DAEB festigte in seinem 1959 veröffentlichten „Rahmenplan“ die Dreigliedrigkeit, forderte allerdings die Einführung des 9. Schuljahres für die Hauptschüler. Die GEW gründete 1958 die „September-Gesellschaft“ mit – entsprechend ihrer harmonistischen und auf Kooperation mit den Herrschenden orientierten Gesellschaftspolitik- Repräsentanten der Industrie, dem Bauernverband und dem DGB. Mehrere repräsentative Veranstaltungen wurden durchgeführt. Die Mobilisierung der Mitglieder für die Reformpolitik erfolgte nicht. Die GEW gab allerdings die Ausarbeitung eines Bildungs-Reformkonzepts in Auftrag. Das wurde vor allem von hessischen und Hamburger KollegInnen mit Wissenschaftlern ausgearbeitet. Es enthielt die Orientierung des Bildungswesens auf Wissenschaftlichkeit und Einheitlichkeit, Polytechnik, Politische Bildung und Demokratisierung, und zwar im Gesamtbildungssystem weit über die Schule hinaus. Die vertikale Schulstruktur sollte durch eine horizontale Stufung innerhalb der Einheitlichkeit abgelöst werden. Auf dem Bremer Kongress 1960 wurde das Reformkonzept der GEW vorgestellt, weshalb es als „Bremer Plan“ legendär geworden ist. Sofort erhob sich bundesweiter scharfer Protest aller Konservativen und Rechten im Lande. So stark, wie kaum seitdem in einer Bildungsfrage: die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, der Philologen- Verband. Sogar ein Hirtenwort der katholischen Bischöfe gab es dagegen. Hauptvorwurf: Das liefe auf die Einheitsschule wie in der DDR hinaus, tausendfach in allen Blättern wiederholt. Verschreckt verteidigten weder GEW, noch DGB, noch SPD oder Wissenschaftler den Bremer Plan. Wegen dieser mangelhaften Unterstützung zog sich der Hauptautor Prof. Eugen Fink resigniert zurück. Auf dem nachfolgenden Gewerkschaftstag der GEW wurde der Bremer Plan nicht verabschiedet, sondern sollte überarbeitet werden, womit er beerdigt war.

Es war offensichtlich, dass die herrschende Klasse der BRD

nicht bereit war, die wachsenden Ansprüche an das Bildungswesen und das zunehmende Bildungsstreben der Menschen aufzunehmen, weil sie ihre Bildungsprivilegien in Gefahr sah. Das ist ja so falsch nicht: Indem der Mensch um Gestaltung von Produkten, um Mitbestimmung und Kontrolle über Kräfte und Bedingungen ringt, deren Objekt er ist, ringt er um die die Selbstbestimmung, um seine Verwirklichung als Subjekt. Und das genau könnte Herrschaft gefährden (Heydorn). Es gelingt kaum, die in größeren und komplexeren wissenschaftlich-technischen begründeten Produktionsverfahren, die beherrscht werden müssen, gesammelten Erfahrungen und erworbenen Fertigkeiten aufzuspalten, etwa in die erwünschten für die Produktion, die mit der Ware Arbeitskraft verwertbar sind, und die unerwünschten für Lebensgestaltung und Freizeit, aus denen sich demokratische Ansprüche ableiten. Der qualifizierte Facharbeiter oder Ingenieur, der im Produktionsprozess Durchblick hat, weil er ihn steuert, hat eben auch größeren Durchblick in gesellschaftlichen und politischen Fragen, tritt selbstbewusster auf. Die SPD versuchte dies in ihrem „Plan Z“ zur Bildungsreform ebenso aufzugreifen wie die mobil gewordenen Studenten. Am 1. 7. 1961 kam es zu ersten Demonstrationen gegen den Bildungsnotstand auf den Straßen, initiiert von den Studentenschaften. 1966 erschien in Berlin das „Studentische Manifest zur Studien- und Hochschulreform.“ 1967/68 gründeten sich „Kritische Universitäten“, um Alternativen zu diskutieren und Druck zu machen. Das war auch nötig, wenn man bedenkt, dass z. B. selbst die Einführung des 9. Schuljahres für die Hauptschüler allein sechs Jahre benötigte (1959-1965), um in den meisten Bundesländern eingeführt zu werden (nur NRW und Bayern begnügten sich noch mit achtjähriger Hauptschule). Dazu musste u. a. auch die überholte Begabungstheorie, dass der Mensch von Natur aus eben begabt oder unbegabt sei, überwunden werden. (Heinrich Roth: „Man ist nicht begabt, man wird durch Bildung begabt“).

Zuvor hatte die Frage, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte, die deutsche Politik bewegt. Führende Wissenschaftler hatten davor gewarnt (Russell-Einstein-Appell, Göttinger Achtzehn). SPD und FDP witterten eine Chance, durch Aufziehen einer Massenbewegung „Kampf dem Atomtod“ ihre

Wahlchancen zu verbessern (1956/57). Auch die Gewerkschaften und die Studenten beteiligten sich an den Protesten. Die Frage der Atomrüstung der Bundeswehr wurde eng mit der Systemkonfrontation an der innerdeutschen Grenze verknüpft, so dass Disengagement-Konzepte einer atomwaffenfreien Zone (Rapacki-Plan) an der Systemgrenze und Vorschläge für ein neutrales, wiedervereinigtes Deutschland Raum gewannen (Paul Sethe, Prof. Noack). Als sich für die SPD die Wahlerfolge nicht einstellten, schwenkte sie ideologisch und politisch um: Ein neues nicht-marxistisches und nicht-sozialistisches Programm wurde verabschiedet (Bad Godesberg 1959), gesellschafts- und systemüberwindende Alternativen wurden aufgegeben. 1960 vollendete Herbert Wehner im Bundestag den Schwenk durch Bejahung der NATO, was zuvor von der SPD abgelehnt wurde, und der Aufrüstung. Doch diesen Schwenk machten viele ihrer Mitglieder und Unterstützer nicht mehr mit. Sie gründeten mit anderen, mit Pazifisten, Christen und Neutralisten, die Deutsche Friedens Union (DFU), die hinfort als neutralistische Friedens-Sammelpartei auftrat. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) löste sich ideologisch von der SPD. Eine Welle von linken und kritischen Politik- und Gesellschaftsanalysen erschienen. Die Gewerkschaften wagten sich nun wieder aus den Festsälen heraus und gingen am 1. Mai auf die Straße. Die Ostermärsche der Atomwaffengegner hielten den Gedanken der Abrüstung hoch und zogen viele Jugendliche an, gerade Schüler und Lehrlinge. Wer damals an Alternativen dachte, entwickelte Konzepte, die sowohl Entspannung statt Kalter-Kriegs-Konfrontation, Abrüstung und Gesellschaftsreformen, auch gerade im Bildungsbereich, enthielten. Der wirtschaftliche Strukturwandel, vor allem in der Montanindustrie an Rhein und Ruhr und der Maritimen Wirtschaft an der Küste (Werften) gebar spontane Arbeiterproteste, erstmals wieder seit Jahren streikten die Arbeiter für politische Ziele: gegen Arbeitsplatzvernichtung (Septemberstreiks 1969), die erst verspätet von den Gewerkschaften unterstützt wurden. Intellektuelle, Studenten, organisierte Arbeiterschaft und aufgeklärtes Bürgertum brachten immer mehr dieser Forderungen auf die Straße. Die damals regierende große Koalition aus CDU und SPD reagierte ablehnend und bremsend.

Die Herrschenden versuchten, die wachsende Kritik und Unruhe mit ihrem Konzept von der „Formierten Gesellschaft“ (Ludwig Erhard) aufzufangen. Das aktivierte Subjekt der Staatsbürger sollte sich in die herrschenden Strukturen einfügen, die gestrafft werden und – modern würde man sagen – dem „Wettbewerbsstaat“ BRD zur Weltgeltung verhelfen sollten. Zeitgleich wurde ein Bündel von Notstandsgesetzen entworfen und dem Bundestag vorgelegt: Von der Ernährung über den Verkehr sollten „Sicherstellungsgesetze“ im Notstandsfall, also politischen Spannungen, Massenstreiks, Unruhen und Krieg, das Überleben des Staates sichern. Grundrechte konnten außer Kraft gesetzt werden. Also: Formierung der Gesellschaft, Aufhebung von Grundrechten. Die sofort aufbrechenden Massenproteste brachten wieder die Gewerkschaften und Intellektuellen zusammen. Beide politisierten sich. Demokratie im Betrieb und in der Gesellschaft wurde zum Thema, voran SDS, IG Metall, IG Chemie, ÖTV, kirchliche Kreise und die GEW, die auch ihre Mitglieder mobilisierten.

Das alles schlug sich auch in den Gewerkschaften nieder, vor allem bei IG Metall und der GEW. Auf ihrem Kongress in Nürnberg 1968 nahm die GEW einen Strategiewechsel vor, indem sie sich aktivierte und politisierte. Sie nahm scharf gegen die aufgekommene NPD Stellung, beschloss Kontakte zur DDR, wenn auch erst unterhalb der Funktionärebene, verurteilte die Notstandsgesetze, sprach sich für Gesamtschulen als Regelschulen aus und reklamierte das Streikrecht zur Durchsetzung ihrer Forderungen, auch für die Beamten. Sie forderte einen reformorientierten Bildungsgesamtplan und die vollakademische Lehrerausbildung (zuvor war in Hamburg 1967 das Referendariat als Einstieg in den höheren Dienst für alle LehrerInnen eingeführt worden). Diese gesellschaftspolitische Neuorientierung brachte einen großen Schub neuer, junger Mitglieder, zumal die GEW als eine der ersten Gewerkschaften nun Studenten aufnahm. Denn zeitgleich entwickelte sich an allen Hochschulen eine Politisierung nach links bei den StudentInnen. Die GEW fungierte seitdem als wichtiges Scharnier zwischen organisierter Arbeiterschaft und jungen Intellektuellen, wozu sie wegen ihrer Mitgliedschaft besonders gut geeignet war. Die in der „Bundesassis-

tentenkonferenz“ organisierten jungen Wissenschaftskader traten in die GEW ein. An den Hochschulen entstanden „Arbeitskreise Hochschule und Gewerkschaft“. Eine linksalternative Reformbewegung erhielt Auftrieb. Zunehmend verstanden sich die jungen Kollegen bewusst als lohnabhängige Arbeitnehmer. An den Hochschulen wurde nicht nur Marx gelesen, alle sozialistischen, kommunistischen und trotzkistischen Klassiker wurden nachgedruckt, studiert und diskutiert. Erste Lehrerstreiks in Hessen, Hamburg, Niedersachsen und Berlin festigten diese Entwicklung. In Kiel 1971 auf dem nächsten Kongress wurden vor allem die Arbeitszeitverkürzung und Bildungsgesamtplanung thematisiert. Der als Gastredner auftretende neue Bildungsminister Leussink wurde von den Delegierten heftig kritisiert. Die Arbeitskämpfrichtlinien der GEW wurden analog zu denen anderer Gewerkschaften aktualisiert und um Streikregeln ergänzt.

Diese ganzen Entwicklungen mündeten 1969 in den bahnbrechenden Regierungswechsel zur SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt: „Die Schule der Nation ist die Schule“. Alle möglichen Reformschritte wurden nun auf den Weg gebracht, auch in der Bildungspolitik (Bildungsgesamtplan), in der Ostpolitik, bei Arbeitnehmerrechten, in der gesamtwirtschaftlichen Steuerung. Demokratischer Aufbruch allerorten. Der Öffnung nach außen (Entspannungspolitik) folgte aber nur bedingt die nach innen, trotz der Verheißung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ (W. Brandt). Es kam nur zu technokratischen Modernisierungen. Arbeitgeberverbände beklagten das „Nachlassen des emotionalen Antikommunismus“. Den Demokratisierungstendenzen sollten Grenzen gesetzt werden. „Die Demokratisierung der Schulen ist genau so unsinnig und gefährlich wie die der Kasernen und Zuchthäuser“ war ein geflügeltes Wort auf der Rechten. Viele, gerade auch bei den Intellektuellen, viele Lehrer und Hochschullehrer fühlten sich mit den nun Regierenden ausgesöhnt. „Der Willy macht es schon. So hab ich Zeit und Kraft für das Reformprojekt des Team-Teachings an meiner Schule.“ Oder das am Fachbereich. Davon waren auch die Gewerkschaften angesteckt, zumal jetzt „unsere (SPD-) Genossen regieren“. So wurden viele Gesamtschulen durchgesetzt, zwar nicht als Regelschule, aber

dennoch neben dem Gymnasium. Viele neue Hochschulen wurden gebaut oder alte expandierten. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) mit Stipendien machte eine „Ausschöpfung von Begabungsreserven“ möglich. Und überhaupt wurde manches Reformprojekt durchgesetzt, wenn auch nur meist als innovativer Versuch. Jetzt wurde ein Bildungsgesamtplan erstellt. Weiterbildung und Vorschule wurden ausgebaut. Mit den steigenden Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst stiegen auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, auch besonders der GEW. Da die Gehälter im öffentlichen Dienst hinter denen in der Industrie zurückblieben, kam es zu größeren Gehaltsstreiks. Auch bei den Lehrern und Hochschullehrern. Mehr Arbeiterkinder und Mädchen studierten. Die nachholende Modernisierung als technokratische Reform funktionierte, denn auch Mitbestimmungsrechte, wie z. B. an den Hochschulen, wurden ausgebaut. Selbst die ökonomische Krise nach dem „Ölschock“ wurde verkraftet.

Doch der Rückschlag folgte auf dem Fuße: Dem konservativen Trommelfeuer, das sich auf viele Halbherzigkeiten der Modernisierungsreformen stützen konnte, dem systematisch aufgebauten Druck (wie z. B. gegen die neuen hessischen Schul-Rahmenlehrpläne), gaben SPD, Gewerkschaften und die Regierungen der Bundesländer ängstlich nach. Die FDP schwenkte Mitte 1973 zur Koalition mit der CDU um (Kohl- Genscher- Regierung). Zwar wurde aus außenpolitischer Rücksichtnahme – man wollte die Entspannungspolitik mit dem Osten nicht gefährden – die 1968 neu gegründete DKP nicht verboten, aber ein Quasi-Parteiverbot „erlassen“. Anstatt die Partei zu verbieten, verfolgte man die einzelnen Mitglieder. In den Gewerkschaften, auch der GEW, wurden „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gefasst. Kommunisten, Maoisten, Trotzisten wurden massenweise ausgeschlossen, weil ihre Parteimitgliedschaft und die in den Gewerkschaften für unvereinbar erklärt wurde. Die SPD erneuerte ihr Verbot, das schon seit 1961 bestand, dass SPD- und DKP- Mitglieder keine gemeinsamen Aktionen machen dürften und nicht gemeinsam unter einem Aufruf stehen dürften. Der Bundeskanzler Brandt und alle Ministerpräsidenten der Bundesländer fassten 1972 den so genannten „Extremistenbeschluss“. Alle

DKP-Mitglieder und die anderer aller maoistischer Parteien und solche Linke, die mit ihnen zusammenarbeiteten, sollten aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten oder aus ihm entlassen werden. Geheimdienstdossiers wurden zur Grundlage von dienstrechtlichen Entscheidungen. Das löste erheblich, auch weltweite Proteste aus. Diese Auseinandersetzungen dauerten letztendlich 22 Jahre! Erstmals stand die BRD wegen Verletzung von Grund- und Menschenrechten am Pranger der Weltöffentlichkeit. Auch in der UNO, der ILO/IAO und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie bei den KSZE-Konferenzen kamen die „Fälle“ von Berufsverbot zur Sprache. Selbst wenn letztendlich 80% aller Berufsverbote-Verfahren positiv für die Betroffenen ausgingen, war der Schaden für die Demokratieentwicklung enorm. Hunderttausende von jungen Menschen wurden verunsichert oder radikal staatskritisch, andere bewusst unpolitisch. Die Gewerkschaften, allen voran die GEW, waren aktiver Teil dieser Protestbewegung, wobei sie den Spagat versuchten, gegen die Berufsverbote zu mobilisieren, andererseits die Linken innerhalb der Gewerkschaften zu marginalisieren. Das misslang gründlich. Dabei hätte es die GEW Anfang der 70er Jahre fast zerrissen, 1974/75 setzten mehrere Bundeskongresse die vom DGB geforderte Satzungsänderung durch, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu übernehmen. Der Landesverband Berlin der GEW weigerte sich – und wurde prompt als ganzer Landesverband aus GEW und DGB ausgeschlossen.

Nach dem Schwenk der FDP zur Koalition mit der CDU (Kanzler Kohl) und der Übernahme neoliberaler Politikkonzepte durch diese neue Bundesregierung, begannen die Reformen auf allen Gebieten zu stagnieren und wurden Schritt für Schritt zurückgedreht. Zwar fand die von Kohl proklamierte „geistig-moralische Wende“ so nicht statt, zeitigte aber dennoch schlechende Folgen: Die Einhegung der Demokratisierungsprozesse gelang. Mit der Initiative „Mut zur Erziehung“ konservativer und reaktionärer Gesellschafts- und Bildungstheoretiker gewannen normative Wertediskussionen an Raum. Im Fortschrittslager wurde dies zwar verlacht und enorm unterschätzt, ebenso der aktiv betriebene Integrationsprozess in die EU, die neoliberal ausgerichtet wurde. Mit der Entwicklung der deutschen Indust-

rie zum Exportweltmeister sank der private Konsum unter die Kurve des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts – ein deutscher Sonderweg. Da er eine stetige und erhebliche Steigerung privater Gewinne bedeutete und die Lohnquote sank – denn die Gewerkschaften konnten kaum Lohnsteigerungen durchsetzen – verloren die Gewerkschaften ständig an Mitgliedern. Der Umbau des Sozialstaates beschleunigte sich. Die Computerisierung führte zum Umbau der Produktionsstrukturen und zur Beendigung des Fordismus in zahlreichen Wirtschaftszweigen. In dieser Phase konnten die Gewerkschaften, auch im Bildungsbereich erst als Folge erbitterter Streiks lediglich eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochen-Stunden in einigen Bereichen durchsetzen. Gefordert worden waren 35 Stunden. Das brachte zwar erhebliche neue Einstellungen, wurde aber nicht auf alle Branchen ausgedehnt und z. T. durch zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen aufgeessen. In der Bildungspolitik mussten GEW (und auch viele kritische Intellektuelle) und der DGB schmerzlich erfahren, dass sie einer Illusion aufgefressen waren: Dass sie nämlich politische Reformziele über Schule und Bildung und eine Art „Kulturrevolution“ durchzusetzen versucht hatten – und es versäumten, ihre Politik durch Demokratisierung auch der Betriebe und Wirtschaft, der Wirtschaftsverbände und der Medien und durch grenzüberschreitende Kooperation abzusichern.

Mit der Implosion des „real existierenden Sozialismus“ 1998/90 entfiel schlagartig die Systemkonkurrenz als Stimulanz für Veränderung und gesellschaftliche Reformprozesse, als „heimliche Zügelung des rheinischen Kapitalismus“. Der Ausverkauf der DDR an ihre westdeutschen Konkurrenten und die Deindustrialisierung sowie der Umbau der gesamten DDR-Gesellschaft („the winner takes all“), brachten der westdeutschen Wirtschaft zwar einen Auftrags- und Nachfrageschub, hinterließen aber in der DDR Massenarbeitslosigkeit und führten zu einem Elitentausch: zweit- und drittklassige Westimporte beim leitenden Personal bekamen das Sagen und machten in Kooperation mit den Machtzentralen und neoliberalen Think-Tanks die neuen Bundesländer zum großflächigen Experimentierfeld neoliberaler Konzepte – von der Deregulierung bis zur Privatisierung. Naomi Klein hat in ihrem neuen Buch „Schocktherapie“ genauer

und materialreich beschrieben, wer und wie gezielt vorging, den neoliberalen Kapitalismus zu installieren. Die kurzzeitig 1989/91 aufkommende Hoffnung, dass sich nun Reformpotenziale aus Ost und West durchsetzen könnten, zerbrach rasch wieder. Alle fortschrittlichen Projekte, die realisiert wurden – und es sind ganz beeindruckende radikaldemokratische und linke Projekte darunter – wurden wieder rückgängig gemacht. Dazu führte unter anderem auch eine linke (auch linksgewerkschaftliche) Arroganz, dass man es wohl besser wüsste, wie es im Kapitalismus zugehe. Aber auch ein in der Wolle gefärbter ureigener linker Antikommunismus. Denn aller Umbau im Osten erfolgte genau nach westdeutschen Struktur- und Verfahrensmustern. Die neuen Bundesländer wurden geradezu auf Patenländer im Westen aufgeteilt: Sachsen und Thüringen zu Bayern und Baden-Württemberg, Brandenburg zu NRW usw. Dem folgten auch die Gewerkschaften, die mit Patenbezirken die Gewerkschaften im Osten aufbauten, übernahmen oder neu gründeten. Das spielte sich auch im Bildungsbereich ab: Zu Anfang wurden detailgenau Regelungen, Lehrpläne, Schulbücher von den jeweiligen Westländern übernommen. Lediglich bei der Schulstruktur nicht: Überall wurde eine Art Zwei-Säulen Modell eingeführt: Hie Gymnasium, da Schule für den Rest. Nur in Mecklenburg-Vorpommern gab es die Dreigliedrigkeit: Sie leisteten sich daneben noch eine Hauptschule – und Brandenburg verlängerte die Grundschule bis Kl. 6. Das politische Bewusstsein der Bevölkerung der ehemaligen DDR erwies sich angesichts der versprochenen „blühenden Landschaft“ (Kohl) und der Konsum-Glitzerwelt sowie der rigorosen Übernahme der Parteien wie der Gewerkschaften durch ihre westdeutschen „Partner“, der Gleichschaltung von Presse, Medien und Wissenschaftsbereich als wenig resistent. Die einsetzende Stasi-Hysterie und Verfolgung von Funktionsträgern taten ein Übriges. Zumal sich die linken Kader in Ost wie West erst einmal selbst sortieren mussten, Fehlentwicklungen und ideologische Verkrustungen aufzuarbeiten, verfemte Literatur nachzulesen, und sich mit Verfolgungen Andersdenkender und Parteiausschlüssen sowie dem Wirken der Staatssicherheit im „Kalten Krieg“ auseinanderzusetzen. In das offene Vakuum stießen neoliberale Konzepte, angefangen vom „schlanken Staat“ „gegen den

Versorgungsstaat“ oder „vormundschaftlichen Staat“, von der „Ideologiefreiheit der Bildung“, der „Politikfreiheit der Betriebe“ („Politik hat im Betrieb nichts zu suchen“) bis zur nötigen „Deregulierung“ gegenüber der vormaligen DDR-Verbürokratisierung. Der damalige GEW- Vorsitzende Dieter Wunder propagierte in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ den Paradigmenwechsel weg von der Kapitalismuskritik, der Systemalternative und dem gewerkschaftlichen Gegenmachtkonzept, da sich der Kapitalismus nun als siegreich und überlegen herausgestellt hätte. Nun sei Kooperation mit dem Staat und den kapitalistischen Mächten angesagt, wolle man Reformen durchsetzen. Das Überstülpen westdeutscher Bildungssysteme führte zur Übernahme von hohen Lehrerarbeitszeiten, höheren Klassenfrequenzen, dem Wegfall von Jugend-, Kultur- und Volksbildungseinrichtungen sowie dem Wegfall der Verpflichtung der Betriebe zur Beteiligung an der (vorberuflichen) polytechnischen Bildung. Alles das war mit der Zunahme ansteigender Arbeitslosigkeit in diesen Bereichen verbunden. Da die Gewerkschaften nichts zur Erhaltung der DDR-spezifischen Einrichtungen getan hatten, das also nicht verhindert hatten oder nicht wollten, verloren sie in diesen Jahren an Mitgliedern. Zwar setzten sie staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Berufsausbildungszentren durch, konnten aber wegen der streikunerfahrenen Arbeiterschaft und wegen Unterschätzung der Expansionsstrategie des Kapitals erhebliche Lohnsenkungen und beschleunigte Deindustrialisierung eben so wenig verhindern wie den vollständigen Austausch der Kader aller Ebenen.

Das Suchen nach erfolgreichen Gewerkschafts- und Reformstrategien endete in den Neunzigern damit, dass die Gewerkschaften wie die GEW auf die Implosion des real existierenden Sozialismus, den Niedergang des Keynesianismus und die Intensivierung der Globalisierung, die vordringende Computerisierung und das Schrumpfen des industriellen Sektors mit der Übernahme neoliberaler Elemente und Verfahren (Verbetriebswirtschaftlichung, Neue Steuerungsmodelle, New Governance- und Manageralismus- Konzepte) antworteten, auch getrieben durch neue Formen des Individualismus und das Schwinden der Solidarität. Individueller Hedonismus, New Age, „Der Weg ist das

Ziel-Philosophien“ stießen bei vielen linken Protestierern auf die Enttäuschung über den nicht gesetzmäßigen abgelaufenen Fortgang des historischen Fortschritts. Das proklamierte „Ende der Geschichte“ (Fukuyama), die Diskreditierung sozialistischer Alternativen (Blüm: „Marx ist tot!“) erleichterten dies. Die in diesen Jahren erlassenen EU- Richtlinien zur Privatisierung öffentlicher Güter und Infrastruktur markieren die offizielle neoliberal bestimmte Aufkündigung des asymmetrischen Klassenkompromisses.

Hier am Beispiel der Deregulierungspolitik: Richtlinie zur Telekommunikation (1988, 1990, 1995), zum öffentlich-rechtlichen Funk und Fernsehen (1989), zum Schienenverkehr (1991, 1995), zum Postwesen und zur Stromversorgung (1997) sowie zur Gasversorgung (1998). Lediglich die Allgemeine Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein) gelangte nur sehr abgeschwächt ans Licht der Welt, aber immerhin synchronisierte sie z. B. die Definition von Bildung, Kultur, Wissenschaft als Ware, als zu handelndes Gut mit den gleichlaufenden weltweiten Bestrebungen zur Novellierung des 1995 abgeschlossenen GATS (Allgemeines Dienstleistungsabkommens im Rahmen der WTO). Dennoch ging man in Europa zur Rahmensteuerung der Märkte über, was die Öffnung der Märkte bedeutete und den Spielraum des Staates einschränkte. Seit dem Amsterdamer Vertrag 1997 wurde die Beschäftigungspolitik markt- und wettbewerbsorientiert umgebaut. 2000 setzte der Lissabon- Vertrag die „offene Methode der freiwilligen Koordination“ als Mehrebenen-Governance an die Stelle der Normenvereinheitlichung in der EU. Die Gewerkschaften, die auf die Durchsetzung gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelungen setzten und mit dieser Methode Erfahrungen angesammelt hatten, waren ob der neuen Politik relativ konzeptlos – nicht auch zuletzt deshalb, weil sie durch ihre enge Verschwisterung mit der Sozialdemokratie den in der EU und den Regierungen operierenden GenossInnen nicht in den Rücken fallen wollten oder diese ihnen einredeten, dass diese neue Politik ohne Alternativen sei (Schröder: Basta!). Die linkssozialistische und kommunistische Linke diskutierte derweil noch, ob und wenn wie sie sich auf die EU einlassen sollte – man war ja gegen ein Europa der Konzerne.

Die Folge: Die deutschen Gewerkschaften, traditionell auf sozialpartnerschaftliche Strategien getrimmt, passten sich an die „New Public Management“- Methoden oder „Neuen Steuerungsmodelle“ an, übernahmen sie sogar bis in die inneren Abläufe der gewerkschaftlichen Meinungs- und Positionsbildung. Die Kooperation mit neoliberalen Think-Tanks und unternehmergesteuerten Institutionen wie der Bertelsmann-Stiftung (BS) nahmen erheblich zu. In die gewerkschaftseigene Hans-Böckler-Stiftung wurde eine neoliberale Leitung gesetzt. Der Aufbau von gewerkschaftlicher „Gegenmacht“ unterblieb zugunsten dieser Kooperation. So wurde in NRW in großem Stil das Modell der „selbständigen Schule“ als Dezentralisierung bei größerer Globalsteuerung im Kultusministerium durch dieses zusammen mit der Bertelsmann- Stiftung (BS), dem DGB und der GEW unter Projektleitung der BS gestartet- das Einfallstor für den Einfluss der BS im ganzen Bundesgebiet im Bereich Schulen. Im Hochschulbereich installierte die BS mit dem CHE (Zentrum für Hochschulentwicklung) ein Planungsinstrument zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz und dem Wissenschaftsrat, wo auch die Idee der Studiengebühren für deutsche Verhältnisse entwickelt wurde. Die Erosion der Tarifverträge, zuerst im Osten, wurde schrittweise vorangetrieben. Die Lohnpolitik wurde in die globale Wettbewerbspolitik eingepasst mit dem Ergebnis, dass die Lohnquote weiter sank. Dies und die steigende Massenarbeitslosigkeit als Folge von Arbeitsplatzabbau führte zu einem weiteren Mitgliederschwund – und zur Schwächung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht. Das zwang dann zu Zusammenschlüssen von Einzelgewerkschaften zu größeren Einheiten. Die z. B. jahrelangen Verhandlungen zur Bildung von VER.DI (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, aus Post-, Bank-, Versicherungs-, Druck- und Papier-, Angestellten-, öffentlichen Dienst- und Transportgewerkschaften und Hochschulen) lähmten. Als erkennbar wurde, dass die Gewerkschaftslinker in der neuen Großgewerkschaft- immerhin zeitweilig die größte Einzelgewerkschaft der Welt!- an den Rand gedrängt werden würde, weil ein Zurückfahren des gesamt-gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruches damit verbunden wäre, blieb die GEW selbständig.

Im Bildungsbereich zogen Privatisierungen ein: Privatisierung der Kosten, vieler Einrichtungen wie Kitas bis Universitäten, Umstellung auf „selbständige Schulen“, nationale Bildungsstandards, permanentes Testen und Vergleichen (Rankings, PISA, TIMSS, IGLU), Arbeitszeitverlängerung und Prekarisierungen wie Teilzeitbeschäftigungen, an den Hochschulen der Bologna-Prozess. Gleichzeitig wurde die Unterfinanzierung forciert, denn auch Ausmagerung der öffentlichen Haushalte gehörte zum Konzept. Das alles begleitete die BS, die sich zum „heimlichen Kultusministerium“ mauserte, weil sie überall mit Projekten mitsteuerte. Zwar wurde mancher „alte Zopf“ aus preußischer Verwaltungstradition abgeschnitten – ging doch vieles im Verwaltungsrecht auf das alte preußische Landrecht zurück. Aber das gegliederte Schulsystem wurde beibehalten. Die Ökonomisierung und die Public-Private-Partnership zogen in großem Stil ein. GEW, kritische Öffentlichkeit und z. T. die Gewerkschaften entwickelten dezentrale Mobilisierungsstrategien. Ihnen gelang es, inhaltlichen Widerstand zu organisieren. Mehr auch deshalb nicht, weil sich führende Gewerkschafter an dieser deregulierenden Strategie der Kultusministerien aktiv beteiligen, damit persönliche Karriere machen und sich – zum großen Teil bis heute nicht! – keine gemeinsame, innergewerkschaftlich abgestützte Abwehrfront gebildet hat. Zwar regional unterschiedlich, aber von einer durchgreifenden Gegenstrategie kann z. B. bei der GEW erst seit dem letzten Gewerkschaftstag in Ansätzen die Rede sein.

Die SPD/Grüne Regierungskoalition unter Schröder/Fischer hat mit ihrer Agenda 2010-Politik (Hartz IV) und ihrem Bezug auf den so genannten „Dritten Weg“ (Blair/Giddens/Hombach) die sozialdemokratische Wende vollzogen: Die „Aktivierung des Selbst“, „des Subjekts“, die Förderung des „selbständigen Arbeitskraft-Unternehmers“, der ständig selbst für seine „employability“ sorgt und selbst für seine „Bildungsbiografie“ verantwortlich ist sowie die Gewährung einer „zweiten Chance“ beim „Zugang zu Bildung“ und zu gesellschaftlicher Teilhabe zersetzen die sozialstaatlichen Ansprüche und sorgten für den bisher umfassendsten Umbau des Sozialstaates. Mit dem Ausspruch Gerhard Schröders, dass „die Lehrer alle faule Säcke“ seien, er-

lebte die SPD-Bildungspolitik einen Tiefpunkt. Gestützt auf kommunitaristische Konzepte aus USA – einer der Sprecher, Michael Waltzer, war zeitweilig zum Hofphilosophen der SPD aufgestiegen – wurde das Subsidiaritätsprinzip an Stelle des Sozialanspruchs gesetzt: Zuerst hilf Dir selbst, dann soll die Familie, danach die Gemeinde und dann erst der Staat helfend einspringen. Damit schmolz die Differenz zu den neoliberalen Marktradikalen. Setzten diese voraus, dass jeder Mensch von Natur aus marktfähig wäre (employability; die ganze Welt ist eine Ware), den Rest richtet der Markt, so postulierten die neuen Sozialdemokraten, dass er erst marktfähig gemacht werden müsse. Notfalls auch mit einer „zweiten Chance“. Darum ist auch immer die Staatsquote umstritten, da die Sozialquote umstritten ist. Und natürlich auch die Kosten für Bildung und Qualifikation. Allerdings ist hierbei für das Kapital das Problem, dass es ein Mindestmaß an zukunftsfähigen Qualifikationen benötigt, zumal heute im „lebendigen Kapital“ mehr Wertschöpfungspotenziale liegen (Humankapitalthese, Aktivierung des subjektiven Faktors). Diese Wende löste große Beteiligungen an Sozialprotesten (Montagsdemonstrationen) und Mitgliederverlusten bei der SPD aus, führten aber erst nach den letzten Wahlniederlagen der SPD zur Bereitschaft zur kritischen Überprüfung (übrigens auch in anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien). In den Gewerkschaften wurde durch enge Verflechtung der gewerkschaftlichen Kader mit der SPD die Entwicklung von autonomen Gegenstrategien abgebaut. Sie betätigten sich als „Transmissionsriemen“ dieses „Dritten Wegs“ in die organisierte Arbeitnehmerschaft. Beispiel: Die große IG Metall und die IG Bergbau/Chemie/ Energie setzten seit 2000 auf das „Bündnis für Arbeit“ und das „Bündnis für Ausbildung“. Das heißt, dass die institutionalisierte Kooperation zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften anstelle von Streiks und betrieblicher Mobilisierungen um Arbeitsplätze, gegen Betriebsschließungen, gegen fehlende Ausbildungsplätze getreten ist. Das hat sich, wie nun alle wissen, nicht ausgezahlt. Massen- und Dauererwerbslosigkeit steigen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Deregulierungen und Privatisierungen nehmen erheblich zu. Es fehlen immer mehr Ausbildungsplätze, die durch immer neue Warte-

schleifen für die unversorgten Jugendlichen nicht ersetzt werden können. Genährte Hoffnungen, über den EU-Vertrag (Amsterdam) ein sozialeres Europa schaffen zu können, scheitern am konservativen Widerstand.

Von da her wächst der Druck auf den Umbau sozialer Sicherungssysteme erheblich. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer. Der Rat Anthony Giddens, zur Erneuerung des europäischen Sozialmodells verstärkt auf Gebühren, also Eigenbeteiligung der Betroffenen zu setzen, von den Beiträgen zur Rente über Gesundheit bis zur Bildung, wird von etlichen Gewerkschaftlern übernommen. Kein Wunder, dass in ganz Europa die Gewerkschaften im Durchschnitt 15 % ihrer Mitglieder verloren haben, in der BRD 23, 9 %. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften schwankt mittlerweile zwischen 80-89 % aller Arbeitnehmer in Skandinavien und Belgien und 20-29% in Griechenland, UK, NL und der BRD. Die Tarifbindung schwankte zwischen 98% in Österreich und UK 40% (1993). Eine Revitalisierung der Streik- und Arbeitskämpfe setzte dagegen erst wieder seit 2000 ein, bis hin zu Generalstreiks in Griechenland, Frankreich, Belgien und militanten Betriebsbesetzungen wie z. B. „Boss Napping“. Nach und nach besann man sich wieder auf die eigene Kraft: Der „dritte Mann“ im Konflikt war implodiert, so dass im Verhandlungswege objektiv weniger Gewicht auf die Waage gebracht werden konnte, die Co-Management-Strategie war nicht mit Zugeständnissen seitens Kapital und Regierungen honoriert worden, sondern im Gegenteil: Die Gewerkschaften waren stärker in den Sozialabbau und den Abbau von Reformen eingebunden worden, mussten immer öfter Sozialplänen und Beschäftigungsgesellschaften zustimmen und Tarifverträge mit Lohnsenkungen unterschreiben.

Das alles führte zur Lockerung der traditionell engen Bindungen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen, auch kommunistischen Parteien, denn auch die letzteren waren in Links-Mitte-Koalitionen eingebunden oder tolerierten sozialdemokratische Regierungen (Italien, Frankreich, Spanien, Schweden, Dänemark, Polen, Finnland). Neue außerparlamentarische Kräfte oder Bündnispartner konnten das nun eingebundene Potenzial nicht ausgleichen oder kamen nicht in den Blick (attac,

Sozialforen, kritische Öffentlichkeit, Kirchen, zivilgesellschaftliche Bewegungen aller Art). Da sich die Gewerkschaften bewusst zuerst auf das „Kerngeschäft“ (also die Tarifpolitik) konzentrierten und sich danach erst der Gesellschaftspolitik, der Beeinflussung der Richtung des Strukturwandels wie der Krisenbewältigung widmen (wollten), gerieten sie noch weiter ins Hintertreffen. Heute wächst die Einsicht, dass es dieses Nacheinander nicht geben kann, dass wohl gleichzeitig Tarifpolitik, Krisenbewältigung, Umbau des Sozialstaates, Bildungsreform, Wirtschaftspolitik betrieben werden muss, und zwar auch gemeinsam in Bündnispolitik mit Wissenschaft, Sozialbewegungen, fortschrittlichen Teilen der Zivilgesellschaft. Auch die Strategie „Hauptsache Arbeit“ greift zu kurz, nimmt man doch die Senkung der Qualität der Arbeit in Kauf, lädt zu Niedriglöhnen und Prekariat ein und koppelt sich von denen ab, die auf gesellschaftlich nützliche und ökologisch nachhaltige Produkte setzen. Insofern ist die neuere Kampagne unter dem Label „Gute Arbeit“ schon der Anfang einer Kurskorrektur. Vor allem aber kommt es wohl darauf an, sich auf die eigene Kraft zu besinnen, diese planvoll zu entwickeln, Bündnispartner zu suchen und die sukzessive Zurückeroberung des politischen Gestaltungsanspruchs durch das adäquate Mittel des politischen Streiks zu erkämpfen (Generalstreik). Das setzt voraus, dass Streiks nicht nur sektoral oder regional oder nur gegen die Auswüchse der Krise geführt werden, sondern die gesamte verteilungspolitische und gesellschaftspolitische Dimension der antagonistischen Gegensätze erfassen und die Verantwortlichen für die Krisen, auch die der Bildungsmisere, klar und deutlich benannt werden. Es geht also innergewerkschaftlich um die Entwicklung von Krisenhandeln, d. h. zur Befähigung der KollegInnen im solidarischen und gewerkschaftlichen Handeln, auch vor Ort (gewerkschaftliche Bildung). Es geht um Kampagnefähigkeit- möglichst im bundesweiten oder europäischen Kontext und um entwickelte Bündnisbeziehungen zu anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Da die Kapitalseite meisterhaft auf der Klaviatur der „Mehr Ebenen-Politik“ (Lissabon Strategie) zu spielen versteht und bereits stabile Netzwerke geknüpft hat, müssen das die Gewerkschaften und die außerparlamentarische Bewegung eben auch lernen und ihre

Einbindung in den Standortkorporatismus und -chauvinismus aufgeben. Der Kampf um Opel macht das eben so deutlich wie der gegen die Dienstleistungsrichtlinie der EU oder den Bologna-Prozess. Nicht zuletzt ist das Arsenal gewerkschaftlicher Kampfformen zu erweitern: Konsumentenstreiks, Organizing, Stadtteilarbeit, Betriebs-, Schul-, Uni-Besetzungen, Blockaden, direkte Aktionen a la Greenpeace. Weder allein mit der bisherigen Gewerkschaftsmethodik noch der traditionellen Gewerkschaftsstruktur kann man angesichts der tiefen Krisen gegen die organisierten Kapitalisten ankämpfen. Die z. B. von VER.DI bis 2007 betriebene Lohnzurückhaltung noch der nach jahrelangen Verhandlungen abgelöste Bundes- Angestellten- Tarifvertrag (BAT) für den öffentlichen Dienst (nun TVÖD) sind erfolgreich und haben zu Niederlagen geführt. Darum sind der neuerlichen VER.DI-Forderung nach 5 % PLUS trotz Krise der öffentlichen Haushalte, das Konzept der IG Metall für „Gute Arbeit“ mit dem Focus auf Gesundheit, gegen Arbeitshetze, für Verkürzung der Arbeitszeit gute alternative Ansätze. Mehr aber auch noch nicht, denn es fehlt z. B. dabei, dass „Gute Arbeit“ auch demokratische Mit- und selbstbestimmte Arbeit sein muss, dass die auch von der IG Metall kreierten „Beteiligungsfonds“ der Belegschaften zur Sicherung der industriellen Wertschöpfung natürlich um die der demokratischen Kontrolle erweitert werden muss. Nicht zuletzt müsste sich „gute Arbeit“ auch um „gute Produkte“ kümmern, müsste die Realisierung von „guter Qualifikation“ beinhalten. Die zögerlichen Mobilisierungsbemühungen der Gewerkschaften gegen die „Agenda 2010“ und die Rente mit 76 beweisen dagegen, dass bei den KollegInnen vor Ort und in den Betrieben Widerstand aktivierbar ist, vor allem, wenn er sich steigert und sich nicht in ein, zwei Großkundgebungen erschöpft. Die Diskussion um politische Streiks als gewerkschaftliches Instrument hat erst eingesetzt. Auf den jüngsten Gewerkschaftstagen von IG Bau, VER.DI und der IG Metall wurden dazu 25 Anträge gestellt – steht doch das durch Richterrecht in der BRD eingeschränkte Streikrecht (und das so genannte Streikverbot für Beamte) im krassen Widerspruch zu den ILO-Konventionen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) sowie Art. 6, Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta.

Für die Bildungspolitik und die GEW, die immer noch die Eierschalen ihres Schlüpfens und ihrer Entwicklungsgeschichte mit sich herumträgt, ist wichtig, die volle Streikfähigkeit zu erstreiken. Dazu tragen die z. T. jüngst erfolgreichen Streiks „Junge einstellen- Alte entlasten“ in Bremen, Hessen und Hamburg erheblich bei. Es ging darum, mehr Junge einzustellen und den Alten Altersermäßigung zu geben, und zwar Angestellten wie Beamten. Beide Gruppen beteiligten sich an den Streiks überdurchschnittlich stark nach hohen Urabstimmungsergebnissen. Zwar wird mit den mittlerweile schon seit 10 Jahren vorhandenen PISA-Vergleichen auch von GEW, LINKEN und linken Wissenschaftlern argumentiert, weil sie die soziale Selektion durch das Bildungswesen immer wieder sichtbar und unübersehbar machen. Aber es darf nicht übersehen werden, dass der auch von der OECD ausgehende Ruf nach „mehr Geld für Bildung!“ die Erhöhung des privaten Anteils an den Bildungsausgaben meint. Das Ranking bei PISA und den jährlichen Vergleichen „Education at a Glance“ (Bildung auf einen Blick) meint und etabliert durch ständig normsetzende Vergleiche die freiwillige Bereitschaft zur Koordination (Lissabon- Strategie) – nicht die Demokratisierung der Bildungspolitik und des Bildungswesens, meint die Delegation der Mangelverwaltung nach unten, die Konzentration der Steuerungsentscheidungen aber oben, in den Kultusministerien. Insofern dient PISA, indem es den Wettbewerb anheizt, auch der Vorbereitung auf den nachschulischen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze, fördert die Standortkonkurrenz und entwickelt „Indikatoren“ zur Durchsetzung der Humankapitalthesen wie der Ökonomisierung des Bildungssystems nach betriebswirtschaftlichen Kennziffersystemen. Die Angst, durch ein unzureichendes und unzeitgemäßes Bildungssystem die eigenen Kinder benachteiligt und damit ausgegrenzt zu sehen, hat das (Bildungs-) Bürgertum breit erfasst. Darum ist es mit den SchülerInnen und StudentInnen breit auf die Straßen gegangen (Italien, Griechenland, Portugal, Frankreich, erst in Ansätzen in der BRD). Gelingt es der GEW, hier einen Bündnispartner für eine umfassende Bildungsreform zu gewinnen? Sie müsste dann allerdings ihre Bildungsreformvorstellungen mehr gesellschaftspolitisch denn pädagogisch begründen und auf den Straßen und

Plätzen, in den Problemvierteln und Betrieben häufiger vertreten sein als in Tagungen und Konferenzen mit der (Klutas)Bürokratie und den Arbeitgeberverbänden. Beteiligen sich die Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften durch Mobilisierung betrieblicher Belegschaften daran? Schult „Arbeit und Leben“ mit den Gewerkschaften aktive Betriebsgewerkschafter zu aktiven Elternräten? Die Entwicklung einer massenwirksamen, nicht fachchinesisch abgefassten Bildungskonzeption ist dafür erforderlich. Beispiel könnte sein, wie es den italienischen GrundschullehrerInnen gelang, beim letzten Streik auf den Plätzen und Straßen die Eltern, aber auch die Omas und Opas anzusprechen. Dazu müsste das Konzept der gebührenfreien „Einen Schule für Alle“ (Einheitsschule) in die aktuellen Debatten und Schulkämpfe offensiv eingebracht werden. In mehreren Bundesländern sind Volksbegehren und Volksentscheide erfolgreich gewesen, die sich gegen hohe Kita-Gebühren, Schulwegekosten, Schulschließungen, bessere Kitas (Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt) oder die Privatisierung der Berufsschulen (Hamburg) gewendet haben. In Hamburg steht ein Schulkampf ins Haus (Volksentscheid), in dem alle Wähler darüber entscheiden, ob die Grundschulzeit um zwei Jahre verlängert werden soll oder nicht. Ein Novum, dass das Wahlvolk eine Schulstrukturentscheidung trifft. Das zwingt die Reformkräfte zur Konzentration auf diese eine Frage jetzt. Denn hier entscheidet sich, welche Richtung Strukturreformen nehmen. Das erfordert, in alle Stadtteile zu gehen und mit den Nicht-Fachleuten zu diskutieren, warum längeres gemeinsames Lernen in einer Klasse, alle zu fördern, besser ist, als Selektion und Eliteförderung. Wer eine andere Welt für möglich hält, wie GEW, Linke und die Partei „DIE LINKE“, muss auch sagen, wie darin eine andere Bildung beschaffen sein soll- und dass sie staatlich und gebührenfrei sein muss, soll sie allen nützen. Und staatlich finanziert mit 7% des Bruttoinlandsprodukts (das ist etwa das Geld, das sich Skandinavien das Bildungswesen kosten lässt). Das ist angesichts der Krisen und der damit verbundenen Krise der öffentlichen Haushalte ein „dicker Brocken“, geht es doch dabei um jährliche Mehrausgaben von 40- 50 Mrd. € für die BRD. Das ist natürlich Teil des gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftli-

chen Kampfes um die Sozialstaatsquote – wird von vielen aber gar nicht so gesehen, sondern als etwas Separates. Das schließt den Kampf gegen die Ökonomisierung und Privatisierung des Bildungswesens ebenso ein wie den Kampf um die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und eine gesamtwirtschaftlich begründete Tarifpolitik. Es kann doch nicht länger hingenommen werden, dass im deutschen Bildungswesen für die gleiche Arbeit sieben verschieden hohe Gehaltsgruppen existieren (ohne Hochschulen) – und neuerdings sogar 1-Euro-Jobber zunehmen, dass ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen so viel weniger verdienen als die PädagogInnen in den „höheren Etagen“ des Bildungswesens. Dies gesehen, muss der neuerdings wieder grundgesetzmäßig verstärkte Kulturföderalismus genutzt werden, Fortschritte in dem einen oder anderen Bundesland durchzusetzen, wenn die jeweils regionalen Bedingungen dies ermöglichen. Denn bei gutem Timing und Gewinnung breiterer Öffentlichkeit kann das eher erfolgreich sein als auf gesamtstaatlicher Bundesebene. Denn zunehmend spielt die Bildungspolitik auch bei Wahlen in den Ländern eine große Rolle für die Parteien. Und diese wollen Wahlen nicht verlieren. Denn heute kann man mit Bildungspolitik Wahlen gewinnen, aber auch verlieren.

Kurz: Das alles erfordert von den PädagogInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen eine Überwindung ihres „ständischen Denkens“, das Verlassen der Attitüde der „Omnipotenten“ (sie wissen alles, und alles besser). An sie wende ich mich hier primär. Denn die Bündnispartner wie Eltern, Schüler und Studenten, aufgeklärte Wirtschaftler wie Facharbeiter in Betrieben, die Klienten der Sozialberatungen und die Sachbearbeiter in Büros, die Verkäuferin an der Supermarktkasse wie die Mutter aus Anatolien oder Kasachstan wollen ernst genommen werden. Darum zitiere ich hier den Vorkämpfer der deutschen demokratischen Lehrerbewegung nach 1848, Friedrich-Karl Wander, als er den Vorwurf drastisch konterte, Volkslehrer zu sein: „Lieber an der Front des Volkes als im Arsch der Reaktion.“

Literatur

- OECD „Bildung auf einen Blick 2009“, UNO- Verlag
- W. Kopitzsch „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW – 1947-1975, C. Winter Universitätsverlag, 1983, Heidelberg
- S. Leibfried (Hrsg.) „Wider die Untertanenfabrik“, Pahl- Rugenstein, 1967, Köln
- H. Ahlff, H. Bethge u.a. (Hrsg.) „Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik“, Pahl- Rugenstein, 1975, Köln
- H. Bethge (Hrsg.) „Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote“, Pahl- Rugenstein, 1972, Köln
- Dt. Päd. Zentralinstitut „Die westdeutsche Bildungskrise“, Volk + Wissen, 1976, Berlin
- A. Reble „Geschichte der Pädagogik“, E. Klett, 1957, Stuttgart
- G. Judick, J. Schleifstein, K. Steinhaus (Hrsg.) „KPD 1945-1968“, Ed. Marxistische Blätter, 1989
- H. Bethge, S. Gondermann, M. Huth (Hrsg.) „Bildungsreform 2000“, Ergebnisse V., 1989, Hamburg
- J. Dienstbier, O. Negt, u. a. „Von 68 nach 89“, in Blätter f. dt. + internat. Politik, 8/2008, S. 31 ff
- Dt. Bildungsrat „Gutachten und Studien“ Bd. 50 + 51, Klett V., 1975, Stuttgart
- B. Claußen, S. Zieschang (Hrsg.) „Politik, Bildung, Gesellschaft“, Gulda + Wilch V., 2002, Berlin
- O. Negt „Die zweite Gesellschaftsreform- 27 Plädoyers“, Steidl. V., 1994, Göttingen
- S. Langguth „Die Protestbewegung in der BRD 1968-1976“, V. Wissenschaft + Politik, 1976, Köln
- H. K. Rupp „Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer“, Pahl Rugenstein, 1970, Köln
- J. Huffschmid „Das Ende des Finanzmarktkapitalismus“ und
- A. Fisahn „Demokratische Steuerung der Ökonomie“ in Z Nr. 78, Juni 2009
- N. Paech „Empire oder (Neo)Imperialismus“ in Z Nr. 73, März 2008
- J. Bischoff/R. Detje „Das europäische Sozialmodell und die Gewerkschaften“, Supplement Sozialismus 1/2007 Hamburg
- GEW Bez.V. Lüneburg „Nur noch lernen, was verwertbar ist?, Moisburg 2006
- dito „Vom Menschenrecht zur Ware? Plädoyer für Nachhaltigkeit, Moisburg 2007
- dito „Abschied vom Gleichschritt der Belehrung“, Moisburg 2000
- W. Rügemer „Cross Border Leasing“, Westf. Dampfboot, 2004, Münster
- W. Rügemer „Heuschrecken im öffentlichen Raum-PPP“, transcript, 2008, Bielefeld

-
- W. Rügemer „Privatisierung in Deutschland-eine Bilanz“, Westf. Dampfboot, 2006, Bielefeld
- U. Bittlingmeyer/U. Becker (Hrg.) „Die Wissensgesellschaft-Mythos, Ideologie oder Realität?“, V.f.Sozialwissenschaften, 2006, Wiesbaden mit Beiträgen von Adorno, Marcuse, Chomsky, Bourdieu, Vester, Krysmanski
- H. Bethge „Die Bildungsmärkte der Wissensgesellschaft“, ebenda
- M. Felder „Die Transformation der Staatlichkeit“, V.f. Sozialwissenschaft, 2001, Wiesbaden
- I. Lohmann/R. Rilling „Die verkaufte Bildung“, Leske + Budrich, 2002, Opladen
- J. Fritz/C. Scherrer „GATS- zu wessen Diensten?“, VSA, 2002, Hamburg
- J. Wernicke/T. Bultmann (Hrsg.) „Netzwerke der Macht-Bertelsmann“, BdWi-V., 2007, Marburg
- Th. Böhm u.a. „Weiter so-oder Krise als Chance, in Sozialismus, 12/2008, S. 31
- R. Detje „Tod des Neoliberalismus-Krise der Gewerkschaften?“, ebenda, S. 37
- S. Lehndorff „Weniger ist mehr-Arbeitszeitverkürzung alsGesellschaftspolitik“, VSA, 2001, Hamburg
- J. Huffschmid (Koord.) „Die Privatisierung der Welt“, VSA, 2004, Hamburg
- N. Klein „Die Schocktherapie-der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus“, Büchergilde Gutenberg, 2007, Frankfurt
- H. Bethge/G. Große u. a. (Hrsg.) „PISA-Schock-was sagt DIE LINKE?“, VSA, 2008, Hamburg
- G. Wilms „Perspektive Menschenbildung“, V. Wiljo Heim, 2009. Berlin
- C. Butterwegge u. a. (Hrsg.) „Kritik des Neoliberalismus“, V.f.Sozialwissenschaften, 2007. Wiesbaden
- Neoliberale Bildungspolitik, Z Nr. 74, Juni 2008, mehrere Beiträge
- E. Hobsbawn „Das Zeitalter der Extreme“, Büchergilde Gutenberg, 1994
- A. Giddens „Entfesselte Welt“, Suhrkamp, 1999, Frankfurt
- A. Giddens „Der dritte Weg-die Erneuerung der sozialen Ordnung“, Büchergilde Gutenberg, 1999
- P. Ingraio/R. Rossanda „Verabredungen zum Jahrhundertende“, VSA, 1996, Hamburg
- B. Hombach „Aufbruch-die Politik der neuen Mitte“, 1998, München

Als Profession Definitionsmacht gewinnen

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH

Der Blick in die internationale Landschaft der Lehrerinnen- und Lehrgewerkschaften zeigt markante Unterschiede in deren Profil bzw. Kernidentität. Da gibt es die stark „konfessionell“ ausgerichteten Berufsorganisationen, einer parteipolitischen Linie oder einem religiösen Bekenntnis verpflichtet, und daneben politisch-konfessionell „neutrale“. Da gibt es Kulturen mit mehreren, nebeneinander agierenden oder gar sich konkurrierenden Gewerkschaften (beispielsweise bezüglich weltanschaulicher Ausrichtung oder bezüglich Schulstufen). Da gibt es – zugespitzt formuliert – die Gewerkschaften, welche vor allem von der Kritik an allen bildungspolitischen Vorlagen leben, den Applaus bei den Mitgliedern konsequent mephistotelisch suchen: „Ich bin der Geist, der stets verneint! Und das mit Recht, denn alles, was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht; Drum besser wär’s, daß nichts entstünde.“ (Faust I, erster Teil, Studierzimmer). Und andere, die sich als eigentliche Reformtreiber verstehen, sich in der Tradition der Reformpädagogik oder sozialistischer Chancengleichheitskonzepte verstehen und notfalls bereit wären, aus dem hohen Caritas-Ideal heraus auch zu tiefsten Tarifen ihr Leben für das Schöne, Gute und Wahre aufzuopfern. Das unterscheidet denn auch hauptsächlich pädagogische Missionsgesellschaften von eng verstandenen Gewerkschaften, welche sich mehr oder weniger ausschliesslich um Lohn- und Arbeitszeitfragen, um Anstellungsverträge, Spesenvergütungen und Versicherungen kümmern.

Proaktive Verbandspolitik

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) versucht, „Geld und Geist“ zu versöhnen (was natürlich nie ideal gelingt), deckt ein weites Leistungsspektrum ab, ist sowohl klas-

sich gewerkschaftlich wie auch stark pädagogisch ausgerichtet. Vor allem aber hat er sich seit seiner Gründung dafür entschieden, in wichtigen bildungspolitischen Fragen nicht auf die Bildungspolitik bzw. Schulbehörden zu warten, sondern sich anbahnende Problematiken und Erneuerungsansprüche frühzeitig zu erkennen und dann mit eigenen Vorstellungen das Feld zu besetzen oder mindestens die Entwicklungen stark zu beeinflussen. Dass das Risiken birgt und nicht bei allen Mitgliedern Begeisterung auslöst, versteht sich von selbst. Es gibt auch bei uns „Fraktionen“, die es vorziehen würden, abzuwarten, die Behörden ihre Arbeit machen zu lassen und dann zu sagen, was daran schlecht ist. Bis jetzt hat die proaktive Grundhaltung unserer Verbandspolitik aber grossmehrheitliche Zustimmung gefunden.

20 Jahre LCH – in einer 160 Jahre alten Tradition

Ende 1989 gründeten rund zwanzig, in der Konferenz schweizerischer Lehrerorganisationen (KOSLO) miteinander verbundene Berufsverbände aller Stufen und Couleurs den Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH). Rechtlich geschah dies in Form der Umwandlung des Schweizerischen Lehrervereins (SLV), mit 18'000 Mitgliedern der grösste und mit Gründungsdatum 1849 der älteste Berufsverband. Heute zählt der LCH rund 50'000 Mitglieder. Er ist eine Dachorganisation von selbständigen Vereinen, zählt einerseits die 21 Kantonalverbände der Deutschschweizer und gemischtsprachlichen Kantone und andererseits 13 interkantonale, teils gesamtschweizerische Stufen- und Fachverbände vom Kindergarten bis zu den Fachhochschulen. Mit dem Syndicat des Enseignants Romands (SER), dem Dachverband der französischsprachigen Kantonalverbände, besteht eine enge Zusammenarbeit in nationalen Fragen. Die Zentralorgane des LCH sind die Delegiertenversammlung, die Präsidienkonferenz und – für die alltägliche Führungsarbeit – eine siebenköpfige Geschäftsleitung, wobei der Zentralpräsident, die Zentralsekretärin und der Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle hauptamtlich (je in 80%-Anstellung) für den Verband tätig sind. Das Zentralsekretariat befindet sich in Zürich. Die gedankliche Arbeit wird überdies in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen ge-

leistet und teils durch extern vergebene Forschungsaufträge/Expertisen unterstützt. Mit der Pädagogischen Arbeitsstelle leistet sich der Verband eine bildungswissenschaftliche Fachstelle für die Unterstützung der Verbandsarbeit in schulpädagogischen Fragen und als (Sparring-)Partner der heute auch bildungswissenschaftlichen Fachstellen der Bildungsverwaltungen. Der LCH ist überdies Mitgliedorganisation und führt das Präsidium der „Ebenrain-Konferenz“, der Dachorganisation der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerverbände der Schweiz, der praktisch alle grossen nationalen Gewerkschaften aller Branchen angehören.

Breiter Leistungsauftrag

Die Statuten des LCH verpflichten den Verband zu parteipolitischer und konfessioneller Unabhängigkeit. Als Kernaufgaben werden genannt:

- Die Kantonalsektionen und Stufen- und Fachverbände in gewerkschaftlichen und schulpolitischen Fragen unterstützen.
- Subsidiär zur Arbeit der Mitgliedsorganisationen vor Ort: für die Anliegen der Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen eintreten und diese gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden wahrnehmen.
- Sich für eine optimale Lehrerausbildung und -weiterbildung auf allen Stufen einsetzen.
- Sich an der Gestaltung der schweizerischen Schul- und Bildungspolitik beteiligen.
- Die Stellung der Lehrerschaft gegenüber der EDK (Konferenz der kantonalen Unterrichtsminister) stärken, die Mitsprache auf nationaler und sprachregionaler Ebene sicherstellen.
- Die Arbeit von Vereinigungen, die sich mit nationaler Schul- und Bildungspolitik befassen, verfolgen und allenfalls mitarbeiten oder sie bekämpfen, um die Interessen der Lehrerschaft zu vertreten.
- Den Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen Dienstleistungen anbieten.
- Mit anderen Arbeitnehmerorganisationen von Fall zu Fall ein gemeinsames Vorgehen absprechen.

Der Verband finanziert sich zu zwei Dritteln aus Mitgliederbeiträgen, zu einem Drittel aus Erträgen des Dienstleistungsverkaufs (v.a. Reisedienst, Verlag sowie Prämienanteile aus Versicherungen, Anlageprodukten und Einkaufsvergünstigungen).

Programmatische Koordinaten

Als strategische Koordinaten der Verbandsarbeit verfügt der Verband neben den Statuten über drei zentrale programmatische Dokumente:

Das *Berufsleitbild* beschreibt in 6 Leitsätzen die Kernpunkte des Berufsverständnisses. Die Titel heissen: Fachleute für Lehren und Lernen; Arbeit mit heterogenen Lerngruppen; Arbeit mit geklärten Verantwortlichkeiten; Mitgestaltung der geleiteten Schule; Qualifizierte Ausbildung und Laufbahngestaltung; Arbeit in guten, verlässlichen Rahmenbedingungen.

Die zehn *Standesregeln* sind kein „Tugendkatalog“ (wie etwa bei Hentigs Sokratischem Eid), sondern setzen Mindeststandards. Sie geben eine Art Mindestqualitäts-Versprechen ab. Die Leitmetapher bei der Abfassung der Standesregeln war: Wenn welche Ansprüche chronisch unterschritten oder gravierend verletzt werden, verdienen Lehrpersonen eine gelbe oder rote Karte? Als Berufsstand, der Professionalität beansprucht und Respekt verlangt, kommen wir nicht darum herum, solche Mindeststandards zu definieren und uns gegenüber „Schwarzen Schafen“ abzugrenzen.

Das *„Manifest für ein leistungsfähiges Bildungswesen“* ist unsere Reaktion auf die überbordende Flut von Reformprojekten, auf den hektischen Aktivismus seitens der Behörden. Das Manifest nennt fünf pädagogische und bildungspolitische Schwerpunkte der Schulentwicklung, welche als vordringlich und Ertrag versprechend bewertet werden, in welche der LCH vor allem investieren und welche er vor Konkurrenz durch zweit- und drittrangige Neuerungen schützen will. Das Manifest fordert namentlich eine bessere Auftragsklärung mittels verwesentlichten, an Kompetenzen orientierten und mit Mindeststandards versehenen Lehrplänen, die Schaffung von Unterrichtsbedingungen und Tagesbetreuungsangeboten, welche den Schulen erlauben,

produktiver mit Heterogenität und Chancengleichheitsansprüchen umzugehen, eine funktionaler eingerichtete Schulleitung und Schulaufsicht sowie eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung auf Masterstufe auch für die Primarlehrerschaft.

Andere wichtige programmatische Positionspapiere betreffen die Konkretisierung des Auftrags und der Arbeitszeitverteilung, die Verantwortlichkeiten und Haftungsaspekte des Berufs, Genderfragen, Prävention sexueller Übergriffe, Umgang mit Belastung, Leistungsfeststellungen, Notengebung und Selektion, die schulische Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, die Sprachenpolitik, Privatisierung und freie Schulwahl oder die Ausgestaltung von Schulaufsicht und Schulleitung. Daneben entstehen laufend Stellungnahmen zu vielfältigen „tagesaktuellen“ Fragen, die via Anhörungen bildungspolitischer Instanzen, aus Mitgliederkreisen oder von den Medien an den LCH herangetragen werden.

Der LCH führt in regelmässigen Abständen aufwendige Untersuchungen zur Berufszufriedenheit und Belastung sowie zur real erbrachten Arbeitszeit der Lehrerschaft und deren selbst finanzierten Arbeitsplatzkosten durch. Die Befunde dieser Erhebungen haben mittlerweile – weil methodisch sehr seriös (und teuer!) und durch behördliche „Gegenuntersuchungen“ immer nur bestätigt – einen grossen Vertrauensbonus erreicht.

Gewerkschaft, Standesorganisation, bildungspolitischer Player und Dienstleistungsbetrieb

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Soweit der Begriff „Gewerkschaft“ mit parteipolitischem Linkskurs assoziiert ist, kann der LCH wegen der Verpflichtung auf parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit nicht als Gewerkschaft bezeichnet werden. Er verfolgt aber die klassischen gewerkschaftlichen Themen wie Lohnfragen, Arbeitszeit, Sozialversicherungen, Rechtsschutz etc. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Lohn- und Arbeitszeitfragen die Kantonalverbände die souveränen Verhandlungspartner der zuständigen kantonalen Behörden sind, der LCH leistet hier nur Support im Hintergrund.

Der früher sehr gebräuchliche, edle Begriff der „Standesorga-

nisation“ hat an Strahlkraft verloren. Er passt nicht mehr zu modernen Konzepten der Professionalisierung des Berufs. Ein bisschen Standesbewusstsein gehört aber eben doch zum Selbstverständnis einer Profession und führt über blossen Lohn- und Arbeitszeitfragen hinaus, lenkt auf den pädagogischen Kern des Berufs und begründet entsprechende pädagogische und bildungspolitische Aktivitäten des Verbandes. In diesem Sinne versteht sich der LCH auch als bildungspolitische Kraft *zwischen* den 26 Bildungsdepartementen (Bildungsministerien) der Kantone, der Konferenz der Schweizerischen Erziehungsdirektoren (EDK), dem im Bereich der Berufsschulen, Gymnasien und Hochschulen regulierend zuständigen Bund sowie anderen bildungspolitischen Kräften, etwa den grossen nationalen Parteien und Wirtschaftsverbänden. Der LCH beteiligt sich entsprechend an bildungspolitischen Diskussionen, Entwicklungsprojekten, Anhörungen und Initiativen. Er ist mit einer Delegation auch an den ordentlichen Sitzungen der Konferenz der Schweizerischen Erziehungsdirektoren (EDK) präsent.

International ist der LCH Mitglied der EI (Welt und Europa). In regelmässigen trinationalen Treffen zwischen dem VBE (Deutschland), der GÖD (Österreich) und dem LCH werden seit einigen Jahren Themen diskutiert und Kampagnen abgestimmt, zu denen gleich lautende Interessen bestehen.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Bildung Schweiz“ mit einer Nutzauflage von über 50'000 Exemplaren ist für den LCH ein wirkungsvolles Kommunikationsinstrument zu den Mitgliedern wie auch zu Schulbehörden im Lande. Die Redaktion ist den inhaltlichen Grundkoordinaten der Verbandsarbeit verpflichtet, hat aber ein Redaktionsstatut mit grosser Unabhängigkeit und kann auch brisante Themen kontrovers aufgreifen.

Zu den erwähnten Informationen bietet die Homepage des LCH www.lch.ch weiter führende Informationen.

Der VPOD als linke LehrerInnengewerkschaft in der Schweiz¹

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) ist aus dem Zusammenschluss des Schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes mit dem Schweizerischen Strassenbahner-Verband entstanden. Gegründet wurden beide Verbände 1905 (teilweise aus bereits bestehenden lokalen Gruppierungen), was als Gründungsjahr des VPOD gilt; zusammengeschlossen haben sie sich 1920. Seine Wurzeln hat der VPOD also in handwerklichen Berufen.²

Da der Schweizerische Lehrerverein stark bürgerlich identifiziert war, in der Arbeiterbewegung aber immer auch Lehrer aktiv waren, gab es schon bald Bemühungen, eine Lehrersektion zu bilden. 1927 wurden „Richtlinien zur Gewinnung der Lehrerschaft für die Gewerkschaft“ verabschiedet, die Umsetzung gelang aber nicht. Erst der zweite Anlauf am 31. Mai 1931 war erfolgreich. An der Gründungsversammlung nahmen zwei Lehrerinnen und 90 Lehrer teil. Vorgespart worden war sie durch einen ausführlichen Artikel in der Verbandszeitung „Der öffentliche Dienst“. Die erste Nummer des Jahres 1931 war dem Thema „Die

- 1 Der Artikel stellt eine leicht gekürzte Fassung des letzten Kapitels einer ausführlichen Studie mit dem Titel „Wie ist der VPOD zur Gewerkschaft für Lehrerinnen und Lehrer geworden?“ dar. Die gesamte Studie können interessierte LeserInnen auf unserer homepage nachlesen: www.schulheft.at.
- 2 Siehe dazu: VPOD Wegspuren aus 90 Jahren. 1905-1980: 75 Jahre VPOD, herausgegeben anlässlich der Jubiläumsveranstaltung vom 21. November 1980, Zürich. Es gibt keine geschriebene Geschichte der Lehrer im VPOD bzw. der Sektion Lehrer (heute VPOD Zürich Lehrberufe); darum ist die folgende Darstellung von meinem persönlichen Erleben geprägt: ich wurde 1977 zum ersten Lokalsekretär der Sektion Lehrer gewählt und arbeitete in dieser Funktion bis Ende 1985, anschliessend war ich bis Ende 2008 „Koordinator“ (d.h. Redaktor und Administrator) des verselbständigten „Lehrer-Magazins“ (heute: [vpod bildungspolitik](http://vpod.bildungspolitik.ch)) und bin heute noch Mitglied der VPOD-Verbandskommission Bildung Erziehung Wissenschaft.

neue Schule“ gewidmet; verfasst vom damaligen Präsidenten der SPS und Sekundarlehrer Ernst Reinhard. Sein Artikel schloss mit dem Aufruf:

„Wir haben heute unsere Berufsvereine des bürgerlichen Selbstgenügens; aber: wir brauchen die Gewerkschaften, welche zugleich Kämpfer für die neue Zeit sein wollen (...) Wenn unsere Lehrervereine wirklich ihre ernsteste und schwerste Pflicht erfüllen wollen, dann müssen sie aus der unhaltbaren und innerlich unwahren Neutralität heraustreten; dann gehören sie in den Schweiz. Gewerkschaftsbund hinein: die Lehrervereine haben als ganze Vereine mit dem übrigen öffentlichen Personal im Föderativverband und letzten Endes im Verband des Personals öffentlicher Dienste zusammenzustehen...“³

Reinhard's Wunsch hat sich bis heute nicht erfüllt. Es ist ja auch fraglich, ob die Gründung einer Lehrersektion des VPOD die richtige Strategie gewesen wäre, wenn es das vordringliche Ziel gewesen wäre, den Lehrerverein in den SGB zu integrieren. Es ging wohl eher um die Interessenvertretung dezidiert linker Lehrpersonen, die wegen ihrer Mitgliedschaft in Arbeiterorganisationen Repression, Schikanen oder Entlassung erlebt haben. Jedenfalls haben an den Jubilarensfeiern der Lehrersektion in den Siebziger- und Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts fast alle „Veteranen“ von solchen Erlebnissen erzählt.⁴

Die Mitgliederentwicklung der Lehrer war vorerst nicht dynamisch. Erst 1968 wurde die Tausendergrenze überschritten (s.w.u.). Wie lange die Lehrersektion die gesamte Schweiz als Einzugsgebiet hatte und wann jeweils Regionalgruppen entstanden sind, geht aus den spärlich vorhandenen Unterlagen nicht klar hervor. So schlossen sich beispielsweise im Jahr 1951 nach einem Konflikt die Gesellschaft der Sekundar-, Mittelschul- und Universitätslehrer sowie die Vereinigung der Primarschullehre-

3 Zitiert nach dem Manuskript der Rede von Walter Renschler, geschäftsleitender Sekretär des VPOD an der Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre VPOD-Sektion Lehrer“ am 30. Mai 1981.

4 Beispielsweise sind die Erlebnisse von Fritz Rüegg, der im Tösstal als Streikführer am Generalstreik teilnahm, in der „vpod bildungspolitik“ dokumentiert; Hefte 58/1988 und 59/1989, dargestellt von Catherine Aubert.

rinnen und -lehrer im Kanton Neuenburg dem VPOD an. Umgekehrt schrumpfte die Sektion Lehrer durch die Gründung von Regionalgruppen in der Nachkriegszeit zur Zürcher Regionalformation – mit Veteranen aus den verschiedensten Regionen der Schweiz.

Über Jahre verharrte ihre Mitgliederzahl bei rund 75. Dabei lassen sich grob vier Mitgliedergruppen charakterisieren. Da waren einmal Lehrpersonen, für die es eine Selbstverständlichkeit war, gewerkschaftlich organisiert zu sein, öfters verbunden mit gleichzeitiger Mitgliedschaft im Lehrerverein. Dazu kamen bildungspolitisch Engagierte, die sich der Gewerkschaftsbewegung verbunden fühlten. Sie waren Doppelmitglied im VPOD und im Lehrerverein, und die bildungspolitischen Aktivitäten entfalteten sie vor allem im Rahmen des Lehrervereins und/oder der SP und dazu auf der internationalen Ebene in der IUS-DE (Internationale Union sozialdemokratischer Erzieher). Dann gab es auch gewerkschaftlich Engagierte, denen als Lehrpersonen die Bildungspolitik schon ein wichtiges Anliegen war, die sich aber vor allem in der Gewerkschaftsarbeit engagierten. Und schliesslich gab es politische Mandatsträger der SP, denen es wichtig war, gegenüber ihren WählerInnen auch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft vorweisen zu können. Es kamen also recht unterschiedliche Interessen zusammen – aber den meisten war es recht, wenn die Lehrersektion nicht zu viel Aktivität entwickelte.

Bewegung in den VPOD brachte die 68er-Bewegung. Nachdem die bürgerliche Gesellschaft nicht in sich zusammengebrochen war – wovon mindestens ein Teil von uns geträumt hatte –, konnten wir nicht „unsere“ neue Gesellschaft aufbauen, sondern mussten unseren Platz in der bestehenden Gesellschaft finden. Da haben viele im VPOD eine neue Heimat gefunden.

Das lag nicht auf der Hand. Denn die drei grössten „Berufsgruppen“ waren 1968 die „Strassenbahner“ (Nahverkehrsangestellte, damals ein reiner Männerberuf), Bauarbeiter („Strassen-, Hoch- und Tiefbau“) und Elektrizitätswerk-Angestellte; an vierter Stelle kamen die Verwaltungs- und Gerichtsangestellten, gefolgt vom Militärpersonal. Erst an sechster Stelle kamen die Angestellten in „Heil- und Pflegeanstalten“ und an siebter jene in

„Krankenanstalten“ (Spitälern). Dann folgten wieder „handwerkliche“ Berufe, vom „Luftverkehr“ („Bodenpersonal“, also auch Leute aus handwerklichen Berufen) über „Gaswerke“ und „Wartung und Reinigung“ bis zu den Friedhofsgärtnern („Garten- und Friedhofwesen“). Noch vor den „Lehrern“ (13. „Rang“) kamen die „Kulturschaffenden“ („Theater, Musik, Film, Radio, TV“), und die „Sozialfürsorge“ (Sozialbereich) kam erst an der 17. Stelle. Erwähnt seien hier noch „Abfuhrwesen“ (14.), „Wasserwerke“ (15.), „Polizei“ (16.), „Feuerwehr“ (18.) und „Forstwesen“ (19.), um das Bild abzurunden.

Die Mitgliederstruktur lässt eine „konservative“ Gewerkschaft erwarten. Dennoch hatte der VPOD immer den Ruf einer „linken“ Gewerkschaft. Solange er in der Lage war, für die „Handarbeiter“ gute materielle Arbeitsbedingungen auszuhandeln, interessierte diese der „ideologische Überbau“ nicht sonderlich. Allerdings kam es vereinzelt zu heftigen Auseinandersetzungen. Insbesondere der langjährige geschäftsleitende Sekretär Max Arnold (von 1947 bis 1974) stand für den linken Ruf des VPOD in der Öffentlichkeit und auch gegen innen. So traten zunehmend Leute aus dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich – die als „neue Bereiche“ bezeichnet wurden – dem VPOD bei, während in den „traditionellen handwerklichen Bereichen“ Stagnation oder Rückgang vorherrschten. Dies veränderte die Mitgliederstruktur des VPOD erheblich.

Die Entwicklung im Bildungsbereich ist zudem auf besondere Umstände zurückzuführen. Es gibt ja das Bonmot, dass sich nach jeder gescheiterten Revolution viele enttäuschte Beteiligte dem Bildungswesen zuwenden, mit dem Ziel, die kommenden Generationen so zu erziehen, dass sie bei einer nächsten Revolution zu dieser bereit seien. Und offenbar macht dies als Schreckensvision auch unter Regierenden die Runde. Jedenfalls scheint das die Entwicklung im Kanton Zürich nach 1968 geprägt zu haben. Viele 68erInnen ergriffen den Lehrerberuf und organisierten sich in einer Vielzahl von autonomen, radikalen, sozialistischen, anarchistischen, kommunistischen Basisgruppen, Zellen, Aufbauorganisationen, Gewerkschaften und was der Bezeichnungen mehr sind. Aber in den VPOD verirrten sich nur wenige. Dieses Treiben wurde dem Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen

bald zu bunt, und wie er das als Major im Militär gelernt hatte, griff er hart durch. Willkürlich belegte er missliebige Lehrer mit seinem Bannstrahl und entfernte sie aus dem Schuldienst. Militärdienstverweigerer belegte er gar grundsätzlich mit einem Berufsverbot – das Vorbild für eine solche Massnahme kannte er ja aus Deutschland.⁵

Dass die revolutionäre Rhetorik ernsthafte reale Konsequenzen haben könnte, das hatten die wenigsten erwartet. Aus dem Revolutions-Spiel wurde unvermittelt bitterer Ernst. Entsprechend machte sich unter den JunglehrerInnen Angst, Schrecken und Ernüchterung breit. Das war die Stunde des VPOD. Ohne zu zögern beschlossen die Verantwortlichen in der Sektion Lehrer und im Verbandssekretariat, allen von Berufsverbot Betroffenen Rechtsschutz zu gewähren. Damit hatte er klar gemacht, welche Kraft die „traditionelle“ Gewerkschaft im Unterschied zu „autonomen“ Gruppierungen in einer Auseinandersetzung mit der Staatsmacht in die Waagschale zu werfen hat. Scharenweise suchten die JunglehrerInnen Schutz unter dem Dach des VPOD und die Vielfalt von Gruppierungen in der „Lehrerszene“ dünnte sich radikal aus, weit über den Kanton Zürich hinaus.⁶

Überall im VPOD waren die „linken Lehrer“ allerdings nicht so willkommen, wie das in Fussnote 6 angeführte Beispiel aus Basel zeigt. Noch heftiger war der Widerstand in Solothurn. Dort weigerte sich der Vorstand der Sektion des kantonalen Personals

-
- 5 Eine systematische Aufarbeitung der Berufsverbote gibt es bisher nicht. 1975 hat die GKEW (Gewerkschaft Kultur Erziehung und Wissenschaft) ein „Weissbuch: Repression gegen Lehrer in der Schweiz“ herausgegeben (GKEW, Bern 1975); gefolgt 1976 von: Die Freiheit die sie meinen; erweitertes Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz, herausgegeben von der GKEW, Z-Verlag, Basel 1976. In der „vpod bildungspolitik“ finden sich immer wieder Berichte zu Repressionsfällen (www.vpod-bildungspolitik.ch)
- 6 Einzig die „Gewerkschaft Erziehung“ (GE) mit ihrer Zeitschrift „Sektor Erziehung“ hat in der Nordostschweiz überlebt. Ein Anlauf zum Zusammenschluss scheiterte Mitte der Achtzigerjahre am Widerstand der Führung des Basler VPODs, die damals von einer Rechtsabspaltung der SP dominiert war. Immerhin kam 1994 der Beitritt der GE zum Basler Gewerkschaftskartell (dem Zusammenschluss der lokalen Gewerkschaftssektionen des SGB) zustande. Aber bis zum Beitritt der GE in den VPOD Basel dauerte es noch bis 2007.

des VPOD – der hauptsächlich aus Beamten in Kaderpositionen zusammengesetzt war – schlichtweg, die Lehrer als Gruppe aufzunehmen. Ihre Gruppe wurde ganz pragmatisch für einige Jahre der Lehrersektion in Zürich angegliedert und später als eigene Sektion verselbständigt.

Der VPOD hatte so eine neue Generation für sich gewonnen. Aber wie es dem „68er-Geist“ entsprach, waren wir nicht damit zufrieden, einfach Mitglied zu sein. Wir begannen, die Politik des VPOD umzugestalten, weit über den Bildungsbereich hinaus. Das Geschlechterverhältnis wurde zum grossen Thema durch die Wiederbelebung der Frauenstrukturen. Das führte zu Kontroversen, etwa ob der VPOD für die Förderung von Teilzeitarbeit eintreten sollte. In der Energiepolitik setzten wir den Ausstieg aus der Atomenergie als Ziel durch, wie Ökologie ganz allgemein zum Anliegen in allen Bereichen wurde. Obwohl Max Arnold sich nicht gescheut hatte, immer seine militärkritische Haltung öffentlich zu vertreten und der VPOD beispielsweise im Gegensatz zum SMUV (Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband) für ein Waffenausfuhrverbot eingestanden war, kam es zunehmend in militärpolitischen Fragen zu Auseinandersetzungen, etwa als wir Lehrer dazu aufriefen, nicht mit Schulklassen eine grosse Wehrschau der Armee in Zürich zu besuchen. Zur Zerreisssprobe wurde die Jugendbewegung zu Beginn der Achtzigerjahre. Während die Sektionen aus dem Sozial- und Bildungsbereich sich mit der „Bewegung“ solidarisierten, unterstützten die „traditionellen“ Sektionen ein hartes Vorgehen der Polizei (insbesondere jene aus dem Nahverkehr, von Polizei und Feuerwehr sowie der städtischen Angestellten).

Etwa gleichzeitig mit dem Beschluss, für die Sektion Lehrer ein Sektionssekretariat zu schaffen, wurde auch ein Sektions-Informationsblatt eingeführt. Dies sollte aber mehr sein als nur das Organ des Vorstandes. Gemäss der damals dominierenden „Basisorientierung“ wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die unabhängig vom Vorstand das Blatt gestalten sollte. In meinem (ersten) Pflichtenheft als Sekretär war ausdrücklich festgehalten, dass ich der Redaktionsgruppe nicht „dreinzureden“, sondern ihr lediglich administrative Unterstützung zu leisten habe. Schon bald suchte die Redaktionsgruppe den Kontakt zu den andern

Lehrergruppen in der Deutschschweiz und baute das Heft systematisch zum kritischen überregionalen Gewerkschaftsmagazin aus. In der Anfangszeit war nicht klar, ob sich Bildungspolitik oder die kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Gewerkschaften in der Schweiz zu seinem Schwerpunkt entwickeln würde. Diese Unsicherheit hielt allerdings nicht lange an. Denn einerseits flauten die „Richtungskämpfe“ innerhalb der Gewerkschaften ziemlich schnell ab und andererseits fokussierte sich das Interesse der AktivistInnen innerhalb der Sektion zunehmend auf die Bildungspolitik. Das war ja nur logisch, denn jene, die längerfristig dem Beruf treu und in der Gewerkschaft aktiv blieben, entwickelten ein zunehmendes Bedürfnis, ihr Arbeitsumfeld mitzugestalten, mithin gewerkschaftliche Bildungspolitik zu machen.

In den Verbandsstrukturen ist ein Verbandsorgan für den Bildungsbereich nicht vorgesehen und schon gar nicht eines, das nur den deutschen Sprachbereich abdeckt. Darum ist die „vpod bildungspolitik“ (www.vpod-bildungspolitik.ch) bis heute kein offizielles Organ des VPOD. Mitte der Achtzigerjahre geriet die Sektion Lehrer infolge einer falschen „Wachstumspolitik“ in finanzielle Probleme. Für die „bildungspolitik“ wurde dies zur Chance, indem ein überregionaler Trägerverein im Rahmen des VPOD zu ihrer Herausgabe gebildet wurde. Das hat ihre Existenz längerfristig abgesichert. Im Zusammenhang mit meiner Pensionierung als „Koordinator“ wurde der juristisch selbständige Trägerverein umgewandelt in eine Trägerschaft im Rahmen des VPOD. Damit ist die „bildungspolitik“ zwar immer noch kein offizielles Verbandsorgan, aber es wird zunehmend schwieriger, dies Aussenstehenden zu erklären. Der Unterschied ist ein struktureller. Einerseits wird die „bildungspolitik“ nicht einfach aus der Verbandskasse finanziert, sondern muss mit Abobeiträgen der beteiligten VPOD-Regionen eine ausgeglichene Rechnung erreichen. Andererseits garantiert die vielfältige Trägerschaft die redaktionelle Unabhängigkeit, so dass zu hoffen ist, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die „bildungspolitik“ eine kritische schulreformerische Zeitschrift bleibt.

Ralf Wimmer

Die österreichische Lehrerinitiative(ÖLI), die Gewerkschaft und die Bildungspolitik

In den folgenden Überlegungen soll es um die Rolle der unabhängigen Lehrgewerkschafter in der österreichischen Bildungspolitik gehen. Speziell wird dabei eingegangen auf die Aspekte: Öffentlichkeit und Bildung, Gewerkschaft, insbesondere Gewerkschaft öffentlicher Dienst, unabhängige Interessensvertretung, gesellschaftliche Veränderungen und Schule, Lehrerschaft und „Standespolitik“ sowie Selbstverständnis und Möglichkeiten nicht parteipolitisch gebundener Bildungspolitik.

Wer die Rolle und politischen Möglichkeiten der parteiunabhängigen Bildungspolitik darstellen will, was hier am Beispiel der Österreichischen Lehrerinitiative(ÖLI) als der bei Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen erfolgreichsten unabhängigen Gruppierung versucht werden soll, der muss sich auch mit den Rahmenbedingungen(Umfeld) für diese Politik zumindest überblicksmäßig auseinandersetzen.

Die Ausführungen ergeben sich aus meiner Sichtweise, sind also insbesondere nicht autorisiert durch die Gremien der Österreichischen Lehrerinitiative, aber, wie ich glaube, im Großen und Ganzen mit dem Selbstverständnis der ÖLI vereinbar.

Der Versuch der Analyse ist qualitativer Natur: Auf das Zitieren von Untersuchungen, Bildungsstatistiken u.Ä. wird verzichtet. Die Argumentation fällt bei allgemein bekannten Diskussionspunkten eher apodiktisch aus.

Umfeld: Bildungspolitische Öffentlichkeit

Die öffentliche „Diskussion“ über das Bildungs- und – im engeren Sinne – Schulsystem ist in Österreich geradezu das Gegenteil eines aufklärenden kritischen Diskurses. Die verschiedenen Akteure produzieren eine alarmistische, zum Großteil von geringer Sachkenntnis geprägte, dafür umso klischeereichere Gemenge-

lage an Diffamierung, Ressentiment, Teilwahrheiten und Fehlinformation. Die Presse hat erkannt, dass in Zeiten verschärfter Arbeitsplatzkonkurrenz und wirtschaftlicher „Unsicherheit“ ein gar nicht so kleiner Teil ihrer Leserschaft Orientierung, was die „beste“ Ausbildung für ihren Nachwuchs betrifft, sucht, und „bedient“ dieses Bedürfnis mit fragwürdigen Schulrankings, „best practice“-Modellen und pädagogischen Homestories. Das steigert die Verkaufszahlen.

Ein selbsternannter „Schüleranwalt“ ruft zB. wöchentlich auf einer eigenen Seite in einer Tageszeitung zur Vernaderung auf und so den Eindruck hervor, als handle es sich bei der öffentlichen Schule um eine Institution, die zur Behebung von Missständen, von denen sie nur so strotzt, nicht in der Lage wäre. Er ist nur einer von denen, allerdings ein besonders penetranter Vertreter dieser Spezies, die ihre Erlösungsfantasien im schulischen Bereich exekutiert, indem sie zuerst ein subjektives Wunschbild der gesellschaftlichen Institution Schule als deren objektive Bestimmung ausmalen, um dann umso erstaunter festzustellen, dass es sich in der Realität ganz anders verhält. Wenn aber die Schule kein Paradies für Kindlein ist, muss man eben nach der Schlange suchen, die uns aus dem Paradies vertrieben hat. Die ist dann auch meist schnell gefunden: unfähige Lehrer, gewerkschaftliche „Betonierer“ usw. Dass mit solchen Ergüssen sogar Bestseller verfasst werden können, ist Ausdruck der vollkommen darniederliegenden gesellschaftlichen Bildungsdiskussion.

Vor einiger Zeit prangerte eine andere Tageszeitung die fehlende Fortbildungsbereitschaft der AHS- und BMHS-Lehrer auf einer ganzen Seite an, indem sie unter anderem Beispiele für in ihren Augen besonders läppische bzw. für schulische Zwecke irrelevante Fortbildungsinhalte, wie zB. einen Schminkkurs darstellte. Sie musste sich belehren lassen, dass es auch das Schulspiel gibt, für das eben auch solche Fertigkeiten benötigt werden. Viel übler war allerdings das Gegeneinander-Ausspielen von Fortbildungswilligen APS- und Junglehrern und „saturierten“ KollegInnen mit bereits fortgeschrittenem Dienstalter. Der Verfasser dieser Zeilen brachte die Sache vor die Leseranwaltschaft, ein freiwilliges Gremium einiger Zeitungen, das medienethisch unzulässige Artikel abmahnt. Freilich ist das Ganze ein zahnlo-

ses Instrument zur Beruhigung der empörten Leser, in diesem Fall führte es zu einem Treffen mit dem verantwortlichen Chefredakteur, in dem er die Schuld auf die Unerfahrenheit der Jungjournalisten schob.

Am Beispiel der Diskussion um die sogenannte neue Mittelschule lässt sich in aller Kürze zeigen, wie in den österreichischen Medien, aber auch in der bildungspolitischen Debatte, sofern eine solche überhaupt stattfindet, das Thema Schule abgehandelt wird. Zuerst gab es eine „Debatte“, ob BM Schmied sich damit gegen die ÖVP durchgesetzt habe, wenn es schon nicht gelinge, die Gesamtschule einzuführen. Dann folgte der Streit um die korrekte finanzielle Kostenangabe, jetzt die Auseinandersetzung um die Anzahl der zu genehmigenden Standorte. Dabei zeigte sich, dass die „Nachfrage“ nach dieser Hauptschule mit Teamteachingelementen überaus groß ist, weil Eltern und Kinder augenscheinlich der Meinung sind, von einer solchen Unterrichtsorganisation mehr zu „profitieren“ als von der traditionellen, zumindest haben sie den Eindruck, dass an diesen Schulen derzeit mehr „Engagement“ stattfindet. Und wenn das Kind schon nicht ins Gymnasium geht, dann sei es dort eben noch am besten untergebracht. Die umliegenden Hauptschulen sehen schon ihre Felle „davon schwimmen“. Eine deutsche Entwicklung, die letztlich zur scheiternden Hauptschule führt, scheint sich anzudeuten, vorausgesetzt das Geld, das diese zusätzlichen Stunden kosten werden, ist für den Fall des Vollausbaues dauerhaft vorhanden.

Überhaupt nicht wird aber inhaltlich diskutiert, was denn diese „neue Mittelschule“ eigentlich sein kann und ob damit die sich durch die Schulentscheidung nach der vierten Schulstufe ergebenden Probleme gelöst oder auch nur gemildert werden. Die realpolitischen Kräfteverhältnisse haben nichts anderes zugelassen und nun bemüht man sich um nachträgliche Sinnstiftung. Dass diese „Lösung“ aber vielleicht nur zur Perpetuierung der frühen Selektion führt, weil sie die so aufgepöppelte Hauptschule gegenüber der AHS-Konkurrenz stabilisiert und keineswegs, wie gerne verbreitet wird, der erste Schritt in Richtung Gesamtschule ist, scheinen auch schon vereinzelte AHS-Vertreter zu vermuten, die die „neue Mittelschule“ heftig kritisieren, freilich nur

aus Gründen des Wettbewerbes um die Schüler, nicht aus Gründen sozialer Gerechtigkeit.

So lassen sich mit Interviews von HS-Direktoren, die unter den happy few waren, weil ihrem Ansuchen statt gegeben wurde, und jenen, die weniger glücklich waren und schon den „Untergang“ ihres Schulstandortes kommen sehen oder sich über die vergebliche Vorbereitungsarbeit beschwerten, mit Forderungen nach Begründung der Nichtberücksichtigung und dem Aufmalen von Landkarten, die der Frage nach den Kriterien der ministeriellen Genehmigung nachspüren, trefflich viele Zeitungsseiten ausfüllen. Und des Problematisierens in dieser Causa will gar kein Ende sein. Wer da dieses Konzept überhaupt in Frage stellt, befindet sich rasch in der Position des mutwilligen Spielverderbers.

Diese Beispiele zeigen leider die Linie der österreichischen Presseberichterstattung in Bildungsfragen auf, nicht die unrühmlichen Ausnahmen, wie man meinen könnte.

In ähnlicher Weise wurde in der Öffentlichkeit die Legitimität der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Lehrerschaft überhaupt in Frage gestellt (eine sogenannte Bildungsexpertin verlangte zB. allen Ernstes, ohne auf irgendeine öffentliche Empörung zu stoßen, man solle doch mit konstruktiveren Kräften verhandeln, wenn sich die Gewerkschaft so widerspenstig zeige), indem die Gewerkschaft als jene gesellschaftliche Kraft von den Medien ausgemacht und punziert wurde, die allen, auch tatsächlich nötigen Reformen im Bildungsbereich, nicht bloß solchen, die eigentlich nur kaum versteckte Einsparmaßnahmen sind, im Wege steht. Das führt so weit, dass Lehrer, die als Gewerkschafter auftreten, nur noch mit Mühe die jedermann zugestandenen Kommunikationsbedingungen erhalten und von vorneherein als veritable Feindbildverkörperungen behandelt werden. Die Mehrheitsfraktion der FCG(ÖVP) betreibt zwar tatsächlich eine äußerst konservative Bildungspolitik, aber in der Lehrerschaft selber und auch bei den anderen Fraktionen gibt es viele verschiedene und teilweise sehr weitgehende bildungspolitische Reformvorstellungen, die aber in den Medien kaum zur Kenntnis genommen werden. Nicht nur dass die Medien nicht in der Lage/oder willens sind, zwischen verschiedenen Fraktionen

innerhalb der Lehrgewerkschaft zu unterscheiden, reduzieren sie häufig deren Äußerungen auf ein Pro oder Contra in der jeweiligen selbst nicht mehr hinterfragbaren Angelegenheit. Alles, was über den von ihnen vorab festgelegten Rahmen, der meist brav den von Regierungsseite vorgegebenen Grenzen folgt, abweicht, hat kaum Chancen auf öffentliche Diskussion. Entsprechend oberflächlich, unsystematisch und im Streitfall hysterisch präsentieren sich dann auch die jeweiligen Medienprodukte, seien es nun Podiumsdiskussionen, Fernsehtalksendungen oder Zeitungs dossiers.

Das Bild der Lehrerschaft, das in den Medien gerne gezeichnet wird, empfinden viele KollegInnen als Lehrer-bashing. Insbesondere im gesellschaftlichen Konfliktfall, also bei Lohnverhandlungen oder neuen, von der Regierung gewünschten Einsparmaßnahmen, kommt es nicht selten zur medialen Mobilisierung lehrerfeindlicher Ressentiments in der Bevölkerung, die durchaus vom Dienstgeber noch geschürt werden. Daran ändert auch nichts, dass immer einmal wieder „vorbildhafte“ Lehrer und Schulen durch die Medien gaukeln, denn diese sind für die Teile der lehrerfeindlich eingestellten Leser-, Seher- und Hörerschaft nur weitere Beweise dafür, dass der Großteil der Lehrer eben nicht richtig arbeitet. Von Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen wissen die Medien im Regelfall ebenso wenig wie von rechtlichen Bestimmungen, es sei denn davon, wann geprüft werden darf und wann nicht. Hierbei gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den Boulevard- und den selbsternannten Qualitätsmedien, vielleicht mit Ausnahme der Wortwahl des herbei lizitierten Leserbriefschreibermobs. Viele LehrerInnen, die ihrem Selbstverständnis nach mit dieser Gesellschaft und diesem Staat im Einklang sind und sich sogar als dessen treue und hervorragende Repräsentanten – Staatsdiener eben – sehen, sind von diesen Medienberichten so getroffen, dass sie sich selber über Fluten von Leserbriefen und Emails gegen diese ihrer Meinung nach ungerechten Darstellungen zur Wehr zu setzen versuchen oder sogar vom Dienstgeber oder der Gewerkschaft Imagekampagnen zur Verteidigung des öffentlichen Berufsprestiges verlangen.

In diesem medialen Dauerfeuer und unablässigen Wiederho-

len hat sich als eine kaum mehr zu widersprechende allgemeine Position zu dem, was im Schulsystem nottut, folgendes Konvolut herausgebildet: Von der Fähigkeit des Lehrers hänge eigentlich die Qualität der Schule im Wesentlichen ab. Gute Lehrer bekomme man durch Selektion am Beginn des Studiums, schlechte müsse man dadurch loswerden können, dass sie der Direktor entlassen könne. Schüler sollten die Qualität der Lehrer durch Beurteilung ihrer Leistungen feststellen. Anerkannt gute Lehrer sollten mehr verdienen als mittelmäßige oder gar Minderleister, die unbedingt in ihren Ferien zur verpflichtenden Nachschulung zu schicken seien. Lehrer verdienen zu viel und arbeiten zu wenig. Sie seien zu wenig an der Schule. Die Vorbereitung habe der Lehrer daher in der Schule zu erbringen, denn was er daheim mache, könne ja niemand überprüfen. Schulen sollten sich einem noch massiveren Wettbewerb stellen müssen und von unabhängigen Gutachtern beurteilt werden. Nur durch ständige Evaluation, Qualitätsmanagement, Zentralmatura, Bildungsstandards, Schulrankings und „Österreich sucht den Superlehrer“-Bewerbe, also Lehrer, die die Eigenschaften eines pädagogischen „Wunderwuzzis“ in sich vereinigen, sei der erwünschte Zustand der österreichischen Schule zu erreichen.

Das Problem mit diesen wie in einer Litanei vorgetragenen „Bildungsweisheiten“ ist, dass man in Diskussionen zuerst einmal damit beschäftigt ist, sie zu hinterfragen, wenn dazu überhaupt die Chance besteht, weil normaler Weise zuerst einmal von irgendjemand mit Sicherheit verlangt wird, dass man vor diesen „unumstößlichen Erkenntnissen“ seinen Kotau zu leisten habe.

Von diesem geballten Unsinn sind auch wissenschaftlich daher kommende Studien nicht immer frei und so mancher Bildungsexperte ist nichts anderes als ein Karrierist, der sich für eine gut dotierte Institutsstelle noch jedem Bildungspolitiker an den Hals werfen würde. Von Organisationsstrukturen, rechtlichen Bestimmungen, gesellschaftlichen Zuständen und Prozessen will man immer weniger wissen. Lehrergruppierungen sollten sich vom wissenschaftlichen Paternalismus vieler Bildungsexperten lossagen und nicht nur ihren Unterricht erforschen, sondern ihre Funktion und die der Schule politisch analysieren

und daraus die nötigen Schlüsse ziehen. Es ist nötig und ein Akt gesellschaftlicher Emanzipation über seine Arbeit die Interpretationshoheit zurück zu gewinnen.

Umfeld: Die Lehrgewerkschaften innerhalb der Gewerkschaft öffentlicher Dienst(GÖD)

Die GÖD versteht sich als selbstständige Gewerkschaft (Zweigverein) innerhalb des ÖGB. Sie ist dominiert von der FCG/ÖAAB(ÖVP), hat also eine gesellschaftspolitisch gesehen konservative Mehrheit und damit auch Führung mit einem ausgeprägt staatstragenden Grundverständnis, was angesichts der „Nähe“ bzw. Funktion in den öffentlichen bzw. staatlichen Einrichtungen keine Überraschung darstellt. Überdies bildet sie gemeinsam mit den Personalvertretungsorganen ein zentrales Rekrutierungsfeld für Leitungsfunktionen. „Gewerkschafts-Böcke“ sozialisieren sich also häufig zu Arbeitgeber-„Gärtnern“. Man kennt sich, man versteht sich, man schaut auch, dass man unter sich bleibt.

Im Konfliktfall sind Dienststellenversammlungen das schärfste Instrument der Interessensdurchsetzung, denn diese erfolgt prinzipiell nur über Verhandlungen, die mit dem entsprechenden Theaterdonner über die mediale Bühne gehen. Lieber ist es den FCG-Gewerkschaftern freilich, gleich von vorneherein in Maßnahmen des Dienstgebers gegen seine Arbeitnehmer eingebunden zu sein, natürlich nur, um das jeweils „Schlimmste“ zu verhindern, um dann aber auch in sozialpartnerschaftlicher trauter Einigkeit das Beschlossene mitzutragen und meist auch gleich noch mit zu administrieren und den Betroffenen dann ganz besonders kompetent erklären zu können, was man nicht selten selber ausgetüftelt hat.

Seit mehr als zehn Jahren liefert dieses interessenspolitische Grundverständnis den Lehrern große materielle Einbußen, durchsetzt mit kleinen Verhandlungserfolgen in Detailfragen und keine Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen, die den gesellschaftlichen Anforderungen an die heutige Schule gerecht würden. Das erzeugt zwar Unmut, auch unter den Anhängern der Mehrheitsfraktion, was aber bisher jedenfalls nie darin ge-

mündet hat, im nennenswerten Ausmaß eine andere Gruppierung zu wählen, sondern im schlimmsten Fall zur Wahlenthaltung führt.

Bei den vergangenen Personalvertretungswahlen konnte die FCG zum ersten Mal bei den Lehrern wieder zulegen und verlorene gegangene absolute Mehrheiten in manchen gewerkschaftlichen und Personalvertretungsgremien wieder zurückerobern oder absichern. Die Mehrheit der LehrerInnen beschloss für sich, unter der „Schutzmantelmadonna“ Neugebauer Sicherheit zu finden, weil sie augenscheinlich nicht an eine offensive Verteidigung ihrer Interessen glaubt, sondern auf den parteipolitischen Zusammenhang mit der ÖVP setzt, um in „wirtschaftlich stürmischen Zeiten“ zwar den nötigen Beitrag leisten zu wollen/müssen, aber nicht zu stark geschoren zu werden. Dies hat seinen Grund hauptsächlich in zwei Ursachen: einmal in der Androhung einer Lehrverpflichtungserhöhung durch die SPÖ-Ministerin Schmied, gegen die die versammelte FCG endlich so vom Leder ziehen konnte, wie sie es sich unter der mehr als zehnjährigen Ressortleitung von BM Gehrler häufig in parteipolitischer Nibelungentreue mit zusammengebissenen Zähnen verkneifen musste. Wer da erleben durfte, wie BM Schmied im Wahlkampf bekämpft wurde, musste sich fragen, ob die Regierung, die das umstrittene Budget beschlossen hatte, nur aus der SPÖ bestand. So erlitt die FCG massive Verluste und wurde für die gescheiterte Politik abgestraft. Aber auch der ÖLI half ihre „Schmiedl-“Position nicht, denn das Mittragen des Verhandlungsergebnisses, das von den FCG-Wählern augenscheinlich überwiegend als Erfolg gesehen wurde, schrieben diese hauptsächlich der FCG zu. Im Nachhinein gesehen, stellt sich die Einschätzung des Verhandlungsergebnisses als Kompromiss als Irrtum heraus, da BM Schmied überraschend erklärte, auf die zugesagte Stundung der Gebäudemieten nicht angewiesen zu sein, um mit ihrem Bildungsbudget auszukommen. Obwohl BM Schmied damals ein Zahlenwerk in den Verhandlungen vorlegte, dass laut FCG-Funktionären nicht nachvollziehbar war, stimmte man letztlich zu, 180 Mio Euro an Einsparungen mitzutragen. Dabei mussten die BMHS-Lehrer am meisten „opfern“, weil die APS-Vertreter und ihre Klientel relativ ungeschoren da-

vonkamen. Hier zeigte sich, wie so oft, dass den Lehrern die „Konkurrenz“ der verschiedenen FCG-Vertreter aus dem APS-, AHS- und BMHS-Bereich nicht zum Vorteil wird, da sie vom Dienstgeber leicht gegeneinander ausgespielt werden können. Die erstmalige Einbindung in die Verhandlungen konnte die ÖLI dazu nutzen, die Verhandlungsverläufe mit zu protokollieren, sodass die interessierte Kollegenschaft zum ersten Mal mit geringer Zeitverzögerung sozusagen fast mit am Verhandlungstisch saß. Andererseits wurde dieses Eingebunden-Sein in die Dynamik des Verhandeln der unerfahrenen Gruppe auch zum „Verhängnis“, weil wir uns ohne Not an Bord des Verhandlungsergebnisses holen ließen und das Ergebnis natürlich nachher nicht mehr so scharf kritisieren konnten, wie es nötig gewesen wäre. Um es andererseits aber auch deutlich zu sagen, ist es trotzdem zweifelhaft, ob wir bei den Wahlen besser abgeschnitten hätten, wenn wir nicht zugestimmt hätten. Dazu muss die Beobachtung der massiven Eintritte in die GÖD berücksichtigt werden, die ich als Stärken der Vertretung und Ablehnung des Angriffes durch den Dienstgeber interpretiere. Zu mehr waren aber viele KollegInnen nach sechs Wochen Verhandlung auch nicht mehr bereit, weil die anfängliche Demonstrations- und auch Streikbereitschaft verpufft war. Diese mobilisierenden Kampfelemente fürchtet die FCG und lehnt sie unter dem Hinweis auf die Dramaturgie der Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber ab, wonach zuerst so lange als möglich zu verhandeln sei, und erst wenn das nichts mehr nütze, könne an schärfere Maßnahmen gedacht werden. Die FCG ist jedes Mal heilfroh, wenn es ihr gelingt, ein Verhandlungsergebnis, ohne weitere gewerkschaftliche Maßnahmen setzen zu müssen, zu erzielen, das sie mit großem interpretativen Aufwand der Kollegenschaft als bestmögliches Ergebnis zu verkaufen versucht. Eine Demonstration oder gar ein Streik tragen nicht nur das Risiko des öffentlichen Scheiterns in sich, sondern auch das Risiko der „Radikalisierung“ (aus Sicht der FCG) und der Mobilisierung/Aktivierung von Teilen der Lehrerschaft, die dann nicht mehr so leicht zu lenken sein könnten oder gar der FCG und ihrer Politik des Verhinderns des „Schlimmsten“ die Gefolgschaft aufkündigen würden. Für die ÖLI bedeutet ein Verlauf gemäß einer solchen

Stellvertreterpolitik jedes Mal eine vergebene Chance der Politisierung und Kultivierung eines Arbeitnehmerbewusstseins in der Lehrerschaft.

In einem solchen Umfeld stört eine parteiunabhängige Gruppierung wie die UG (Unabhängige Gewerkschafter) bzw. ÖLI, die nicht wie FCG und FSG die Interessen der LehrerInnen im Konfliktfall auch auf dem Altar der Parteiloyalität opfert. Daher wird ihr die Anerkennung als Fraktion verweigert, auch wenn sie von 8,6% der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und im Lehrerbereich der APS(11%), AHS(21%) und BMHS(26%) von wesentlich mehr KollegInnen gewählt wird und keineswegs mehr ein Randgruppe ist, sondern sogar trotz Anwendung aller Geschäfts- und Wahlordnungswidersprüchlichkeiten als Gruppierung anerkannt werden musste. Die gesellschafts- und schulkritische Grundhaltung der ÖLI steht ebenso im Widerspruch zur prinzipiell den Status quo bejahenden der FCG wie auch das oben angedeutete konservative gewerkschaftliche Grundverständnis als Serviceeinrichtung.

Für die ÖLI braucht die Gewerkschaft öffentlicher Dienst einen Demokratisierungsschub: die direkte Wahl aller Gewerkschaftsgremien bis zur Bundesleitung, das Ende der Umlegung der Wahlergebnisse der Personalvertretungsorgane auf die gewerkschaftlichen Gremien, Anerkennung gewerkschaftlicher Minderheiten, Urabstimmungen bei tiefgreifenden Veränderungen in Arbeits- und Besoldungsfragen, weg von einer Stellvertreterpolitik hin zu einer die Mitglieder aktivierenden Gewerkschaftsarbeit, Stärkung des Arbeitnehmerbewusstseins, aktive Bildungspolitik statt Beschränkung auf Abwehr von Verschlechterungen, Bemühen um breite gesellschaftliche Bündnisse in bildungspolitischen Fragen. Gewerkschaftliche Funktionen dürfen nicht länger Sprungbretter für Dienstgeberfunktionen sein und müssen daher so eingerichtet sein, dass gute Arbeit im Sinne der Kollegenschaft möglich ist und es keine "externe Karrierebelohnung" benötigt.

Umfeld: Die schulische Bildungspolitik in Österreich

Seit dem EU-Beitritt setzen die staatlichen Stellen ihre einzelnen Bereiche unter einen neuen Legitimationsdruck: alles und jedes, was öffentlich finanziert wird, hat sich bedarfsmäßig und betriebswirtschaftlich zu rechtfertigen. Die Nationalstaaten schließen sich zusammen, um ihre Interessen besser nach außen vertreten zu können. Dazu bedarf es einer gewissen Abstimmung und Kooperation, die Vergleiche und Bewertungen nach sich ziehen. Nach „innen“ bleibt aber die nationalstaatliche Konkurrenz auch unter dem Leitaspekt der Zusammenarbeit erhalten.

Das führt zu einer Flut von vergleichenden Studien, die auch das Bildungssystem betreffen. Sowohl unter volkswirtschaftlichen als auch unter betriebswirtschaftlichem Aspekt versuchen sich die staatlichen Bürokratien klar zu werden, ob die Ausgaben auch den von ihnen erwünschten Resultaten entsprechen. Die Qualität des Bildungssystems ergibt sich daher plötzlich primär aus der Vergleichsposition im internationalen Ranking der Staaten, nicht mehr wie bisher aus den innerstaatlichen Zusammenhängen. Die großen Leitlinien stehen fest, nicht aber, ob und wie sie erreicht werden: die Anhebung des Qualifizierungsniveaus der Bevölkerung, stärkere Betonung von Ausbildungsaspekten statt traditioneller Bildungsaspekte, Abkehr vom Drill zur Verinnerlichung des Leistungsgedankens, Ausgleich gesellschaftlicher Defizite durch schulische Kompensation. Um nun die für die Bildungsbürokratie nötigen Legitimationsgrundlagen ihres staatlichen Handelns zu bekommen, wird über das Bildungssystem ein veritables Prokrustesbett von Zentralisierung, Standardisierung, Evaluation und Qualitätsmanagement gelegt. Dies ist natürlich zu dokumentieren, sodass genügend Daten zur Verfügung stehen, um der nationalen Bildungsbürokratie zur „Fleischwerdung“ ihrer Bezeichnung zu verhelfen. Gerechtfertigt wird dieser Vorgang mit dem Versprechen der Lösung von Problemen wie Vererbung von „Bildungsarmut“, schlechte Lesefähigkeit von Jugendlichen, die gerade die Schulpflicht erfüllt haben, mangelnde Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, mangelnde Employability von Lehrlingen etc. Ob eines dieser Probleme durch diesen sich gigantisch aufblähenden Bürokratis-

mus und das damit einhergehende System umfassender Kontrolle und Selbstkontrolle wirklich gelöst werden kann, darf bezweifelt werden, wenn man die Schulsysteme jener Länder studiert, die diese Schritte schon vor längerer Zeit gesetzt haben. Ganz im Gegenteil liegt die Vermutung nahe, dass durch mangelnde Professionalität bei der Vorbereitung und Einführung dieser Maßnahmen und das Über-einen-Kamm-Scheren die Eigenart von Lehrkulturen, Schulstandorten bis hin zu ganzen Schultypen in Frage gestellt wird.

Bei der Frage der Lehrerausbildung wird ein in mehrfacher Hinsicht problematischer Weg beschritten. Man versucht durch Aufnahmetests, in der besseren Version Studieneingangsphasen geheißen, geeignete von ungeeigneten Lehramtsstudenten zu trennen. Obwohl in der Ausbildung der APS-Lehrer ein dem vielgelobten Innsbrucker Ausbildungssystem ähnliches Verfahren schon lange vorliegt, verspricht man sich große Verbesserung in der Selektion, wenn auch der APS-Bereich keineswegs dafür bekannt ist, keine „Problemlerher“ zu haben. Dazu kommt, dass viele Untersuchungen gezeigt haben, dass es so etwas wie treffsichere Auswahlverfahren keineswegs gibt. Außerdem wird die schlichte Tatsache übersehen, dass die Lehrer sich selbst – sozusagen berufsbegleitend – in ihren Job „hineinsozialisieren“ und dass diese Berufssozialisation in Wirklichkeit auch niemals abgeschlossen ist, was man leicht nachvollziehen kann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie unterschiedlich Lehrer in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Berufsalter reden und agieren. Jeder Lehrer kann natürlich auch in die Situation kommen, mit Aspekten seines Berufes nicht mehr klar zu kommen, sodass er selbst unter Umständen auch für andere (Schüler, Eltern, Kollegen) zum Problem werden kann. Da fällt unserem System bisher nicht viel mehr ein, als mit Sanktionen zu reagieren oder die Sache zum Schaden aller Beteiligten auszusitzen. Was für Schüler mit Problemen gilt, sollte wohl auch für Lehrer gelten. Wir brauchen eine Kultur der Unterstützung und Ressourcen, die es dem Lehrer ermöglicht, ohne Gesichtsverlust Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Die Schulleiterfrage soll noch autoritärer beantwortet werden als bisher, indem der Leiter auch noch zu seiner bereits jetzt ge-

gebenen großen Machtfülle auch noch das Einstellungs- und eventuell auch noch das Entlassungspouvoir erhalten soll.

Die Leiterfrage ist tatsächlich eine der entscheidenden für jede zukünftige Schulentwicklung. Die bisher gepflogene offen parteipolitisch motivierte Bestellungspraxis kann sich immer weniger halten, weil sie gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wird und damit ein so bestellter Leiter keine Autorität mehr zugestanden bekommt, was für das streng hierarchische Schulsystem extrem dysfunktional ist. Daher kommen sogenannte objektivierte Leiterauswahlverfahren zum Einsatz, die gewährleisten sollen, den geeignetsten Kandidaten für den Job zu finden. In Wirklichkeit sind alle diese Verfahren nur Legitimationsverfahren, die die Öffentlichkeit, die betroffene Lehrerschaft und den Betroffenen selbst davon überzeugen sollen, dass hier der/die Beste sich durchgesetzt hat und ihn/sie damit für ihre Tätigkeit mit einer gewissen Autorität versehen. Diese Prozeduren gleichen aber in Wirklichkeit in harmloserer Form der Maschine Franz Kafkas „In der Strafkolonie“, deren „Schuldspruch“ dem Verurteilten am Ende klar wird. So auch hier, denn diese Verfahren sind weit davon entfernt, in objektiver, reliabler und valider Weise Prognosen über die komplexe Leiterfunktion und -geschichte des Probanden zu ermöglichen, sondern der Abschluss einer Sozialisation auf diese Funktion hin, also der Beweis, dass der Kandidat sich dieser Hürde zu unterwerfen bereit ist, als „Versprechen“ zukünftiger Unterwerfungsbereitschaft im Dienste seines Herrn.

Alle Analysen, die von einer „plötzlichen“ Charakteränderung eines ehemals doch netten Kollegen ausgehen, sind ebenso falsch wie jene, die entschuldigend die Prägung durch die neue Funktion heranziehen oder mit Sachzwängen argumentieren, denen man sich halt in solchen Funktionen nicht entziehen könne. Diese Leute haben sich selbst zu diesen Jobs erzogen. Freilich gibt's auch hier noch die Unterschiede des persönlichen Verhaltensstils: autoritär oder partnerschaftlich, überbehütend oder vernachlässigend, paternalistisch für den einzelnen Lehrer oft durchaus ein gravierender Unterschied, nicht aber für die Funktion und die Organisation selber.

Die ÖLI hat sich daher für ein anderes Modell entschieden: das gewählte Leitungsteam auf Zeit. Hier gibt es ein administra-

tives Betriebssekretariat, das den Verwaltungsaufwand erledigt und eine gewählte pädagogische Leitung aus dem Kreis der Lehrer, die auf begrenzte Zeit bestellt sind und im Eventualfall auch wiedergewählt werden kann. Verantwortlich wäre dieses Team der Schulgemeinschaft, nicht in erster Linie der Schulbehörde und damit wäre eine echte Enthierarchisierung ebenso ermöglicht wie eine Abkehr vom Trend der Bestellung der Angepassten und Mediokren.

Umfeld: Die Lehrerschaft

Das Durchschnittsalter der heutigen Lehrerschaft in Österreich liegt jenseits Mitte vierzig; die die jeweiligen Schulen primär „tragenden“ Lehrergenerationen beschäftigen sich daher gedanklich stark mit der Pensionierung und das nicht nur deshalb, weil sie das entsprechende Alter erreicht haben. Sie sind zu einem nicht geringen Prozentsatz enttäuscht und desillusioniert von der Bildungspolitik und den von ihr bewirkten bzw. überfälligen Veränderungen an den Schulen. Das Wort „Reform“ hat für viele der KollegInnen einen schlechten Klang. Sie verbinden damit Einsparungen und Finanzierungen auf ihrem Rücken und ihre Kosten. Von ihnen sind viele nicht mehr bereit, sich vor irgendeinem Karren spannen zu lassen. Sie sind für Schulentwicklung, für Veränderungen und Zusatzengagement irgendwelcher Art nicht mehr zu haben. Sie warten auf die Pension. Sie haben ein Jahrzehnt Sparpolitik erlebt, den Niedergang ihres beruflichen Ansehens und so manche mediale Schmutzkübelkampagne über ihren Berufsstand ergehen lassen müssen. Gleichzeitig ist die Arbeit intensiver geworden, erfordert mehr Vorbereitung und Absprache, an vielen Schulen hat sich eine Schulkultur entwickelt, nicht zuletzt wegen der immer stärker um sich greifenden Standortkonkurrenz, die eigentlich Arbeitgeberfunktionen erbringt und nur mit einem bestimmten Ausmaß an Zusatztätigkeit- von vielen Kollegen „Selbstaubeutung“ genannt, zu bewältigen ist, aber die Basis für die Standortprofile und die jeweilige Schultradition bildet. Getragen werden diese Kulturen vom Leistungswillen und persönlichen Beziehungen in den Lehrkörpern, nicht von nicht vorhandenen Leistungsanreizen.

Die Lehrkörper sind inzwischen von ihrer Vertragssituation her gesehen ziemlich heterogen: Es gibt mehrere Generationen, die zu unterschiedlichen Bedingungen in den Ruhestand gehen werden; unterschiedlich bewertete und auch entlohnte Ausbildungsverhältnisse, noch ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommene und nicht mehr übernommene KollegInnen, dazu könnten jetzt auch noch KollegInnen mit anderer Lehrverpflichtung kommen. All das sorgt neben der normalen Arbeitsplatzkonkurrenz für zusätzliche Spannungen in den Lehrkörpern und erhöht die Schwierigkeit, die Interessen der Lehrer zu vertreten.

Junge KollegInnen, die an die Schule kommen, sind oft schon in anderen Beschäftigungen gewesen. Sie haben häufig einen sehr pragmatischen, oft auch entpolitisierten Habitus. Manches, was die „etablierten“ LehrerInnen als Zumutung empfinden, erledigen sie ohne Widerstand. Engagement für Personalvertretung oder Gewerkschaft spielt kaum eine Rolle. Die meisten Neuen in diesen Gremien sind eher gestandene KollegInnen, eine Verjüngung findet kaum statt.

Umfeld: Gesellschaftliche Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die Schule

Nach dem Ende der Systemkonkurrenz wurden und werden gesellschaftspolitische Kompromisse und Interessensabgleiche in Frage gestellt. Mit dem Verschwinden des Außenfeindes ist der ideologische Druck zurückgegangen, aber auch das systemkritische Denken marginalisiert worden. Gleichzeitig ist die Aufmerksamkeit auf die Mitkonkurrenten gerichtet und die Konkurrenzbedingungen wurden neu gestaltet.

Nach innen nehmen die Staaten ihre Bevölkerung stärker in die Pflicht, was sich im Bildungssystem in den Ideologien des lebenslangen Lernens, des Selbstmanagements, der Eigenverantwortung und der Employability zeigt. Längere Ausbildungszeiten, steigende Ausbildungsabschlüsse, neue Ausbildungsstufen sind die Folge. Die Arbeitsplatzkonkurrenz wurde anspruchsvoller und der Bedarf an Arbeitskräften, die gering qualifizierte Tätigkeiten ausüben, sinkt bzw. wird und wurde er zunehmend durch Migranten befriedigt.

Soziale Zugehörigkeiten und Identitäten spielen heute eine geringere Rolle. In der individualisierten Gesellschaft definiert man sich nicht mehr über Schichtzugehörigkeit, Religionsbekenntnis, Beruf, Partei, Gewerkschaft oder regionales Herkommen. Das Individuum ist auf sich selbst zurückgeworfen und für alles, was es wird und aus sich macht, selbst verantwortlich. Traditionen schwinden oder müssen sich hinterfragen lassen. Im Rahmen des Systems herrscht Werte-, Normen-, Lebensstilpluralismus. Für das Individuum zählt in dieser Situation alles, was seinen unmittelbaren persönlichen Zielen dient, alles andere wird zur Disposition gestellt.

Im Bildungssystem taucht dieser Mangel an gesellschaftlicher Kohäsion als sich zuspitzende Singularisierung und Heterogenisierung auf. Eine Entwicklung, auf die im heutigen Schulbetrieb kaum adäquat reagiert werden kann.

In der Wissensgesellschaft, als die sich unsere Gesellschaft versteht, geht es unter anderem um eine andere Art von Qualifikation. Auch wenn eine der wesentlichen schulischen Sozialisationsfunktionen nach wie vor die Vermittlung einer abstrakten Leistungsbereitschaft darstellt, ist doch die Art dieser Vermittlung in Diskussion. Das hat mindestens zwei Gründe: Einmal kommen neue Bevölkerungsschichten, die zum Teil nicht über die im traditionellen Unterricht benötigten Kulturtechniken in dem Ausmaß verfügen, dass sie erfolgreich die Anforderungen bewältigen könnten, auch in das weiterführende Ausbildungssystem. Hier reagiert das System sehr zögerlich, indem es Kindergarten und vorschulische Ausbildung sowie diverse „Reparatur“-Angebote – leider in ungenügender Zahl und Qualität – anbietet, um die sich bis in die Sekundarstufe 2 kumulierenden komplexen Defizite erst gar nicht entstehen zu lassen. Zum anderen müssen neue Vermittlungsformen gefunden werden. Dies gilt insofern auch für Kinder und Jugendliche aus sozialen Schichten mit größerer Bildungsaspiration, da hier Eigenständigkeit, Kreativität, Planungs- und Sozialkompetenzen auf einem anderen Niveau trainiert werden müssen. Eigenverantwortlichkeit und Identifikation mit der Arbeit müssen grundgelegt werden.

In einer sogenannten Konsumgesellschaft geht es aber auch um Genussfähigkeit, Vergnügen und Freizeithedonismus als system-

basierende Haltungen. Diese kommen mit dem Leistungsanspruch in der entfremdeten Arbeit in Konflikt und, was in der Arbeitswelt vom Subjekt als eigenständige Leistung eingebracht werden muss, taucht im Ausbildungsbereich als Forderung auf, dass Lernen und Schule überhaupt Spaß zu bereiten habe, vergnüglich sein müsse und auf keinen Fall langweilig sein dürfe. Für die Fundamentalisten dieser Ansicht muss letztlich eine ganz andere Art von Schule her, weil schon die zeitliche Organisationsform, ganz abgesehen von den überholten Unterrichtsformen, das verhindere. Die Verabsolutierung bestimmter gesellschaftlicher Aspekte und ihre Übertragung auf die Schule erzeugt so zum Teil groteske Analysen und ein mühsames Tohuwabohu subjektiver Interpretationen über Sinn und Zweck des Schulsystems.

Die österreichische Lehrerinitiative als einzige parteiunabhängige Kraft in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst

Die ÖLI ist vor nicht ganz dreißig Jahren gegründet worden, um eine Alternative zu den parteiabhängigen Lehrervertretungen von Rot und Schwarz zu haben. Ihrem Anspruch nach ist sie niemand anderem verpflichtet als ihren eigenen Überzeugungen und ihren Wählern, wobei es ihr nicht um Stimmenmaximierung geht und sie auch, wenn ihr Programm in der „Wählergunst“ sinken würde, von ihren Überzeugungen nicht abgehen würde, weil sie im Gegensatz zu politischen Parteien und deren Vorfeldorganisationen weder Pfründe zu verteilen hat noch Einfluss. Es geht ihr also nur darum, für ihre Überzeugungen in der Lehrerschaft Anhänger zu bekommen, um die eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern, pädagogisch und materiell.

Ihre Mitglieder stammen aus weltanschaulich durchaus heterogenen Lagern: Hier finden sich sogenannte 68er ebenso wie engagierte kritische Christen, Leute aus den neuen sozialen Bewegungen wie Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung ebenso wie unorganisierte und ehemals organisierte Linke, Leute, die sich gegen die Launen ihrer Vorgesetzten wehren mussten, und solche, die vom Gehabe der etablierten Mehrheitsfraktion einfach nur angewidert waren und sind.

Diese Leute sind im Unterschied zu vielen Mitgliedern und Funktionären von FCG und FSG Aktivisten in den unterschiedlichsten Bereichen und daran gewöhnt als Einzel- oder Gruppenkämpfer, jedenfalls ohne große Organisation im Rücken, ihre Frau/ihren Mann zu stellen, sei es in Bürgerinitiativen oder NGOs und damit auch in der Lage, wenn nötig als einzelne Mitglieder in Personalvertretungsausschüssen und Gewerkschaftsgremien Kontrolle auszuüben und Initiativen zu setzen. In vielen Gremien haben erst ÖLI-AktivistInnen den „Dornröschenschlaf“ beendet

Diese Heterogenität von so vielen aktiven Leuten ist sowohl ein Vorteil als auch ein Nachteil. Ein Vorteil insofern, als viele Leute mit den unterschiedlichsten Erfahrungen aus den gesellschaftlichen Bereichen sich einbringen können, ein Nachteil insofern als natürlich hier Auseinandersetzungen und Konflikte – gerade in den Anfangsjahren – nicht ausbleiben konnten und bei jedem neuen Thema eine gemeinsame Linie oft erst nach heftigen Debatten erarbeitet werden kann.

Wenn auch manche ÖLI-Mitglieder bei politischen Parteien mitarbeiten oder zumindest Parteimitglied sind, heißt das noch lange nicht, dass die Gruppe als solche zu irgendeiner Partei eine Art Vorfeldorganisationsverhältnis hat wie FCG und FSG. Auch von den Grünen unterscheiden sich unsere bildungspolitischen Vorstellungen in zentralen Fragen. Daher haben die Grünen auch einen eigenen grünen Lehrerverein, der um ein gewisses Wählersegment mit uns konkurriert.

Eine zentrale Stärke der ÖLI besteht im Fehlen jeglichen Ständedünkels, was auch in den gemeinsamen bundesweiten, alle Schultypen umfassenden Herbstseminaren zum Ausdruck kommt wie auch in den bildungspolitischen Forderungen nach gemeinsamer universitärer Ausbildung für alle Lehrer und dem Eintreten für eine flächendeckende Einführung der Gesamtschule für alle 6-bis 14jährigen.

Mit Lehrergruppierungen, die inhaltlich zum Teil ähnliche Vorstellungen haben, wie etwa UBG und grüne Lehrer, suchen wir fallweise die Zusammenarbeit, ohne die Unterschiede zu verwischen. Es ist allerdings klar, dass in einem kleinen Land wie Österreich die fortschrittlichen Kräfte nicht beliebig ver-

mehrbar sind und eine kleinliche „Abgrenzungsprofiliererei“ bei niemandem gut ankäme und der Sache einer erfolgreichen kritischen Bildungspolitik für dieses Land schaden würde.

Die ÖLI hat sich der Erhaltung und dem Ausbau und der Weiterentwicklung eines qualitativ hochstehenden öffentlichen Schulwesens und Ausbildungssystems verschrieben und lehnt daher alle Bestrebungen zur weiteren Privatisierung als tendenziell undemokratisch ab. Versuche, über Privatschulen den Elitegedanken zu forcieren, kritisieren wir als Einführung eines Zwei-Klassen-Systems im Bildungsbereich. Die Herausbildung solcher Unterscheidungen kann auch als Indikator für problematische schulische und gesellschaftliche Entwicklungen gesehen werden.

Autoritäre Tendenzen, die sich heute im Schulwesen unter anderem in Form von qualitätssichernden Maßnahmen zeigen, werden von uns aufgezeigt und kritisiert. Allein unsere Existenz als Gruppe, die gut vernetzt und mit mehr als einem Vierteljahrhundert Erfahrung in Sachen Schul- und Bildungspolitik täglich in Personalvertretung, Schulen und Gewerkschaft agiert, stellt eine gewisse Kontrolle der Obrigkeit und der Aktionen der konservativen Mehrheitsfraktion und Absicherung für Ansätze fortschrittlicher Bildungsarbeit dar.

Allerdings leidet die Gruppe auch an einer gewissen Theoriekurzatmigkeit, einerseits wegen der bereits erwähnten fehlenden öffentlichen Bildungsdiskussion, andererseits wegen der „Eingespanntheit“ in den Beruf. Hier bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung der Gruppe, um ihrer kritischen Praxis auch die entsprechende theoretische Orientierung geben zu können.

Gaby Bogdan

Allen Hindernissen zum Trotz

Die Wiener PV-Alternative im APS-Bereich

Die Situation vor der Gründung

Es war Ende Oktober 1987. Der Schulversuch „Integrierte Gesamtschule“ war 1985 für beendet erklärt worden und sollte 1989 auslaufen. Die Leistungsgruppen der IGS wurden in die Hauptschule statt der ursprünglichen 2 Klassenzüge integriert. Der Arbeitsaufwand der IGS mit Teamsitzungen, gemeinsamen Schularbeiten, Umstufungskonferenzen etc. blieben, die Bonitäten des Schulversuchs wurden gestrichen. Die Unzufriedenheit der LehrerInnen wuchs. Zudem wurden ertmals – nach AHS-Muster – II L Verträge ausgestellt. Zu befürchten war, dass auch Splitverträge wie in der AHS drohten. Die Schere zwischen APS und AHS Gehältern wuchs, die Gehaltsverhandlungen trugen zur Unzufriedenheit bei. In damals noch regelmäßig stattfindenden Dienststellenversammlungen wurde der Unmut der KollegInnen laut. Die organisierenden PersonalvertreterInnen und die immer als ExpertInnen geladenen GewerkschafterInnen konnten die KollegInnen nicht überzeugen, genügend zum Wohl der Bediensteten zu agieren. PV und Gewerkschaft waren seit jeher eine Domäne der beiden großen Fraktionen FSG (Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter) und FCG (Fraktion Christlicher Gewerkschafter).

Vor diesem Hintergrund stand die Personalvertretungswahl Ende 1987 vor der Tür.

Die Personalvertretungsarbeit als Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit

Dem Unmut entsprechend wurde einen Monat vor dem Wahltermin spontan eine Wählerliste im APS-Bereich als Alternative zu FSG und FCG gegründet. Die Strukturen der bisherigen Vertretungen wurden als verkrustet empfunden. Dem wurde die

apfl (aktive pflichtschullehrerInnen) entgegengesetzt. Wohlge-merkt konnte „nur“ für die Personalvertretung, nicht aber für die Gewerkschaftsgremien kandidiert werden. Die Gewerkschaftsgremien existierten auf unterster Ebene überhaupt nicht. Es gab nur die Landesebene und in Wien nicht einmal die. Deren Aufgaben wurden von der Bundesebene mit erledigt. Die Zusammensetzung der Gewerkschaft ergab sich auf Landesebene durch Umlegung der Ergebnisse der Zentralausschusswahl der Personalvertretung.

Spezielle Hürden im APS-Bereich

In diesem Zusammenhang muss auch auf die Schwierigkeit durch die besondere Organisation des APS-Bereichs hingewiesen werden. Anders als im AHS-Bereich, wo jede Schule als eigene Dienststelle gilt und der Schulleiter Dienststellenleiter ist, sind alle Pflichtschulen in sogenannte Inspektionsbezirke zusammengefasst. Die Dienststelle ist also nicht die einzelne Schule, sondern der Inspektionsbezirk. Der Dienststellenleiter ist also nicht der Schulleiter, sondern der Bezirksschulinspektor. Das hat auch eine veritable Auswirkung auf die Personalvertretung. Der Dienststellenausschuss wird nämlich nicht an der einzelnen Schule gewählt, sondern im Bezirk. Die daraus resultierende Schwierigkeit einer neuen WählerInnenliste lässt sich leicht erkennen. Sie liegt im Bekanntheitsdefizit der KandidatInnen. So hat zum Beispiel ein Bezirk mit etwa 1000 LehrerInnen gemäß dem PVG einen Dienststellenausschuss von 14 Personen, die aus den verschiedenen Bereichen der Pflichtschule (Volksschule, Hauptschule, Sonderschule, Polytechnischer Schule) kommen.

Die Möglichkeiten der KandidatInnen einer neuen WählerInnenliste, in anderen Schulen des Bezirks den nötigen Bekanntheitsgrad für die Wahl zu erringen, ist gering. Hilfreich waren, wie schon erwähnt, die damals noch regelmäßig durchgeführten Dienststellenversammlungen auf Bezirksebene.

Allen Hindernissen zum Trotz wurde die Wahl für apfl ein Erfolg. Auf Anhieb wurde in den Bezirken, in denen wir kandidierten, die Alternative angenommen. Nur für den Zentralausschuss reichten die Stimmen noch nicht aus. Die folgende Funktionspe-

riode wurde gemäß unseren Versprechen genützt. Unseren Möglichkeiten entsprechend konnte die Arbeit der Personalvertretung und der Gewerkschaft transparent gemacht werden. Das wurde auch bei der nächsten Wahl mit einem Mandatszuwachs auf Bezirksebene und einem Mandat im Zentralausschuss (Landesebene) honoriert.

Die Schwesterorganisationen in den Bundesländern

Zeitgleich mit der Gründung der WählerInnenliste in Wien für die Wahl im Jahr 1987 wurden im Pflichtschulbereich in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und Steiermark ebenfalls alternative Listen gegründet. Die Anliegen waren fast ident und damit war ein Zusammentreffen nur eine Frage einer relativ kurzen Zeit – trotz damals noch fehlender elektronischer Kommunikationsmittel. Es wurden regelmäßige Treffen veranstaltet, bei denen eine einheitliche Linie gesucht wurde. Die dabei aufgelisteten Punkte sind zum großen Teil heute noch aktuell, was kennzeichnend für die Unbeweglichkeit des Gewerkschaftsapparats ist.

Die Forderungen für beide Gremien werden natürlich hauptsächlich davon bestimmt, dass die Gewerkschaft ein privater Verein mit eigenem Statut ist, während die Personalvertretung (PV) vom Dienstgeber per Gesetz (1966) verordnet wurde. Gremien der PV werden durch direkte Wahl ermittelt, während Gewerkschaftsgremien nach dem Delegiertenprinzip beschickt werden. Beiden gemeinsam ist die Aufteilung in Fraktionen, die den Parlamentsfraktionen entsprechen.

Daraus leiten sich die grundsätzlichen Forderungen der Unabhängigen ab:

Demokratisierung sowohl von Gewerkschaft als auch Personalvertretung.

Gewerkschaft

- Gewerkschaft (und auch PV) sollten unabhängig von Partei- und Regierungsinteressen agieren können.
- Gewerkschaftswahlen auf allen Ebenen und Urabstimmungen zu essentiellen Themen.

- Bei Positionierung der Gewerkschaft Rückkoppelung mit der Basis und direktes, gebundenes Mandat bei Verhandlungen.
- Möglichkeit der Abwahl von FunktionärInnen, die dem gebundenen Mandat nicht entsprechend verhandeln.
- Minderheitenschutz für „DissidentInnen“ in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) durch Übernahme der diesbezüglichen Bestimmungen des ÖGB.

Leider muss nach nunmehr zwei Jahrzehnten zähem Kampf um diese Veränderungen und trotz beachtlichem Zuspruch der Basis die (FCG dominierte) GÖD als resistent bezeichnet werden. Es konnte bisher nicht einmal die formelle Anerkennung als Fraktion innerhalb der GÖD errungen werden. Die Hilfe des minderheitenfreundlicheren (FSG dominierten) ÖGB bleibt wegen der Autonomie der Teilgewerkschaften leider aus.

Personalvertretung

Wie bereits erwähnt, war der Eintritt in die PV wegen der gesetzlichen Wahlen leichter. Die Aufgaben der PV, einerseits die Einhaltung der Gesetze, die das Verhältnis zwischen Dienstgeber und den Bediensteten regeln, zu überwachen und andererseits auch Anregungen für Regelungen zum Wohle der Bediensteten zu geben, die dann die Gewerkschaft durchsetzen sollte, ergeben automatisch die Arbeit in der PV. So gliedert sie sich in die Gremialarbeit in den Kollegialorganen (DA, FA und ZA) und in die Vertretung der KollegInnen gegenüber der Behörden in Einzelpersonalangelegenheiten. Daraus leiten sich auch die Forderungen nach Demokratisierung ab.

- Personalvertretung an den Schulstandorten mit Persönlichkeitswahl ohne Fraktionen. (Gewährleistung einer unmittelbaren, rascheren Hilfe im Konfliktfall)
- Eigene Personalvertretung für SchulleiterInnen, damit sie nicht wie bisher auf Grund der vorher schon erwähnten Problematik der Bezirksdienststelle in den gleichen PV-Gremien wie LehrerInnen aktives und passives Wahlrecht besitzen. (Wodurch der Fall eintreten kann, dass sich ein/e Lehrer/in im Konfliktfall mit einer/m Leiter/in an diesen/e selbst um Hilfe wenden muss.)

- PV- bzw. Gewerkschaftsfunktionen dürfen nicht als Sprungbrett für LeiterInnen- oder Schulaufsichtsposten dienen.
- Daraus ergibt sich die Forderung, dass sich ein PV- bzw. Gewerkschaftsmandatar erst mindestens 5 Jahre nach Ausscheiden aus seiner Funktion um einen LeiterInnenposten bewerben darf (Unvereinbarkeitsklausel der apflug).

Parteiunabhängige Bildungspolitik

Über diese Aufgaben hinaus sieht sich apfl quasi als LehrerInnenverein, der bildungspolitische und allgemein politische Positionen erarbeitet. Gemäß unserem Anspruch, parteiunabhängig zu sein, folgen unsere Ideen keiner wie immer gerichteten Parteilinie bzw. Regierungsräson. Unsere Forderungen richten sich also im Bildungsbereich nur nach pädagogischen und entsprechenden organisatorischen Notwendigkeiten und im personalvertreterisch/gewerkschaftlichen Bereich lediglich nach unserem basisdemokratischen Anspruch. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine konträre Position zu den neoliberalen Ansichten der parteipolitisch agierenden Fraktionen.

Die Mittelstufenkrise im Pflichtschulbereich

Das ursprünglich duale System mit Hauptschule und Gymnasium im Sekundarbereich wurde bereits Ende der 1960er Jahre als nicht effizient erachtet. Konsequenterweise konservativer Parteipolitik verhinderte allerdings eine tief gehende Reform. Die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung der Sechs- bis Fünfzehnjährigen wurde konsequent abgeschmettert. Die Langform der allgemein bildenden höheren Schulen durfte demgemäß nicht angerührt werden. Die Pflichtschule erhielt lediglich ein weiteres Jahr zugestanden. Als Berufsorientierung quasi – die Polytechnische Schule. Danach wurde die Integrierte Gesamtschule mit einer 5%-Klausel als Schulversuch eingeführt. Sie wurde schon sehr bald als Hauptschule mit 3 Klassenzügen demaskiert. Seither wurde ein Versuch nach dem anderen bis zur heutigen Neuen Mittelschule aus dem Hut gezaubert, ohne jedoch jemals die Langform der AHS in Frage zu stellen. Re-

förmchen am laufenden Band also, ohne das Übel an der Wurzel zu packen.

In den 80er Jahren sah sich die Hauptschule einem weiteren Problem gegenüber. SchülerInnenschwund durch geburten-schwache Jahrgänge, gekoppelt mit einem wachsenden Konkurrenzkampf mit den AHS- Standorten führten vorübergehend zu einem „Hauptschulsterben“ und zu einem nahezu aggressiv geführten Kampf um SchülerInnen unter den Hauptschulen. Fast überrascht reagierten Politik und Bürokratie auf den unmittelbar darauf folgenden steigenden Zuzug von Kindern aus dem Ausland. Die ohnehin in der Krise steckende Pflichtschule sah sich der Integrationsproblematik gegenüber.

Dieses Konglomerat an Herausforderungen konnte weder von den sozialdemokratischen Bildungsministern noch von der nachfolgenden konservativen Ministerin – unter dem Druck der steigenden neoliberalen Logik – bewältigt werden. Wurden bis 2008 alle Reformen nur als Möglichkeit zu Einsparungen gesehen, versucht die neue, wieder sozialdemokratische Ministerin ihre Schulreform von den LehrerInnen bezahlen zu lassen.

Der Ausweg aus der Krise

Um die vorher angesprochenen Herausforderungen zu bewältigen wurden und werden die Unabhängigen nicht müde zu fordern:

- eine Schule aller 6 bis 15-Jährigen, Hand in Hand mit einer
- gemeinsamen universitären Ausbildung aller LehrerInnen mit besoldungsrechtlichen Konsequenzen.
- schulinterne Qualitätssicherung ohne Bildungsstandards und davon abhängige Ressourcenzuteilung
- kostenfreier Bildungszugang
- angstfreie Schule ohne Notenstress
- schulinterne Schwerpunktsetzung ohne künstlichen Konkurrenzdruck
- einheitliche Arbeitszeiten für alle LehrerInnen (20 Stunden sind genug)
- autonome Entscheidungsstrukturen (LehrerInnenkollegium)
- Wahl eines Schulleitungsteams auf Zeit

- Abschaffung der II L-Verträge und sofortige Umwandlung dieser in I L – Verträge
- Erarbeitung eines akzeptablen gemeinsamen Dienstrechts für alle LehrerInnen unter Einbeziehung der Betroffenen durch Urabstimmung
- Verhinderung der Privatisierung des Bildungswesens (und der übrigen öffentlichen Dienste)
- mehr Kompetenzen für Dienststellenversammlungen und deren verstärkter Einsatz
- konsequente Frauenpolitik im Bildungssektor

Zu all diesen Punkten wurden eingehende Diskussionen geführt, deren detaillierte Ausführung jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.

Allen Hindernissen im Vorfeld der Gründung der parteiunabhängigen Fraktion und der Animositäten nach dem Einzug in Dienststellenausschüsse zahlreicher Inspektionsbezirke sowie in den Zentralausschuss zum Trotz, konnte in den letzten 23 Jahren ein wachsendes Klientel angesprochen werden und apflug als ein stabiler Gegenpol zu den traditionellen Fraktionen installiert werden.

Michael Zahradnik

Innovationsresistente konservative Betonschädel oder effiziente Interessensvertretung – die vielschichtige AHS-Gewerkschaft

Hunderte Zeitungsartikel zeichnen ein eindeutiges Bild, wenn es um die Lehrgewerkschaft und insbesondere die der AHS-LehrerInnen geht: Ein erzkonservativer Haufen innovationsresistenter Blockierer, die nichts, aber auch schon gar nichts, was an herrlichen und sinnvollen Reformvorschlägen eingebracht wird, zulassen möchten. Sind Lehrerinnen und Lehrer selbst in den Medien schon mit einem gewissen Nimbus des Gestrigen, Altmodischen, dafür aber Privilegierten behaftet, so ist Lehrgewerkschaft gewissermaßen der Komparativ von „Lehrer“: Während doch fast jeder „idealistische“ Lehrkräfte kennt, so sind „Lehrgewerkschafter“ so etwas wie der Sukkus alles dessen, was man an LehrerInnen nicht mag: Sie beklagen sich über die Arbeitsbedingungen an den Schulen („Lehrer raunzen immer“). Sie wehren sich dagegen, Arbeitszeiterhöhungen hinzunehmen („In der Privatwirtschaft müssen wir längst.....). Sie scheinen Privilegien zu verteidigen („Vormittags Recht haben, nachmittags frei.... Und das bei drei (vier, fünf...) Monaten Ferien !!“). Und sie sind gar nicht so selten erfolgreich in ihren Abwehrkämpfen.

„Die Lehrer sind zu beneiden. Nicht unbedingt um ihre Arbeitsplätze, obwohl es halbtags zu Hause sicherlich recht kommod ist. Auch nicht um ihre Aufgabe. Wenn man das nicht gerne macht, kann der Umgang mit Kindern eine aufreibende Angelegenheit sein, keine Frage. Wenn die nicht mitarbeiten, nicht folgen, gar noch zurückreden – dieser Belastung ist in drei Monaten Ferien schulfreier Zeit kaum beizukommen. Da droht das Burnout. Wirklich zu beneiden sind die Lehrer aber um ihre Vertretung. Die Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft haben sich in den vergangenen sechs Wochen voll reinge-

hängt. Eine tolle Sache. Da hat sich der Mitgliedsbeitrag ausgezahlt – bis hin zu der perfekten Streikvorbereitung.“¹

Linke mögen die Interessensvertretungen der AHS-LehrerInnen oft schon a priori aus zwei Gründen nicht: Sie haben, seit sie frei gewählt werden, deutliche konservative Mehrheiten. Und für viele Gesamtschulbefürworter scheint die AHS per se das Haupthindernis für eine gemeinsame Schule aller 10–14jährigen zu sein.

Die UnterrichtsministerInnen gerade der letzten zwei Jahrzehnte mochten die Gewerkschaft aus anderen Beweggründen nicht: Sie ist eine gut organisierte Arbeitnehmervertretung. Mehr als 50 % der an AHS beschäftigten LehrerInnen sind Mitglieder, eine Organisationsdichte, um die sie von vielen anderen Gewerkschaften beneidet wird. Und sie ist konfliktbereit und streikfreudig wie kaum eine andere gewerkschaftliche Gruppe in Österreich. Das hat im Schulbereich schon etliche Kürzungsmaßnahmen des Dienstgebers erschwert, wenn nicht verhindert.

Kurzer Abriss zur Gewerkschaftsstruktur nach 1945

Der Österreichische Gewerkschaftsbund wird 1945 als eine überparteiliche Interessenvertretung unselbstständiger Erwerbstätiger gegründet. Der ÖGB und seine Einzelgewerkschaften vertreten die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Interessen aller ArbeitnehmerInnen gegenüber Arbeitgebern, Staat und Parteien. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen verschiedene politisch determinierte Richtungsgewerkschaften die Vertretung der Werktätigen betreiben, versteht sich der ÖGB (unbeschadet der in ihm vertretenen Fraktionen) als überparteilicher Dachverband. Seine Grundlagen: Überparteilich, aber nicht unpolitisch. Freiwillige Mitgliedschaft. Demokratische Willensbildung und Kontrolle. Diese Bündelung der Kräfte machte den ÖGB zu einer politisch sehr einflussreichen Institution und führte zur speziell österreichischen Ausformung einer „Sozial-

1 Michael Völker. Und jetzt endlich eine Schuldebatte. In: Der Standard. 21.4.2009

partnerschaft“. Dieser „Klassenkampf am grünen Tisch“ (Bruno Kreisky) erlaubte einerseits Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretung in Bereichen wie etwa der Preisbildung, ermöglichte aber auch durch die Vermeidung teurer Arbeitskämpfe und Streikbewegungen eine Art „Friedensrendite“ für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Kritiker der Sozialpartnerschaft sehen hier aber auch eine gewisse Entpolitisierung der Arbeitenden durch diese Art der Stellvertreter-Politik gegeben.

In sich ist der ÖGB nach Branchengewerkschaften gegliedert, von denen die „Gewerkschaft öffentlicher Dienst“ (GÖD) den Großteil der Beschäftigten in öffentlichen Körperschaften vertritt. Die LehrerInnen sind in der GÖD in insgesamt 6 „Bundesvertretungen“ (früher Bundessektionen) gegliedert: Die größte ist die Bundesvertretung der LehrerInnen an Allgemeinen Pflichtschulen (APS). Sie vertritt die derzeit rund 70.000 Lehrkräfte an Volks- und Hauptschulen, die der föderativen Struktur Österreichs nach „LandeslehrerInnen“ sind. Das bedeutet, dass sie von den einzelnen Bundesländern angestellt und verwaltet werden. Die Bundespolitik bezahlt allerdings die Gehälter. Die universitär ausgebildeten Bundeslehrer sind nach Schulart in die Bundesvertretungen „Höhere Schule“ (AHS-Lehrergewerkschaft) und „Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen“ (BHS-Gewerkschaft), die jeweils eine Berufsgruppe von etwa 20.000 LehrerInnen vertreten, gegliedert. Dazu kommen noch die Bundesvertretungen für Berufsschullehrer, der Hochschullehrer sowie der Landwirtschaftslehrer. Als Koordinationsgremium für Fragen, die alle Lehrergruppen betreffen, fungiert die „ARGE Lehrer“, eine Plattform der Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Lehrer-Bundesvertretungen. Mit Ausnahme der gewerkschaftlich deutlich schwächer organisierten HochschullehrerInnen kann von einem durchschnittlichen Deckungsgrad von über 50 % ausgegangen werden. Mehr als die Hälfte aller Lehrerinnen und Lehrer sind also gewerkschaftlich im ÖGB bzw. der GÖD organisiert.

Die AHS-Gewerkschaft

Wiederaufbau, Konsolidierung und die Neustrukturierung des Schulwesens 1962

In der Nachkriegszeit war die BV Höhere Schule neben den üblichen gewerkschaftlichen Tätigkeiten und der Herausgabe der Zeitschrift „Der Mittelschullehrer und die Mittelschule“ (gegendert wurde damals noch nicht) vor allem mit der Hilfe zum Wiederaufbau des Schulwesens beschäftigt. Wobei die Nachfrage nach gymnasialer Bildung eher enden wollend war: Die Wirtschaft startete von einem niedrigen technischen Stand aus, für den genügend Arbeitskräfte mit ausreichend hoher Qualifikation vorhanden waren. Dem Lehrermangel wurde durch die Wiedereinstellung minderbelasteter NS-Mitglieder entgegengewirkt. Kriegsschäden an den alten Schulen wurden beseitigt, neue Gymnasien nicht gebaut. So berichtet etwa der damalige Unterrichtsminister Drimmel dem Parlament: „... In der Zeit zwischen dem Kaiserjubiläumsjahr 1908 und dem Jahre 1950 wurden auf dem Territorium der heutigen Republik keine Mittelschulgebäude errichtet. ... Eine weitere halbe Milliarde würden wir brauchen, um die Schulraumnot überhaupt zu beseitigen und Neugründungen den nötigen Raum zu verschaffen“² (In den Jahren 1957 /58 gab es zuvor aus Geldmangel ein Neubauverbot für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung.) Der Bericht über diese „Kulturnotstands“-Parlamentsdebatte liest sich streckenweise, als wäre er nicht vor 50 Jahren, sondern 2009 verfasst worden: Neben dem Hauptthema mangelnde Ressourcen wurde auch heftig über das Image der Lehrer geklagt: „... Auch die Unterbewertung der Arbeit des Lehrers trägt dazu (=Lehrermangel, M.Z.) bei. Ansehen und Wertung des Lehrerstandes darf durch Presse, Theater und Kino nicht dauernd herabgesetzt werden.“³

In der Bildungspolitik standen sich die beiden Großparteien auf ideologischer Ebene mit unvereinbaren Positionen gegenüber: Die SPÖ war für eine einheitliche Schule der 10 bis 14jährigen, die ÖVP für die ständische Dreigliederung in diesem Be-

2 Min. Drimmel im NR am 5.12.1958. In: Der Mittelschullehrer und die Mittelschule. Nr. 1/1958 S. 4

3 Der Mittelschullehrer und die Mittelschule. Nr. 1/1958 S. 7

reich in ländliche Volksschuloberstufe, städtische Hauptschule und Gymnasium. Die ÖVP sympathisierte mit dem katholischen Privatschulwesen, die SPÖ mit einer deutlichen Trennung Kirche /Staat auch im Schulwesen. Die SPÖ war für Koedukation, die ÖVP dagegen. Ein Detailblick zeigt, dass die Auswirkungen des Faschismus 1945 noch lange nicht beendet waren: Meine Schule, das Brigittenuaer Gymnasium, war in der Zwischenkriegszeit für Mädchen und Buben zugänglich. Die NS-Bildungspolitik verbot 1938 die Neuaufnahme von Mädchen. Zugelassen wurden die Mädchen aber nicht wieder sofort 1945, sondern durften erst 1962 wieder dieses Gymnasium besuchen.

Auch die AHS-Gewerkschaft (die damals noch „Sektion Mittelschullehrer“ hieß und großkoalitionär proporzmäßig von zwei Vorsitzenden geleitet wurde) hatte noch in den frühen 60er Jahren gewissermaßen „vergessenen Schutt“ aus faschistischer Zeit wegzuräumen: Zu ihren wichtigsten Forderungen gehörte damals die Wiederherstellung der Lehrverpflichtung, „die bekanntlich als Sparmaßnahme im Jahre 1935/36 erhöht wurde und erhöht geblieben ist, obwohl alle anderen gleichzeitigen Einschränkungen längst zurückgenommen sind.“⁴ Neben dem Kampf gegen diese aus dem Ständestaat „übergebliebene“ Mehrbelastung gab es auch die Forderung „nach einer angemessenen für die Entlohnung der durch die Verhältnisse erzwungenen Mehrleistungen.“⁵ *Die Verhältnisse* waren die inzwischen deutlich gestiegene Nachfrage nach höherer Bildung, die zu Lehrermangel und mehr Überstunden geführt hatte. Hier zeigte sich bereits eine deutliche Interessensdivergenz zwischen den allgemeinbildenden und den berufsbildenden Bundeslehrern: „Denn die technisch-gewerblichen Lehrer rückten immer wieder die Mehrleistungsentschädigung in den Vordergrund und interessierten sich weniger für die Lehrverpflichtung“⁶

Die wirtschaftliche Situation hatte sich in der ersten Hälfte der 60er-Jahre deutlich verändert: Traditionelle Arbeitskräftereservoir wie Arbeitslose oder Zuwanderer aus der Landwirtschaft

4 Bewegte Tage. In: Der Mittelschullehrer und die Mittelschule. Nr. 1/ Juni 1962 S. 1

5 ebenda

6 ebenda

waren zusammengeschmolzen. Auf der Suche nach passenden Maßnahmen für den Wechsel von der extensiven zum intensiven Wachstum entdeckte man die „Verbesserung der Berufsstruktur“ und damit die Schule. Für eine „Höherqualifizierung des Humankapitals“ fehlte es an Schulen, fehlte es an Lehrern. So kam es im Jahr 1962 zur ersten großen Reform der Schulstruktur der 2. Republik, die im Wesentlichen die Grundlagen des derzeitigen Systems darstellen. Das dreigliedrige Schulwesen wurde durch ein zweigliedriges auf der Sekundarstufe 1 ersetzt (Gymnasium; Hauptschule mit A und B-Zug). Einer der im Österreich der Großen Koalitionen üblichen Kompromisse zwischen den Großparteien wurde auch durch eine Art Tauwetter zwischen Sozialdemokratie und Kirche erleichtert. Personelle Veränderungen (der reformfreudige Johannes XXIII folgte dem konservativen Pius XII, Kardinal König folgte auf Kardinal Innitzer) und der Wunsch der Sozialdemokraten, für katholische Arbeitnehmer verstärkt wählbar zu werden, führten zum „Schulkonkordat“. Der Staat übernahm die Lehrerkosten an den konfessionellen Privatschulen. Die Lehrerbildung für die Pflichtschulen wurde auf ein postmaturales Akademieniveau gehoben. Mit dem „müsisch-pädagogischen Realgymnasium“ wurde eine auf der Hauptschule aufbauende Oberstufenform entwickelt, die v.a. im ländlichen Bereich den Zugang zur Matura erleichterte. In der politischen Werbung der SPÖ setzte der Slogan „Mehr Arbeiterkinder an höhere Schulen“ nun einen etwas anderen Akzent als die langjährige (und weiter im Bildungsprogramm der Partei verbleibende) Forderung nach einer gemeinsamen Schule.

Aber der Druck der Öffentlichkeit nach besseren und mehr Schulen wurde ständig größer. Der „Sputnikschock“, die Angst, dass der Gegner im Kalten Krieg mehr und besser ausgebildete Techniker und Ingenieure produziere, sowie wissenschaftliche Arbeiten über die „Bildungskatastrophe“ und die Kritik der 68er an den verstaubten Zuständen – all das führte zunehmend zu der Einsicht, dass ein verbessertes Schulwesen für eine moderne Wirtschaft ebenso unverzichtbar sei wie für ein politisches Gemeinwesen, das „mehr Demokratie in allen Lebensbereichen“ wagen wollte.

Eine wichtige Zäsur in der Struktur der Lehrer-Interessens-

vertretung bedeutet die Verabschiedung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) 1967. Damit wurde der Gewerkschaft eine auf gesetzlicher Basis eingerichtete, aber auch gesetzlich „beschnittene“ Interessensvertretung zur Seite gestellt. (Sozialdemokratische Gewerkschafter vermuteten dahinter auch eine gewisse gewollte Konkurrenz zum ÖGB). Für die AHS-Gewerkschaft hatten die PV-Wahlen zur Folge, dass ihre Gremien nun für über 30 Jahre nach den Ergebnissen der PV-Wahlen besetzt werden sollten. Und hier erreichte die aus ÖAAB, FCG und VCL gebildete Wählergemeinschaft „Österreichische Professoren-Union“ stets deutliche Mehrheiten von meist über 60 %)

Die wichtigsten Erfolge der Gewerkschaft (die nun „Gewerkschaft Höhere Schule“ hieß und die LehrerInnen an den nun „AHS“ genannten Gymnasialformen vertrat) waren die Abschlüsse über die Lehrverpflichtung nach Werteinheiten, die im Grundzug bis heute erhalten ist. Dazu kam ein Rahmenabkommen über eine deutliche Erhöhung der Bezüge bis zum Jahr 1972. Tja, gefragte Ware hat ihren Preis.

Die Bildungsexplosion der Kreiskyjahre

Die Regierungsperiode der Sozialdemokraten unter Bruno Kreisky veränderte das österreichische Bildungswesen auch quantitativ in enormer Weise: Es kam zu einem gewaltigen Ausbau vor allem des höheren Schulwesens – die Anzahl der SchülerInnen und der Lehrkräfte sollte sich in diesem Jahrzehnt mehr als verdoppeln. Eine effektive Chancengleichheit im Bildungswesen sollte durch den Abbau von sozialen Barrieren hergestellt werden: Die Schulbücher wurden ebenso gratis vom Staat gestellt wie die Fahrt zur Schule. Diese Veränderungen prägten im enormen Maße das Lebensgefühl dieser Zeit: Mit verbesserter Bildung in eine verbesserte Zukunft. Die Schulbauten der 70er waren hell, modern, bunt (– wenn auch, wie sich später herausstellen sollte, nicht eben von nachhaltiger Bausubstanz). In diesen neu erbauten, hellen Schulen sollten bald viele junge, darunter viele sich als „fortschrittlich“ verstehende Lehrer – und vor allem Lehrerinnen unterrichten. Die Anstellung der vielen jungen Lehrkräfte wurde für die Regierung dadurch erleichtert,

dass das stark am Senioritätsprinzip orientierte Gehaltssystem für Lehrer für JunglehrerInnen relativ geringe Anfangsgehälter vorsah, die sich nach der meist 35-40jährigen Berufsdauer auf einen mehr als zweieinhalbfachen Endbezug steigern sollten. Eine gewisse Attraktivität erreichte der Lehrberuf durch Angleichungen der Gehälter an die der Universitätsassistenten und Richter im Jahr 1972. Er wurde zum klassischen „Aufsteigerberuf“ einer bildungsaffinen Mittelschicht: AHS-LehrerInnen waren oftmals die ersten AkademikerInnen ihrer Familie und schienen deutlicher Beweis für die These, dass Bildung sozialen Aufstieg bewirken kann.

Eine Vielzahl an Schulversuchen, von denen die Versuche zur „Integrierten Gesamtschule“ die politisch umkämpftesten waren, begleiteten diesen Ausbau. Die Bildungsdiskussion wurde in verstärktem Maß von kritischen Sozialwissenschaftlern mitbestimmt und bekam eine deutliche gesellschaftsanalytische Zusatznote. Bildungspolitik wurde in Folge der „68er“-Bewegung immer stärker auch als Gesellschaftspolitik begriffen. Ideen der Alternativschulbewegung, von Montessori über Freinet bis A.S. Neill, wurden als Gegenmodelle zu traditionellen Unterrichtsmethoden begriffen und eingefordert. Das Unterrichtsgeschehen sollte mit Hilfe der „Schulreformkommission“ auch intern grundlegend modernisiert werden. Die Gesamtschule wurde von linken Bildungswissenschaftlern als wichtige Etappe zur Verwirklichung echter Chancengleichheit eingefordert. Aber gegen Ende der Kreisky-Jahre bezeichneten sie die Schulversuche enttäuscht als „Etikettenschwindel“ und „harmlos“,⁷ von der Verpflichtung zur 2/3 Mehrheit für Schulgesetze kastriert und von sozialpartnerschaftlich organisierten Schulpartnern weitgehend hintertrieben.

Die AHS-Lehrerschaft und ihre Vertretung erlebten diese Jahre in äußerst unterschiedlicher Form. Wenn man von den Ergebnissen der PV-Wahlen auf die politische Grundtendenz der LehrerInnen schließen darf, lässt sich sagen: AHS-LehrerInnen tendierten zumindest bei den Wahlen ihrer Interessensvertretungen

7 Siehe u.a. Dermutz, Gstettner, Seidl(Hg). Schulreform – die Kritik geht weiter. Verlag für Gesellschaftskritik Wien 1986

deutlich in Richtung der konservativen ÖVP. Deren ÖPU erreichte Wahlergebnisse von 60,38 % (1967) bis 70,07 % (1979) und erhielten stets eine absolute Mandatsmehrheit im ZA. Die sozialdemokratische FSG bzw. „ahs“ baute ihren prozentuellen Anteil eher recht langsam von 15,18 % (1967) auf 18,52 (1995) aus. Wobei allerdings zu bedenken ist, dass im selben Zeitraum die Anzahl der Wahlberechtigten an den AHS von 7027 (1967) auf 21.016 (1995) gestiegen ist. Aber noch 1995 standen 3378 sozialdemokratischen Wählern eine rund dreimal so große Zahl an Konservativen gegenüber. Im selben Zeitraum verschwand allerdings der freiheitlich-konservative Verband der Professoren Österreichs (VdPÖ), der 1967 noch von einem Viertel der Gymnasiallehrkräfte gewählt wurde (entsprach 1648 Stimmen) aus sämtlichen Gremien der Lehrervertretung.

Während nun ein Teil der jungen LehrerInnen der Reformperiode Kreiskys gewissermaßen ihren Job verdankte, sich dessen mit einer gewissen Dankbarkeit auch bewusst war und „neu“, nicht autoritär, reformoffen sein wollten, reagierten viele andere auf die Veränderungen mit Misstrauen und einer gewissen Angst. Das Schul-Unterrichtsgesetz von 1974 hatte den Unterrichtsbetrieb verrechtlicht, die 68er-Bewegung starre, autoritäre Strukturen in Frage gestellt. Das verunsicherte viele. Prototypisch die Einschätzung in der VdPÖ-Zeitung „... der freiere Umgang mit Lehrern führt zu lautstarkem Benehmen, zu Taktlosigkeiten, sogar zu offener Widersetzlichkeit und Gewalttätigkeit. Viele Lehrer sind ratlos, werden körperlich und seelisch krank, zumal eine entsprechende Lehrerbildung und -fortbildung fehlt. Der Einfluss der Lehrer auf das Schulsystem bleibt in einer höchst theoretischen Mitwirkung stecken. Die Entscheidungen fallen Çobení. Den Lehrern bleibt zunehmende Arbeitsüberlastung.“⁸

Die Gehrerjahre – die Schule wird niedergespart

Während in den 70er und 80er-Jahren das Schulwesen in Österreich massiv ausgebaut wurde, die Anzahl der AHS-LehrerInnen sich verdreifachte und in diversen, teils gut dotierten Schulver-

8 Der Professor. Zeitung des VdPÖ. September 1981

suchen Neues ausprobiert werden konnte, gab es spätestens ab Mitte der 90er Jahre nur mehr ein erkenntnisleitendes Interesse der Schulpolitik: einsparen. Der globalisierte Neoliberalismus trocknete die Staatskassen aus, EU und Euroraum engten die Möglichkeiten zu Budgetdefiziten ein. Ein Sparpaket folgte auf das andere. Insbesondere belastete das Senioritätsprinzip nun das Budget. All die billigen Junglehrer aus der Kreiskyzeit hatten nun schon 25, 30 und mehr Dienstjahre. Die Lehrerschaft Österreichs zu dieser Zeit war relativ alt – und damit relativ teuer. Grundlage der meisten Regierungsübereinkommen war: Der Struktureffekt, das ist die Steigerung der Personalkosten durch die biennialen Vorrückungen, hat „aus dem System“ herausgespart zu werden. In einer Art Zippverschlussverfahren reduzierten einige Sparpakete direkt die Gehälter der LehrerInnen (etwa indem Maturaabgeltung, Supplierstunden, Klassenvorstands- und Kustodenentgelt aus dem Altersprinzip herausgenommen und durch niedrigere Fixbeträge ersetzt wurden), während andere Sparpakete das schulische Angebot drastisch reduzierten: Zuerst wurden Freifächer und Unverbindliche Übungen gestrichen, dann die Anzahl der Schulstunden zweimal (1996 und 2003) minimiert. Parallel dazu wurde die Arbeit speziell in den Ballungszentren nicht leichter. Hatte man etwa vor der Gehrer-Ära noch je 5 Deutschstunden in den ersten 2 Klassen zur Verfügung, so standen nun, obwohl genau dann Integrationsarbeit wie nie zuvor anfiel, nur mehr je 4 Deutschstunden zur Verfügung.

Der Begriff „Reform“ erfuhr gegenüber den Kreisky-Jahren einen deutlichen Bedeutungswandel: War vorher Reform etwas, von dem man sich Besserung versprach, erlebten nun Lehrkräfte, dass „Reform“ etwas ist, was sie Geld kostet oder ihnen mehr Arbeit aufbürdet.

Die Gewerkschaftsarbeit der Gehrer-Jahre war in 2 Teile gegliedert: Von 1995 bis 2000 war es im Wesentlichen die typisch österreichische Sozialpartnerschafts-Variante, wenn auch nun mit einer Art umgekehrten Vorzeichen: Hatten zuvor Gewerkschafter etwa eine Verbesserung von 10 % gefordert und dann bei Verhandlungen eine 5 %ige erreicht, so kam nun die Regierung mit Einsparungsvorschlägen, und die Gewerkschaft ver-

suchte, dass sie ihr so viele Giftzähne wie nur möglich ziehen und möglichst viele Grauslichkeiten wegverhandeln konnte. Im Wesentlichen wurde aber „abgeschlossen“, konnten Kompromisse zwischen Dienstgeber und Gewerkschaft erreicht werden.

Ab der schwarzblauen Schüssel-Regierung war das anders: Nun wurden die Kürzungen nicht mehr mit der Gewerkschaft ausverhandelt, nun wurden sie verfügt und den Betroffenen über die Medien mitgeteilt. Das war bei der Pensionsreform so und bei den Stundenkürzungen. Und dagegen hat sich die AHS-Gewerkschaft mit Arbeitskämpfen gewehrt. Mit insgesamt 5 Streiktagen versuchten wir, unseren Protest deutlich zu machen und die Regierung zum Einlenken zu bewegen. Der Erfolg war kein durchschlagender. Aber konnten etwa bei der Pensionsreform doch einige Abstriche erreicht werden. Und die öffentliche Meinung konnte so beeinflusst werden, dass die ÖVP nicht zuletzt wegen der Geherschen Schulpolitik die Wahlen 2006 verlor.

Die letzten vier Jahre

In der Neuauflage der Großen Koalition nach 2006 übernahm die ehemalige Bankerin Claudia Schmied das Bildungsressort. Mit Verve ging sie Schulreformen an: So sollten die SchülerInnenzahl in den Klassen aufsteigend auf 25 Kinder verringert werden. Ein Schulversuch „Neue Mittelschule“ sollte in Richtung gemeinsame Schule und neuer Unterrichtsmethoden zielen. Und immerhin waren bei den PV-Wahlen 2009 um fast 2000 AHS-LehrerInnen mehr wahlberechtigt als 5 Jahre zuvor.

Aber bald trübte sich die Stimmung zwischen Schmied und den Gewerkschaften deutlich. Die Höchstzahl 25 wurde zum Richtwert, der um bis zu 20 % überschritten werden darf. Nur rund in der Hälfte aller 1. bis 3. Klassen sitzen wirklich nur 25 Kinder oder weniger. Der Erstentwurf zur NMS war nicht sehr präzise, nur zwei Dinge waren eindeutig: 1) Die Betroffenen (LehrerInnen, Eltern) sollten nicht mehr wie bei jedem Schulversuch gefragt werden 2) Der Schulversuch sollte kostenneutral sein. Dagegen trat die AHS-Gewerkschaft in Dienststellenversammlungen auf und konnte eine Entwurfsänderung erreichen, die den Betroffenen vor Ort die Möglichkeit zur Entscheidung gibt.

In der Frage zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Fraktionen: Die FCG ist prinzipiell gegen eine gemeinsame Schule. Die ÖLI-UG im Wesentlichen prinzipiell dafür. Wir von der FSG können uns eine gemeinsame Schule nur in einer Art „Nivellierung nach oben“ vorstellen: Masterausbildung auf der Universität für alle LehrerInnen. Kleinere Klassen. Deutlich mehr Support. Also gewissermaßen in Richtung finnisches Schulmodell. Nicht als eine etwas behübschte Hauptschule.

Massiv wurde das Verhältnis zwischen Schmied und Gewerkschaft (eigentlich zwischen Schmied und den LehrerInnen) belastet, als die Frau Ministerin am Aschermittwoch über die Medien ausrichten ließ: Ab dem nächsten Schuljahr hätten alle 120.000 LehrerInnen gratis um 10 % mehr zu unterrichten (also de facto pro Woche um 4 Stunden mehr zu arbeiten.). Dies sei nötig, weil sie nicht mehr Budget gekriegt habe und so ihre Bildungsvorhaben nicht finanzieren könne.

Das hätte bis zu 10.000 JunglehrerInnen den Job kosten können. Um ihrer Anordnung Nachdruck zu verleihen, waren die Lehrkräfte dieses Landes in den darauffolgenden Wochen einer unfassbaren Medienkampagne ausgesetzt. Führend darin waren die Gratisblätter „heute“ und „Österreich“ sowie die „Krone“ – alles Zeitschriften, die zuvor mit immensen Inseratenserien seitens des BMUKK verwöhnt (oder sollte man sagen „angefüttert“ ?) worden waren.

Für mich als Sozialdemokrat war es unfassbar, dass sich eine sozialdemokratische Ministerin für eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich einsetzt. Für mich und meine Fraktion war die Kommunikation dieser Ministerin – oder besser gesagt Nicht-Kommunikation – mit ihren Mitarbeitern und deren Interessensvertretung eine echte Zumutung. Ich habe mich geärgert und geniert für diese Art Politik

Es ist den Lehrgewerkschaften gelungen, in langen, zähen Verhandlungen und unter massiven Streikdrohungen die Arbeitsplätze der Jungen zu erhalten. Allein für die Vorbereitungen des dann doch obsolet gewordenen Streiktags waren enorme Kosten aufzubringen. Anmietungen von Sonderzügen oder Bussen kostet Geld, auch wenn sie dann nicht in Anspruch genommen werden. Aber spätestens die Polizeimeldung, dass die Ring-

straße gesperrt und als Parkplatz für die Busse benützt werden müsse, da die Hauptallee dazu nicht ausreichen würde, dürfte klargemacht haben, wie ernst es uns war.

Wir haben statt dessen rund 186 Mio auf den Tisch gelegt, teils durch Gratissupplierungen, durch Verminderung der Überstundenbezahlung, teils durch neue kreative Modelle wie Altersteilzeit oder Zeitkontomodell. Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung fand nicht statt.

Seither ist zweierlei passiert: In den Personalvertretungswahlen haben die schwarzen Lehrervertreter enorm zugelegt. Insbesondere an den AHS wurde meine Fraktion von den KollegInnen, denke ich, auch dafür abgestraft, weil eine Stimme für uns als Zustimmung zur Schmied-Politik missverstanden hätte werden können. Mit einem Zugewinn von 2 Mandaten und rund 13 % an Wählerstimmen erreichten sie 62,61 %, eine 2/3 Mehrheit im ZA und das beste Ergebnis seit 1983. Im Gegenzug verloren ÖLI (-4,5 %) und ahs (-9 %) je ein Mandat. Wir Sozialdemokraten wurden mit 15,82 % auf das schlechteste Wahlergebnis seit 1971 (!) zurückgeworfen.

Die Frau Ministerin hat plötzlich etliche Millionen entdeckt, sodass sie auf die Stundung der Schulmieten an die BIG, die eine Verhandlungslösung im April erst möglich gemacht hatte, nicht mehr zurückgreifen muss. Da kommt man sich als Gewerkschafter und Verhandler mehr als verhöhnt vor ! Entweder sind alle Zahlen aus dem Ministerium schwer hinterfragbar – oder, wenn man den Erklärungen aus dem BMUKK Glauben schenken dürfte, sie haben sich dort um 25 000 Kinder „verrechnet“.

Zusammenfassend muss ich sagen:

- 1 Die AHS-Gewerkschaft ist eine kampfstärke und konfliktbereite Interessensvertretung. Sie hat sich in diesem Jahrzehnt wie kaum eine andere Gewerkschaftsformation gegen Ministerinnen, egal welcher Partei, gewehrt und Streik nicht gescheut.
- 2 Wenn ihr immer wieder vorgeworfen wird, sie sei gegenüber Innovationen resistent, so lag das in der überwiegenden Anzahl der Fälle an der Art der Innovationen. Lohndumping und schlechteres Angebot konnten schlicht nicht als Schritte in die richtige Richtung gesehen werden. Hier gab es nahezu immer

fraktionsübergreifend einstimmige Voten für Arbeitskämpfe und Ablehnungen von Zumutungen, die sich „Reformen“ nannten.

- 3 Auch wenn mir das Wahlergebnis immens wehtut. Es beweist, dass die derzeitige Führung der AHS-Gewerkschaft das große Vertrauen der großen Mehrheit der AHS-Lehrerinnen und Lehrer hat.

Wenn nun die nächsten „Reformen“, die der LehrerInnenausbildung oder des Lehrerinnendienstrechts, eventuell wieder getarnte Sparpakete sein sollten, und es scheint durchaus Indizien in diese Richtung zu geben – dann werden wir in Zeitungen wieder die „Blockierer“ und „Betonschädeln“ sein – aber die Kolleginnen und Kollegen werden inbrünstig hoffen, dass wir soviel Schaden wie möglich von ihnen abwenden können. Was die ureigenste Aufgabe einer Gewerkschaft ist.

Gerald Oberansmayr

Bologna-Prozess und Lissabon-Strategie – Die neoliberale Umkrepelung der Unis Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

Innerhalb eines Jahrzehnts wurde die europäische Hochschul-landschaft neoliberal umgekrepelt. Durch die Verabredungen der europäischen Exekutiven im Rahmen des Bologna-Prozesses (1999) und der EU-Lissabon-Strategie (2000) werden die Univer-sitäten seither in Richtung Zwei-Klassen-Bildung und Zuleis-tungsbetriebe für die Privatwirtschaft umstrukturiert. In Öster-reich wurden mit dem Universitätsgesetz 2002 diese Vorgaben „vorbildlich“ umgesetzt. Erst der Aufstand der Studierenden im Herbst 2009 hat die hochschulpolitische Lähmung durchbrochen. Die Rolle der Gewerkschaften bleibt bestenfalls ambivalent.

Der Startschuss dafür wurde dort gegeben, wo auch schon die Blaupause für das neoliberale EU-Binnenmarktprojekt entwickelt wurde: An der Place de Carabinieris in Brüssel, dem Sitz des „Eu-ropean Round Table of Industrialists“ (ERT). Der ERT ist wohl eine der einflussreichsten EU-Lobbyorganisationen, die aus den Chefs der 48 mächtigsten europäischen Industriekonzerne besteht (sh. www.ert.be). Im Jahr 1995 legte der ERT den EU-Entschei-dungsträgern das Papier „Education for Europeans – Towards the Learning Society“¹ vor. Darin wird zunächst einmal mit emanzi-pativen Bildungsvorstellungen aufgeräumt, wonach Bildung und Wissenschaft dazu beitragen könnten, die gesellschaftlichen Le-bensbedingungen zu humanisieren. Die Großindustrie will es um-gekehrt: Die Menschen sollen sich nicht befreien, sondern unter-werfen – und zwar der „brutal beschleunigten Veränderung ... er-zwungen von externem wirtschaftlichem Druck des globalen Handels, der globalen Politik und der unmittelbaren weltweiten

1 European Round Table of Industrialists, „Education for Europeans – Towards the Learning Society“, März 1995, <http://www.ert.be/doc/0061.pdf>

Anwendung von radikal neuen Technologien.“ Das Bildungs- und Hochschulsystem müsse sich anpassen an „die Verschiebung von regulierten Ökonomien zu liberalen, offenen und hochgradig konkurrenzorientierten.“ Die Konzerne brauchen nicht Menschen, die nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Verantwortung streben, sondern „Menschen mit Selbstdisziplin, die sich an ständige Veränderungen anpassen können und endlosen neuen Herausforderungen gewachsen sind.“ Deshalb fordert das ERT-Papier, dass sich die Bildung „stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft“ auszurichten habe und die Großindustrie eine „aktivere Rolle an den Universitäten“ spielen müsse. Auch die den späteren Bologna-Prozess prägende Hierarchisierung der Hochschulbildung klingt bereits deutlich an: Weiterreichende wissenschaftliche Qualifikation sollten „erfahrenen Studierenden“ und dem „akademischen Stab“ vorbehalten bleiben.

Zwei-Klassen-Studium

Später resümiert der ERT stolz, dass dieses Papier „eines der einflussreichsten aller ERT-Papiere“² gewesen sei. In der Tat. Es dauerte nicht allzu lange, bis die Hochschulen nach dem Gusto der großen Industrie umgekrempelt wurden. Auch der weitere Lauf der Entscheidungsfindung ist aufschlussreich. Nach den Konzerneliten trafen sich die Regierungseliten der vier größten EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien verabschiedeten 1998 die sog. „Sorbonne-Erklärung“, in der sie ein Zwei-Klassen-Studium fordern, das deutlich die Hochschulausbildung in „zwei große Zyklen: Studium und Postgraduiertenstudium“³ trennt.

Nachdem die große Linie vorgegeben war, durften auch die Regierungseliten anderer europäischer Staaten antreten. 26 an der Zahl tun das ein Jahr später in der italienischen Stadt Bologna, wo sie den Startschuss für den nach dem Tagungsort benannten Prozess der Umkrempelung der europäischen Hochschul-

2 ERT-Sekretariat, in: http://www.ert.be/working_group.aspx?wg=15

3 Sorbonne-Erklärung: Gemeinsame Erklärung zur Harmonisierung der Architektur der europäischen Hochschulbildung, 26.5.1998, Sorbonne.

landschaft geben. Die oberste Prämisse des Bologna-Prozesses: „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums“⁴. Manche der in der Bologna-Erklärung festgehaltenen Ziele sind dabei durchaus sinnvoll, etwa die Förderung der europaweiten Mobilität und die Sicherstellung vergleichbarer Abschlüsse. Interessanterweise zeigen die Erfahrungen jedoch, dass gerade diese Aspekte durch den Bologna-Prozess verfehlt wurden.

Was jedoch nicht verfehlt, sondern zwischen 1999 und 2009 mit großer Präzision europaweit durchgezogen wurde, ist die Durchsetzung einer Zwei-Klassen-Bildung an den Hochschulen: ein hochgradig verschultes, auf drei Jahre abgespecktes Schmalspurstudium für die Masse (Bachelor), an das sich erst mit dem Master (2 Jahre) und dem Doktor (3 Jahre) wissenschaftliche Qualifizierung anschließt, die dann aber nur mehr einer schmalen „Elite“ vorbehalten sein und mit entsprechenden Selektionshürden und Zugangsbeschränkungen versehen sein soll. Flankiert wird dieses Programm von der zunehmenden Ausschaltung demokratischer Mitbestimmung von Studierenden und Lehrenden, um Regierung und privater Wirtschaft einen immer direkteren Zugriff auf die Hochschulen zu ermöglichen, in Österreich z.B. durch das Universitätsgesetz 2002.

Zu viel Bildung unerwünscht

Warum ist den Mächtigen in Wirtschaft und Politik diese Aufspaltung in Masse- und Elitebildung eigentlich so wichtig? Eine Antwort darauf lieferte ein deutscher Unternehmensberater, als er im November 2009 angesichts der zunehmenden Studierendenproteste vor laufender Kamera den Bologna-Prozess mit seiner Aufspaltung in Masse- und Elitestudium knapp und bündig rechtfertigte: „Die (Masse der Studierenden, Anm. G.O.) lernten früher Dinge, die wir gar nicht brauchen.“⁵ Angesichts seiner Position als Unternehmensberater steht das „wir“ wohl für die In-

4 Der europäische Hochschulraum – Gemeinsame Erklärung der europäischen Hochschulminister, 19.7.1999, Bologna

5 Deutsche Welle-TV, 23.11.2009

teressen seiner Konzernklientel. Das ungeschriebene Motto des Bologna-Prozesses lautet also: für die Masse der Studierenden so viel Bildung wie unbedingt nötig, um den Verwertungsprozess am Laufen zu halten – und so wenig wie möglich, um nicht nur die Lohnkosten, sondern auch die Fähigkeit zum kritischen Denken und zum Blick über den unternehmerischen Tellerrand in engen Grenzen zu halten. Höchste wissenschaftliche Qualifikation soll einem kleinen Kreis vorbehalten bleiben, der sich schon aus finanziellen Gründen weitgehend aus den herrschenden sozialen Eliten rekrutiert.

EU-Kommission will Schulgeld und Studiengebühren

Der Bologna-Prozess, der zwar von den EU-Machtträgern dominiert wird, aber mit mittlerweile 46 Mitgliedstaaten deutlich darüber hinausreicht, wird überwölbt von der sog. „Lissabon-Strategie“ der EU, die im Jahr 2000 aus der Taufe gehoben wurde. Vollmundig wird darin verkündet, die EU bis 2010 zum „international wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Die in allen EU-Staaten in diesem Jahrzehnt stattgefundenen „Reformen“ zur Absenkung staatlicher Pensionen, Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturen, Aushöhlung von Kollektivverträgen, Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen usw. gehen nicht zuletzt auf die Verabredung der EU-Regierungsspitzen in Lissabon im Jahr 2000 zurück. Mit der Lissabon-Strategie hat sich auch die EU-Kommission eine Tür[e] aufgemacht, sich zunehmend in die Bildungspolitik einzumischen. Von welcher Grundideologie sich die Kommissare dabei leiten lassen, offenbaren sie uns in diversen „Mitteilungen“ zur Lissabon-Strategie: „Es wäre jedoch anmaßend zu meinen, dass dieses offene, egalitäre, horizontale und manchmal minimalistische Konzept eine solide Grundlage für die Wissensgesellschaft und –ökonomie in Europa und für den Platz Europas in der Welt bieten könnte“⁶.

6 EU-Kommission; Die Hochschulen in die Lage versetzen, ihren vollen Beitrag zur Wissensgesellschaft und Wirtschaft zu leisten. Diskussionspapier für die Konferenz in Brüssel am 10.2.2005

Wer das Offene, Egalitäre und Horizontale verschmäht, will das Exklusive, Elitäre und Vertikale. Entsprechend sehen auch die Vorschläge der EU-Kommission aus: Bereits 2004 sprach sich die EU-Kommission in einem Arbeitspapier zur Umsetzung der „Lissabon-Strategie“ für die Einführung von „(höheren) Studiengebühren“ aus, um „Effizienz und private Investitionen im Bildungsbereich zu erhöhen.“ Wenig verklausuliert wird in diesem Papier der EU-Kommission die Einführung von Schulgeld und die weitere Privatisierung des Bildungsbereiches vorgeschlagen. So heißt es weiters: „Mehr finanzielle Anreize sollten in die Europäischen Bildungs- und Trainingssysteme eingeführt werden, um die beschränkten öffentlichen Budgets zu kompensieren und stärkere Leistungselemente einzuführen. Solche Anreize (z.B. im Bereich der nicht-verpflichtenden Bildung) würden eine stärkere Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten und eine bessere Mischung aus öffentlicher und privater Finanzierung miteinander verbinden. (...) Beispielsweise könnte die Einführung von Schulgeld oder anderer Gebühren mit einigen Einschränkungen und begleitenden Finanzierungsmaßnahmen die generelle Ausweitung der Finanzierung höherer Bildungseinrichtungen unterstützen.“⁷

Eliteunis für die Upperclass

Selbst das System der USA mit Studiengebühren bis zu 50.000 US-Dollar und mehr im Jahr wird von der EU-Kommission als Beispiel dafür zitiert, „dass Studiengebühren, wenn sie durch ein gezielte finanzielle Unterstützung ergänzt werden, zu einer Steigerung der Studierendenzahlen führen können, ohne dass sich dies negativ auf die Gerechtigkeit auswirkt.“⁸ Dabei beweist gerade das US-System, dass soziale Gerechtigkeit und die Privatisierung von Bildung unvereinbar sind.

7 EU-Kommission; Implementation of “Education and Training 2010”, Working Group E, “Making the Best Use of Resources”, Dezember 2004, Brüssel

8 EU-Kommission; Effizienz und Gerechtigkeit in den Europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung, 8.9.2006, Brüssel

Der deutsche Soziologe Michael Hartmann hat die soziale Herkunft von Studierenden an den teuren US-Privatuniversitäten untersucht und kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Vier von fünf Studierenden kommen dort aus dem oberen Fünftel der Gesellschaft. Jeder fünfte stamme sogar aus den obersten zwei Prozent mit Familienjahreseinkommen von mehr als 200 000 Dollar, das heißt fast doppelt so viele wie aus der gesamten unteren Bevölkerungshälfte.⁹ Genau ein solches System von wenigen, dafür sündteuren privaten Spitzenuniversitäten will die EU-Kommission in Europa etablieren. Sie hat deshalb im Jahr 2005 die Initiative zur Schaffung von sechs EU-Exzellenzuniversitäten geschaffen – Prototypen einer durch und durch exklusiven, elitären und antidemokratischen Hochschulentwicklung: Die Verwaltungsgremien sollen maßgeblich von privaten Unternehmen kontrolliert werden, ein öffentliches Dienstrecht soll eliminiert sein, die Unis sollen sich die Studierenden selbst aussuchen können, die Finanzierung soll über Studiengebühren, private Schenkungen und Aufträge aus der „Wirtschaft“ erfolgen.¹⁰ Freilich dürfe auch der Staat mitfinanzieren, solange damit nicht demokratische Mitsprache verbunden ist, als nachahmenswert hebt die EU-Kommission – in einem anderen Papier¹¹ – dabei „den hohe Anteil von Staatsgeldern für die Rüstungsforschung an den US-Hochschulen“ hervor.

Der Einfluss der EU-Kommission auf die Bildungspolitik in der EU erhöht sich mit dem jüngst in Kraft getretenen EU-Reformvertrag beträchtlich. Denn mit diesem Vertrag wird die Mitbestimmung der nationalen Parlamente bei der Beschlussfassung von internationalen Handelsverträgen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales eliminiert. Die Möglichkeiten der EU-Kommission, Verträge zur Liberalisierung von Bildung auf multilateraler Ebene auszuhandeln und diese Verträge dann innerhalb der EU ratifizieren zu lassen, sind damit deutlich ge-

9 Michael Hartmann, in: „Leviathan“ 4 /2006, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 447ff.

10 Informationspapier des EU-Bildungskommissars Jan Figel, SEC 2005 (354), 7.3.2005, Brüssel

11 EU-Kommission, Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, 5.2.2003, Brüssel

stiegen. Entsprechende Initiativen hat die Kommission bereits auf GATS-Ebene lanciert.

Rollback an Österreichs Hochschulen

Die österreichischen Machteliten haben den bildungspolitischen Kurs wie er im Bologna-Prozesse bzw. der Lissabon-Agenda vereinbart wurde, weitgehend friktionsfrei übernommen. Schon im Jahr 2003 streute sich die damals schwarz-blau Regierung selbst Rosen, indem sie feststellte, dass Österreich bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses „mit dem Universitätsgesetz 2002 im internationalen Vergleich vorbildlich unterwegs“ sei. (OTS, 19.9.2003). Tatsächlich stellt das Universitätsgesetz 2002 einen Meilenstein bei der neoliberalen Umgestaltung der österreichischen Hochschulen dar. Mit dem UG 2002 wurde nicht nur das Zwei-Klassenstudium á la Bologna auf Schienen gebracht, es drängt auch die hart erkämpften Mitbestimmungsrechte von Studierenden und Mittelbau handstreichartig zurück und eliminiert faktisch die Selbstbestimmung der Universitäten. Machtpolitisch profitiert davon einerseits das Ministerium, das über die Bestellungsrechte für den neu geschaffenen Universitätsrat, vor allem aber über die sog. Leistungsvereinbarungen, mit denen von nun ab die Unis um Geld beim Ministerium bittstellig werden musste, ein direktes Durchgriffsrecht auf die Universitäten erhielt. Bei diesen Leistungsvereinbarungen müssen sich die Universitäten ständig daran messen lassen, ob sie in der „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ (UG 2002) ihres „Uni-Standortes“ vorangekommen sind. Durch Auf- und Abdrehen des Geldhahns zwingt die Regierung die Hochschulen also zur Umsetzung der Lissabon-Agenda und des Bologna-Prozesses. Die Verpflichtung auf bestimmte Leistungen betrifft vor allem die Bereiche Universitäts- und Personalentwicklung, Forschung und Lehre, Studien und Weiterbildung. Verhandlungspartner des Ministeriums ist ausschließlich der Rektor, abgesehen muss die Leistungsvereinbarung vom neu geschaffenen Universitätsrat werden (UR).

Womit wir beim zweiten großen Gewinner dieser Hochschul„reform“ wären: Die materiell ausgehungerten Universi-

täten werden mit dem UG 2002 ganz offen auf das „Einwerben“ von Drittmittel aus der „Wirtschaft“ verwiesen. Und wer zahlt, schafft bekanntlich an. Dieses Anschaffen hat in Form des sog. „Universitätsrates“ auch eine eigene institutionelle Gestalt angenommen. Dieses Gremium – dem Aufsichtsrat einer Kapitalgesellschaft nachempfunden – verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Wahl des Rektorats als auch bei der organisatorischen und finanziellen Entwicklung der Universität. Die Mitglieder des Universitätsrats werden jeweils zur Hälfte vom Senat und zur Hälfte vom Ministerium bestimmt (die sich dann gemeinsam auf ein zusätzliches Mitglied verständigen müssen). Der Universitätsrat soll sich laut UG aus Personen zusammensetzen, die *„in verantwortungsvollen Positionen in der Gesellschaft, insbesondere der Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft, tätig sind und auf Grund ihrer hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Universität leisten können.“* Offensichtlich wird das vor allem denen zugetraut, die über viel Kapital verfügen. Eine Untersuchung der personellen Zusammensetzung der Universitätsräte an 11 österreichischen Universitäten ergibt ein bemerkenswertes Bild: 33 von 79 Universitätsrats-Mitgliedern (42%) sind direkt aus den Chefetagen von Konzernen und Banken. Prominent vertreten sind etwa Raiffeisen, Siemens, das Androsch-Imperium, IBM, Sony, Bank-Austria, Voestalpine, Generali, Hoffmann-La Roche, Europäischer Zentralbank, uvm. Besonders ausgeprägt ist die Kapitalmacht auf der Ebene der Führung der Universitätsräte. 8 von 11 Vorsitzenden (73%) dieses Uni-Aufsichtsrates werden von Konzern- und Bankvertretern gestellt. Wenige Jahre also, nachdem der European Round Table of Industrialists in seinem Papier „Education for Europeans – Towards the Learning Society“ die Stärkung des Einflusses der Großindustrie an den Hochschulen eingemahnt hatte, übernehmen die Konzerne zentrale Machtpositionen an den österreichischen Universitäten. Ein gewisses Unbehagen über dieses antidemokratische Rollback beschleicht mittlerweile auch da und dort das universitäre Führungspersonal. So fordert der Rektor der Uni Innsbruck, Karlheinz Töchterle, eine Ausweitung der Kompetenzen des Senats ein (des einzigen Organs, wo Studierende

und Mittelbau noch direkt mitbestimmen können), denn „sonst könnte es passieren, dass die Uni nur von Leuten gelenkt werden, die nicht von der Uni sind“.¹²

„Numerus Clausus ist Europeanorm“

Die Einführung eines Numerus Clausus an den Hochschulen war zwar von Industriellen-, Rektors- und Regierungskreisen immer wieder gefordert worden, jedoch die längste Zeit in Österreich nicht durchsetzbar. Hier hat der EUGH den Eliten im Jahr 2005 „ausgeholfen“ und durch sein Urteil, das deutschen NC-Flüchtlingen den Zugang zu den österreichischen Universitäten öffnete, den Vorwand geschaffen, auch in Österreich – dem letzten EU-Land – den offenen Hochschulzugang zu Grabe zu tragen. Der Völkerrechts-Professor Manfred Rotter charakterisiert dieses EUGH-Urteil „als Verhöhung der Demokratie“, das „in so manchen Zirkeln bereits die Sektkorken hat knallen lassen. Denn was ist schöner als die von vielen herbeigewünschten Restriktionen des freien Uni-Zugangs vom Europäischen Gerichtshof verordnet zu bekommen, ohne sie auf demokratischem Weg erstreiten zu müssen?“ (Standard, 8.7.2005). Eines dieser Zirkelmitglieder, der Vorsitzende der Österreichischen Universitätskonferenz Christoph Badelt, machte auch kein Hehl aus einer guten Laune ob des EUGH-Urteils: „Numerus Clausus ist Europeanorm“, erläutert er öffentlich die Bildungspolitik der EU-Eliten (Die Presse, 22./23.12.2007).

Mit der UG-Novelle 2009 soll die Bologna-Hierarchie mit weiteren Zähnen und Krallen versehen werden: So können im Rahmen einer „Studieneingangsphase“ bereits den StudienanfängerInnen enorme Stolpersteine in den Weg gelegt werden. Nach dem Bachelorstudium soll es den nächsten großen Flaschenhals geben. Denn die UG-Novelle räumt den Universitäten das Recht ein, mit Hilfe sog. „qualitative Zugangsbeschränkungen“ nach dem Grundstudium kräftig auszusieben. In Ländern, wo dieser Prozess schon weiter fortgeschritten ist (wie z.B. in der

12 zit. nach Stefanie Breinlinger, „Hierarchische Selbststeuerung“, in: *guernica* 4/2009

BRD), erfolgt das vor allem über einen bestimmten Notendurchschnitt. Wer diesen nicht erreicht, muss gehen.

12 fehlende Bildungsmilliarden seit 1995

Diese Entwicklungen laufen auf dem Hintergrund zunehmender materieller Austrocknung des Bildungsbereiches. Jede/r im Bildungsbereich spürt es: Es zwickt an allen Ecken und Enden. Zu wenige Lehrkräfte in den Schulen, überfüllte Hörsäle an den Universitäten, oft vorsintflutliche Lehrmittelausstattung. Tatsächlich ist erkennbar, dass seit Mitte der 90er Jahren der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich zurückgeht: Von etwas über 6% (1995) auf etwas über 5% in den letzten Jahren¹³. Was in Prozentzahlen noch relativ harmlos wirkt, summiert sich in absoluten Zahlen zu gewaltigen Beträge auf: Und zwar zu 12 Milliarden, die dem Bildungsbereich zwischen 1995 und 2008 entgangen sind. Zum Vergleich: Das entspricht in etwa dem Fünffachen des derzeitigen Hochschulbudgets.

Der Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsdatum ist keineswegs zufällig. Denn das EU-Primärrecht hebt eine streng neoliberale und monetaristische Wirtschaftspolitik mit Verschuldens- und Defizitobergrenzen zur obersten Maxime für die Budgetpolitik der EU-Staaten. Motto: Lieber mehr Arbeitslose und ein verrottetes Bildungswesen als ein paar Milliarden mehr Schulden. Oder gar höhere Steuern für Kapital und Großverdiener! Denn die Kapitalverkehrsfreiheit ist eines der größten Sakrilege des EU-Binnenmarktes, und das hat unter anderem dafür gesorgt, dass ein verheerender Steuerdumpingwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten ausgelöst wurde. Seit Einführung des EU-Binnenmarktes sanken die durchschnittlichen Gewinnsteuersätze in den EU-Staaten von 45 auf 30%, die Spitzensteuersätze der Einkommensteuern von 62 auf 48% und die Besteuerung von Zinserträgen von 48 auf 33%.¹⁴ Diesem Umstand ist es zu „verdanken“, dass eine oft aberwitzige Zunahme privaten Reichtums bei wenigen mit einer beklemmenden Armut der öffentlichen Haus-

13 sh. Statistik Austria, www.statistik.at

14 sh. Christian Felber, *Arbeit & Wirtschaft*, 2/2006

halte einhergeht. Seit 1995 sind die öffentlichen Investitionen deutlich gesunken, aber die Dividendeneinkünfte der Aktionäre haben sich vervierfacht.

Unmittelbar nach dem EU-Beitritt schnürte die Regierung die ersten großen Sparpakete, die für Studierenden tiefe soziale Einschnitte mit sich brachten: Einschränkung des Familienbeihilfebezug, Abschaffung der Freifahrt auf öffentlichen Verkehrsmittel und schließlich die Einführung von Studiengebühren, die allerdings nach einem langen und zähen Widerstand zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden mussten. Diese materiellen und sozialen Verschlechterungen schlagen sich auch in der Zahl der Studierenden nieder: Vergleicht man die 14 Jahre vor dem EU-Beitritt mit den 14 Jahren seither, so ist die Bilanz eindeutig: Von 1980 bis 1994 stieg die Zahl der Studierenden um 87%, von 1994 bis 2008 nur mehr um magere 3,4%, nachdem sie zwischenzeitlich nach Einführung der Studiengebühren dramatisch abgesunken war. Die Zahl der österreichischen StudentInnen hat nach wie vor nicht das Niveau von 1995 erreicht.

Diese öffentliche Armut könnte sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen. Nachdem krisenbedingt höhere Defizite zugelassen wurden, ruft die EU-Kommission für die nächsten Jahre bereits wieder zum harten Gürtelenger-Schnallen bei den öffentlichen Budgets auf. Nur ein Bereich darf, ja muss davon verschont werden: der Rüstungssektor. Der hat nämlich durch den EU-Vertrag von Lissabon eine Sonderstellung erhalten. Seit Inkrafttreten dieses Vertrages am 1. Dezember 2009 sind alle EU-Staaten dazu verpflichtet, dauerhaft „ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern.“ (Art. 42, Vertrag über die EU).

Ambivalente ÖGB-Politik

Welche Rolle spielt nun der ÖGB in dieser neoliberalen Umpflügelung der Hochschullandschaft durch Bologna-Prozess und Lissabon-Strategie? Eigentlich dürften die Gewerkschaften diese Prozesse nicht kalt lassen, wenn man z.B. bedenkt:

- dass der Anteil der ArbeiterInnenkinder an den Unis bei unter 8% liegt (ein Viertel des Anteils der ArbeiterInnen an der Gesamtbevölkerung!); die durch die Bologna-Prozess instal-

lierte Zwei-Klassenbildung verschärft diese soziale Selektion weiter;

- dass 60% der Studierenden während des Semesters nebenbei jobben müssen, der Großteil von ihnen als ArbeitnehmerInnen; nach neueren Untersuchungen leben 46% der Studierenden an oder unter der Armutsgrenze
- dass in den Universitätsräten den 33 KapitalvertreterInnen eine einzige Gewerkschafterin gegenübersteht; usw.

Es ist positiv zu vermerken, dass die Gewerkschaften da und dort die hochschulpolitischen Kämpfe der Studierenden unterstützt haben, etwa für die Abschaffung der Studiengebühren. Doch insgesamt bleibt die Rolle des ÖGB bestenfalls ambivalent, denn fortschrittliche Politik kollidiert auch in diesem Bereich notwendigerweise mit den drei Axiomen der ÖGB-Führung: SP-Regierungen werden mit Samthandschuhen angegriffen, die Sozialpartnerschaft bleibt heilig und grundsätzliche EU-Kritik tabu. Deshalb haben die ÖGB-Funktionäre im Nationalrat auch jene unsozialen Sparpakete mitgetragen, die zu sozialen Verschlechterungen für Studierende (Verlust von Familienbeihilfen, Freifahrt, usw.) geführt haben. Genauso haben sie im vergangenen Jahr für die jüngste Novelle des Universitätsgesetzes gestimmt, die die Selektionen vor und während des Studiums weiter verschärft. Deshalb findet sich in keiner offiziellen ÖGB-Stellungnahme eine Kritik am Bologna-Prozess; die EU-Lissabonstrategie wird durch die Gewerkschaftsspitzen offen propagiert. Das geht so weit, dass es sich der damalige ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch nicht nehmen ließ, einen Zwischenbericht zur Lissabon-Agenda eigenhändig zu signieren, der die EU-Staaten aufforderte, die Liberalisierung (und damit Privatisierung) von Dienstleistungen und öffentlichen Diensten zügig voranzutreiben.¹⁵ Der ÖGB machte der Regierung die Mauer, als sie den EU-Reformvertrag im Parlament ohne Volksabstimmung durchdrückte. Dieser Vertrag schreibt die Verpflichtung der EU-Staaten auf eine „*Wirtschaftspolitik der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb*“ fest und eröffnet der EU-Kommission neue Möglichkeiten, die

¹⁵ Zwischenbericht zur Lissabon-Strategie der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, November 2004

öffentlichen Dienste – auch den Bildungsbereich – dem Binnenmarktregime und dem Freihandel unterzuordnen. In entscheidenden Fragen erweist sich die ÖGB-Führung immer wieder als loyaler Bestandteil des EU-Establishments. Diese Haltung hat oft dazu beigetragen, Widerstand zu ersticken oder klein zu halten – auch im Bildungsbereich.

Umso wichtiger und erfreulicher freilich sind die vielfältigen Kooperationen, die sich vor allem auf unteren Ebenen während der Studierendenproteste im Herbst 2009 immer wieder gebildet haben. Besonders eng waren und sind diese Allianzen mit den Gewerkschafts- und PersonalvertreterInnen der HochschullehrerInnen. Diese stellen immer offener den Bologna-Prozess selbst in Frage. So heißt es im Aufruf des Betriebsrates der Universität Wien am 2.11.2009, er ersuche alle Bediensteten, die Forderungen der Studenten mitzutragen und sie *„bei ihren Protestaktionen zu unterstützen“*, denn: Die *„Finanznot wird gerade jetzt überall evident, wo viele Hörsäle, Labors und Seminarräume total überfüllt sind, es zu wenige Universitätslehrer und zu wenige Tutoren gibt und der Bologna-Prozess für alle sichtbar aus den Universitäten Schulen macht, die vom System her nur noch Berufsausbildung, aber keine Bildung mehr liefern“* (Wien ORF, 2.11.2009). In einer Protestresolution solidarisieren sich die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Linzer Johannes Kepler-Universität im Dezember 2009 ebenfalls mit den Kämpfenden und fordern: *„Es ist hoch an der Zeit, den Bologna-Prozess grundsätzlich zu hinterfragen. Ein guter Teil des Protests der Studierenden richtet sich gegen die damit verbundene Tendenz, Spezialisten ohne kritischen Geist auszubilden.“*¹⁶

Dieser Aufstand der Studierenden, der im vergangenen Jahr mit Hörsaalbesetzungen, Demonstrationen und vielen anderen Protestaktionen begonnen hat, zeigt, dass Bewegungen von unten, die sich der parteipolitischen Gängelung entziehen, die einzige Chance sind, den neoliberalen Durchmarsch aufzuhalten. Denn 10 Jahre Bologna-Prozess und 9 Jahre Lissabon-Strategie haben vor Augen geführt: Parlamentarismus und Demokratie werden zunehmend zu einer leeren Hülle. Beide Prozesse waren und sind zunächst bloße Verabredungen der Konzernetagen

16 zit. nach guernica 4/2009, Seite 5

und Regierungsspitzen. Und doch wurden sie innerhalb eines Jahrzehnts in allen EU-Staaten und darüber hinaus ohne größere „Reibungsverluste“ durchgestellt. Die Parlamente fungierten als brave Erfüllungsgehilfen. Dafür sorgten die weitgehend an das EU-Establishment und dessen neoliberale Agenda angebundene Parteioligarchien – großteils unabhängig von den verschiedenen Couleurs. So wurden die weitgehend gleichen Unigesetze von „rot-grünen“ Regierungsbündnissen (z.B. in der BRD) ebenso implementiert wie von konservativ-rechtsextremen (wie z.B. in Österreich). Erst die Bewegung der Studierenden und die Ausweitung der Proteste auf andere Bildungsbereiche haben diese politische Lähmung durchbrochen. Diese Bewegung ist nicht nur bildungspolitisch, sondern auch demokratiepolitisch ein gar nicht so kleiner Hoffnungsschimmer.

Fragen der sh-Redaktion

„Wie hält es die Gewerkschaft mit der Bildungspolitik?“

Auf die Frage nach dem Verhältnis von gewerkschaftlicher Interessensvertretung und Bildungspolitik gibt es offensichtlich sehr unterschiedliche Antworten:

- Auf der einen Seite des Spektrums könnte man eine sehr „enge“ Interpretation des gewerkschaftlichen Auftrags festmachen: Die Gewerkschaften sind reine „Service“-Organisationen, die für arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen und entsprechende materielle und arbeitsrechtliche Absicherung kämpfen.
- Auf der anderen Seite steht eine „weite“ Interpretation, nach der die Gewerkschaften als politische Kraft gesehen werden, die auch einen bildungspolitischen Auftrag hat: Bildungspolitik wird als Element einer Gesellschaftspolitik gesehen, die mehr Gleichheit anstrebt.

In Österreich scheint die erste Haltung zu dominieren, in den meisten anderen Ländern treten Gewerkschaften sehr viel offensiver in bildungspolitischen Fragen auf. Teilweise treten die Lehrgewerkschaften auch als treibende Kraft in bildungspolitischen Diskussionen auf. (Siehe z.B. die GEW in Deutschland)

Da sehr wenig publiziertes Material zu dieser Frage vorliegt, versuchen wir durch Stellungnahmen prominenter VertreterInnen der Gewerkschaftsbewegung ein einigermaßen gültiges Bild zu zeichnen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns eine Stellungnahme zu den folgenden Fragen schicken könnten, die wir dann gemeinsam mit denen anderer GewerkschafterInnen veröffentlichen dürfen:

- Wo, bei welcher der oben genannten Positionen würden Sie den ÖGB und dessen Lehrgewerkschaften (= Sektionen der GÖD) ansiedeln?

- Wie lässt sich diese Position erklären? (historisch, realpolitisch, innergewerkschaftlich, ...)

Antworten von Gewerkschaftern

Die Fragen wurden von der sh-Redaktion 14 VertreterInnen der verschiedenen Gewerkschaftsfraktionen gestellt – nur 5 haben uns geantwortet. Bernd Horak und Thomas Kreiml, Dwora Stein – haben ihre Stellungnahmen sehr ausführlich in einem Artikel beantwortet.

Bernhard Horak – Arbeiterkammer Wien

Wie hält es die Arbeiterkammer mit der Bildungspolitik?

Keine Gretchenfrage

Der erste Teil des Titels wurde vom Herausgeber angeregt und gerne aufgenommen. Zur Erklärung von „Gretchenfrage“ hält wikipedia nicht nur, sondern auch folgende Auskunft bereit: „Sie ist dem Gefragten meistens unangenehm, da sie ein Bekenntnis verlangt, um das dieser sich bisher herumgedrückt hat“, was im Falle der Arbeiterkammer und der Bildungspolitik ganz und gar nicht zutrifft und im Folgenden belegt werden soll.

Wenn nicht anders ausdrücklich vermerkt, sind mit der „Arbeiterkammer“ oder mit „AK“ die „Kammern für Arbeiter und Angestellte“ der neun Bundesländer bzw. die Dachorganisation „Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte“ gemeint. Die Arbeiterkammer ist die gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wobei einzelne Gruppen ausgenommen sind.

Bildung ist Auftrag

Arbeiterkammergesetz – AKG §1 lautet: „Die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Bundeskammer der Arbeiter und

Angestellten sind berufen, die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern.“

Soviel und nicht mehr sagt das aktuelle Arbeiterkammergesetz über die Aufgabenstellung der Arbeiterkammer. Der Gesetzgeber gibt dadurch dem autonomen Selbstverwaltungskörper Arbeiterkammer einen relativ weit gesteckten Rahmen, innerhalb dessen er die Interessen seiner Mitglieder vertreten kann.

Die Bildungspolitik ist verantwortlich für die Bildung, wie sie jedem von uns persönlich zuteil wird und diese wiederum berührt alle in §1 des Arbeiterkammergesetzes aufgezählten Interessen. Ohne sie jetzt bemühen zu wollen, liefert die sozialwissenschaftliche Literatur dazu viele Nachweise. Bildung bzw. Ausbildung ist demnach ein Faktor, der gesellschaftlichen Status, persönliches Einkommen, berufliche Entwicklung und auch die Fähigkeit zur kulturellen Teilhabe entscheidend beeinflusst. Damit bestimmt Bildung ganz wesentlich, wie gut Mann oder Frau mit dem Leben zu Rande kommt. Was liegt daher für die Arbeiterkammer näher als Bildungsthemen und Bildungspolitik ganz oben auf die Agenda zu setzen?

Wege der Politikmitgestaltung

Nach jeder Nationalratswahl ist es die jeweils „künftige Bundesregierung“, an welche die Arbeiterkammer ihre Forderungen richtet. Aus ihnen lässt sich ein Gutteil der sachpolitischen Ausrichtung der Arbeiterkammer herauslesen, die eine Vielzahl von Zielgruppen umfasst. Diese beginnen im Falle der Bildungspolitik schon bei den Kleinkindern, für die unter anderem bedarfsgerechte Kinderbetreuung oder ein verpflichtendes, kostenfreies Vorschuljahr gefordert wird und setzen dann – ganz im Sinne des LLL-Lifelong Learning – über alle weiteren Altersgruppen und Lebensabschnitte fort: Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Sicherung der Qualität der Lehrlingsausbildung, Alternativen zum Sitzenbleiben, Berufs- und Bildungswegorientierung als eigenes Unterrichtsfach, bessere Vereinbarkeit von Studium und Beruf. Um möglichst viele Ausbildungswege für Erwachsene zu

öffnen, sollen im Sinne der Chancengerechtigkeit „basic skills“ wie Lesen, Schreiben, Englisch, Rechnen und EDV-Kenntnisse in jedem Alter aktualisiert oder vermittelt werden können. Der Ausbau des und die Unterstützung möglichst vieler auf dem Zweiten Bildungsweg, also beim Nachholen von formalen Bildungsabschlüssen im Erwachsenenalter, ist ein weiteres und weites Feld, das Arbeiterkammer und Gewerkschaft am Herzen liegt.

Wenn der Gesetzgeber der Arbeiterkammer das Recht einräumt, sich für die Interessen ihrer Mitglieder, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzusetzen, dann muss er ihr auch dafür Möglichkeiten und Wege einräumen. Formal ist dies der Weg der Gesetzesbegutachtung. Die Arbeiterkammer hat wie auch die anderen Sozialpartner das Recht, ihre Meinung zu Verordnungs- und Gesetzesentwürfen abzugeben, um so auf die Gesetzeswerdung Einfluss zu nehmen. Allein in der AK Wien hat die Abteilung Bildungspolitik im Jahre 2009 rund 40 Stellungnahmen an Ministerien, Landesbehörden oder auch an die Europäische Kommission verfasst. Häufig werden diese Stellungnahmen durch Gespräche und Verhandlungen zwischen den ExpertInnen der Arbeiterkammer und denen des zuständigen Ministeriums, aber auch mit ParlamentarierInnen begleitet. Es kann klug und effizient sein, dabei BündnispartnerInnen aus anderen Organisationen zu finden. Die politische Dimension dieses Verfahrens wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass sein Erfolg nicht nur von der Sache, sondern auch wesentlich von der jeweiligen Zusammensetzung der Bundesregierung abhängt.

Es ist der Arbeiterkammer aber auch möglich, selbst legislativ zu werden. So hat sie die entscheidenden Impulse für das Zustandekommen der Bildungskarenz gesetzt. Dabei handelt es sich um die erstmalige Einführung einer gesetzlich festgeschriebenen Freistellung zum Zwecke der Weiterbildung bei aufrechter Dienstverhältnis.

In Angelegenheiten der Berufsbildung ist diesem Verfahren noch die Sozialpartnerschaft mit ihren Verbänden bei- bzw vorgeschaltetet. Sie besteht auf der Seite der ArbeitgeberInnen aus Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer und auf jener der ArbeitnehmerInnen aus Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Dadurch ist die AK gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern

Mitglied der Berufsausbildungsbeiräte auf Bundes- und Landesebene, welche z.B. die Einrichtung neuer oder die Änderung von bestehenden Lehrberufen initiieren kann. Basierend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und des Interessenausgleichs tragen die Sozialpartner ihre Konzepte, politischen Forderungen und Ideen auch in die Öffentlichkeit. Die Bildungspolitik betreffend geschah das im Jahre 2007 durch die Präsentation von „Chance Bildung“, eines Konzeptes zum lebensbegleitenden Lernen. (http://www.sozialpartner.at/sozialpartner/ChanceBildung_20071003.pdf)

Expertisen und Gremienarbeit

Die politische Bildungsarbeit der Arbeiterkammer erstreckt sich in ihrer Grobstruktur auf die Bereiche allgemeine Schulbildung, Berufsbildung, wobei die duale Ausbildung traditionell eine sehr eigenständige Rolle spielt, berufliche Weiterbildung bzw. Erwachsenenbildung und Hochschulbildung. Ähnlich lassen sich auch die Zuständigkeiten der beschäftigten ExpertInnen einteilen, wobei Schnittstellen und Überschneidungen der großen Gebiete verstärkt „fächerübergreifende“ Zusammenarbeit erfordern und diese auch entwickelt wird. Neben der hausinternen Zusammenarbeit gibt es intensive Verbindungen und inhaltliche Abstimmung mit den Fachgewerkschaften bzw. mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Die für die Entwicklung von interessenpolitischen Positionen notwendige Grundlagenarbeit ist aus Kapazitätsgründen nur zum Teil hausgemacht. Daher gehört es auch zu den Aufgaben der Kolleginnen und Kollegen, Studien an Forschungseinrichtungen zu vergeben, sie inhaltlich zu begleiten und die Ergebnisse so aufzubereiten, dass sie für verschiedene Arten der Öffentlichkeitsarbeit taugen. Dabei kann es sich um die Erstellung einer Fachpublikation handeln, um die Abhaltung einer Pressekonferenz oder die Organisation einer Fachkonferenz oder einer breit angelegten Publikumsveranstaltung. Selbstverständlich stehen die ExpertInnen der Arbeiterkammer auch für externe Auftritte zur Verfügung. Die Vertretung der Arbeiterkammer in vielen verschiedenen Beiräten, interministeriellen Arbeitsgruppen und vielen anderen Fo-

ren auf Landes- und Bundesebene gehören ebenfalls fix zur interessenpolitischen Arbeit. Seit dem EU-Beitritt Österreichs hat die Bildungspolitik auch für die Arbeiterkammer eine europäische Komponente, denn die Europäische Union ist bemüht, die Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene bei der Umsetzung des Programms für Lebenslanges Lernen einzubinden.

Information, Service, Initiativen für LehrerInnen

Im öffentlichen Bewusstsein wird die „AK“ am häufigsten mit arbeits- und sozialrechtlicher Beratung assoziiert. Sie ist seit jeher das Flaggschiff der von der Arbeiterkammer angebotenen Serviceleistungen. Es ist aber durchaus beachtlich, wie sehr sich die Serviceleistungen auch des Bildungsbereiches entwickelt haben. Ein Blick auf AK-Portal Bildung (<http://www.arbeiterkammer.at/bildung.htm>) zur Zeit des Entstehens dieses Artikels zeigt folgende Angebote und Informationen: AK-Bildungsförderung, Berufsreifepfprüfung, Berufsschule, Berufsorientierung, Arbeiten neben dem Studium, Bildungsberatung, Besondere Schulbeihilfe, Ferialjob, Neues bei der Bildungskarenz, Checkliste Lehrgänge. Die Themen und Serviceleistungen ließen sich beliebig fortsetzen, wobei die einzelnen Länderkammern ihr Angebot ganz nach ihren regionalen Bedürfnissen gestalten, was das Arbeiterkammergesetz bewusst ermöglicht. Es liegt in der Autonomie der einzelnen Länderkammern, was sie ihren Mitgliedern an Serviceleistungen anbieten. Das ist, wenn man will, ein Produkt ihrer aktuellen Politik.

Wo sonst, wenn nicht in der pädagogischen Taschenbuchreihe „schulheft“, wäre es besser angebracht, auf „Arbeitswelt & Schule“ (www.arbeitsweltundschule.at) einzugehen. Mit dieser Initiative wollen AK und ÖGB gemeinsam mit den Lehrenden Jugendliche auf die Arbeits- und Berufswelt vorbereiten. Das Angebot für die LehrerInnen und immer mehr auch für SchülerInnen reicht von Unterrichtsmaterialien über Seminare und Planspiele bis hin zu interaktiven Webquests. Inhaltlich geht es um Berufsorientierung, Politische Bildung, Sozialpartnerschaft, Arbeitsrecht, Migration, Ferialpraktika etc. Ziel ist die Vermittlung eines realitätsgerechten und kritischen Bildes der Arbeitswelt.

Ein Haus für die Bildung

Um ihr Bildungsangebot an die Mitglieder zu bringen, verfügen die meisten der Arbeiterkammern in den Bundesländern auch über entsprechende Infrastruktur, wie z.B. ein „Bildungshaus“ oder ein „Bildungszentrum“. Vieles, was dort an Aktivitäten stattfindet, ist aus der jeweils aktuell verfolgten Bildungspolitik der Arbeiterkammern ableitbar. Stellvertretend für die Bildungseinrichtungen der anderen Arbeiterkammern sei hier auf das neu gestaltete Bildungszentrum der AK Wien eingegangen. Das Bildungszentrum der AK Wien ist Veranstaltungsort, permanente Kurseinrichtung und workshopzentrum.

Im Format einer Großveranstaltung mit ca 8000 BesucherInnen findet dort jedes Jahr die sogenannte „L14“, eine Messe zur Berufsorientierung für alle Vierzehnjährigen und ihre LehrerInnen statt. Viele, natürlich kleinere Veranstaltungen richten sich an Bildungsfachleute aus den verschiedensten Bereichen und werden oft in Kooperation mit Gewerkschaft, Ministerien oder NGOs ausgerichtet. Exemplarisch sei dazu eine Veranstaltungsreihe des Jahres 2008/09 genannt: Innerhalb von nur 8 Monaten haben sich fünf einschlägige „LLL-Konferenzen“ mit den wichtigsten Aspekten des lebensbegleitenden Lernens befasst.

Was das Kursangebot betrifft, reicht das Spektrum vom 10 Monate dauernden Intensivprogramm für BetriebsrätInnen (SOZAK) bis zu mehrtägigen Fort- und Weiterbildungskursen für FunktionärInnen (von GewerkschafterInnen bis LaienrichterInnen), MitarbeiterInnen der AK und andere Gruppen. Mit einem „workshopzentrum“ konzentriert das räumlich sehr flexible Haus das gesamte Veranstaltungsangebot von „Arbeitswelt & Schule“ an einem Ort, nämlich Wirtschaftsplanspiele, Bewerbungstrainings, LehrerInnenfortbildungsseminare usw.

Politische Kraft oder Serviceorganisation?

Die Antwort auf die Frage, ob die Arbeiterkammer in Sachen Bildung eine politische Kraft oder eher eine Serviceorganisation für ihre Mitglieder ist, lautet: sowohl als auch. Das Informations-, Service- und Bildungsangebot der Arbeiterkammer kann nicht

unabhängig von ihrer Politik betrachtet werden. Zum Teil werden Dinge angeboten, die aus Sicht der AK für ArbeitnehmerInnen sinnvoll sind und weder vom Staat noch von einer anderen Seite zur Verfügung gestellt werden. Wenn dies politisch gewünscht ist, kann ein bestimmtes Serviceangebot auch über den Kreis der Mitglieder hinausgehen, wie zum Beispiel bei „Arbeitswelt & Schule“, einer Initiative für LehrerInnen (und SchülerInnen), die ja im Falle öffentlich Bediensteter keine AK-Mitglieder sind. Jedenfalls ist ein Trend zur Verstärkung des Mitgliederservice zu beobachten bzw. die Erweiterung von Leistungen, die für die Mitglieder persönlich erlebbar und unmittelbar der AK zurechenbar sind.

Thomas Kreiml, Dwora Stein, GPA-djp

Die Bildungspolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes basiert auf einem breiten Verständnis von Bildung, das sozialpolitische Anliegen verfolgt

Geschichtliche und strukturelle Hintergründe der gewerkschaftlichen Bildungspolitik in Österreich

Grundsätzlich hat sich die österreichische Gewerkschaftsbewegung immer einem breit angelegten bildungspolitischen Auftrag verschrieben. Ohne eine breite Auslegung wäre die Entwicklung einer eigenständigen gewerkschaftlichen Bildung, wie sie sich in Österreich spätestens in den 1920er Jahren etablierte, kaum zu erklären. Der Aufbau von gewerkschaftlichen Schulungseinrichtungen entsprach einer konsequenten Umsetzung bildungspolitischer Forderungen, wobei die primäre Zielgruppe Erwachsene waren. Das vordergründige Anliegen bestand darin, die Unzulänglichkeiten des selektiven allgemeinen Bildungssystems zu kompensieren und ArbeitnehmerInnen den Zugang zu Elementarbildung zu ermöglichen. Mit ihren Angeboten reagierte die Gewerkschaftsbewegung auf gesellschaftliche Bedürfnisse bzw. Notwendigkeiten im Bereich der Bildung. Gleichzeitig erfüllte

sie damit einen weiter gefassten bildungspolitischen Auftrag als ausschließlich eine Interessenvertretung oder „Service-Organisation“ für Beschäftigte zu sein.

Durch den Ausbau von Kursangeboten wurde die eigenständige gewerkschaftliche Bildungsarbeit bis heute weiterentwickelt. Dabei verzichtete der überparteiliche *Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)* nach dem zweiten Weltkrieg auf ein Monopol in der Bildungsarbeit und setzte auf dezentrale Schulungsmaßnahmen. Heute stellt der *Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB)* die wesentliche Koordinationsinstanz der gewerkschaftlichen Bildungsangebote in Österreich dar und trägt die Umsetzung bildungspolitischer Positionen des ÖGB entscheidend mit. Die hunderten Seminare, die der VÖGB jährlich anbietet, erfreuen sich großer Beliebtheit bei der Gewerkschaftsbasis. Die Fernlehrgangsskripten zu arbeitnehmerInnenrelevanten Themen von Arbeitsrecht bis zu sozialer Kompetenz sind ein international anerkanntes Vorzeigeprojekt.

Geschichtlich betrachtet kann die Erwachsenenbildung daher als Kernbereich der Umsetzung eines breiter angelegten bildungspolitischen Selbstverständnisses des ÖGB betrachtet werden. Hier wurden die bildungspolitischen Forderungen nach Chancengleichheit durch eigene Bildungsangebote untermauert und aktiv unterstützt. Durch das Angebot eigener Bildungsmaßnahmen konnte allerdings immer nur auf von Gewerkschaftsseite selbst festgestellte gesellschafts- und bildungspolitische Defizite reagiert werden: Bildung für Beschäftigte, zumeist Erwachsene, sollte zu ihrer Höherqualifizierung führen, ihre Chancen zunächst im Erwerbsprozess und darüber hinaus in der Gesellschaft verbessern und so zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Das Spektrum der bildungspolitischen Forderungen des ÖGB geht aber weit über die Erwachsenenbildung als ursprünglichen Kernbereich gewerkschaftlicher Bildungsarbeit hinaus und bezieht sich auf alle Ebenen des Bildungssystems, von der Grundbildung bis zur tertiären Bildung und zum Bereich der allgemeinen und betrieblichen Weiterbildung. Dabei wird Bildung nicht isoliert betrachtet, sondern immer eingebettet in die herrschenden sozialen Verhältnisse.

Ansätze und Kennzeichen eines weiten Verständnisses von Bildungspolitik im ÖGB

Im Sommer 2009 hat der ÖGB am 17. ÖGB-Bundeskongress unter anderem auch sein bildungspolitisches Grundsatzprogramm beschlossen. Gemäß der überparteilichen Verfasstheit des ÖGB waren die Diskussionen zum Kapitel „Bildungspolitik“ im Vorfeld des Beschlusses durch unterschiedliche Auffassungen geprägt. Das Endergebnis trägt in weiten Bereichen den klassischen Forderungen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit Rechnung, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

Bildung ist als soziales Grundrecht für alle Menschen zu verstehen und Bildungspolitik hat in ihrer staatlichen Verantwortung sicherzustellen, dass dieses soziale Grundrecht auf allen Ebenen des Bildungssystems auch einlösbar ist.

Aus Sicht des ÖGB ist das Ziel von Bildungspolitik die Schaffung sozialer Durchlässigkeit und der Ausbau von Möglichkeiten zur Bildungsteilnahme für alle Bevölkerungsschichten. Besonderes Augenmerk gilt dabei sozial benachteiligten Gruppen, die am häufigsten von Bildungswegen, die über Elementarbildung hinausgehen, ausgeschlossen sind. Im Kapitel „Bildungspolitik“ des beschlossenen ÖGB-Grundsatzprogramms heißt es dazu einleitend: „Das Recht auf Bildung muss Grundbildung, berufliche Erstausbildung, weiterführende Bildung und lebensbegleitende Weiterbildung gleichermaßen umfassen – ohne soziale Schranken wegen Herkunft, Geschlecht, Einkommen, Art der Berufstätigkeit oder Betreuungspflichten.“ (ÖGB: Stark. Sozial. Gerech. Grundsatzprogramm beschlossen beim 17. ÖGB-Bundeskongress 2009, S. 25.)

Dass der ÖGB bis heute ganz klar einen breiten bildungspolitischen Anspruch verfolgt, geht schon alleine aus seinem breiten bildungspolitischen Forderungskatalog hervor. Dieser umfasst alle Bereiche des Bildungssystems vom Kindergarten und der Grundschule über die verschiedenen Formen der allgemein- und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen wie auch der Lehrlingsausbildung bis zu tertiären Bildungsformen und darüber hinaus auch die Weiter- und Erwachsenenbildung sei es in den Betrieben oder im arbeitsmarktpolitischen Kontext. Bei Fra-

gen zur organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung des österreichischen Bildungssystems bringt der ÖGB seine Positionen und Forderungen in allen genannten Bereichen ein. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie grundsätzlich die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Bildungsfragen und damit verbundene sozialpolitische Ziele im Blick haben.

Bildungspolitische Positionierung von Österreichischem Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)

Das Verhältnis zwischen ÖGB und GÖD und ihren bildungspolitischen Positionen lässt sich anhand wesentlicher Kernaufgaben verdeutlichen, die der ÖGB als politische Bewegung verfolgt:

- Zum einen entwickelt und vertritt die österreichische Gewerkschaftsbewegung Positionen in allen Politikbereichen (unter anderem Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik) und bringt sich aktiv in politische Gestaltungsprozesse ein.
- Zum anderen besteht ihre Rolle in der Interessensvertretung ihrer Mitglieder. In dieser Rolle setzt sie sich für die Rechte und Anliegen der Beschäftigten in verschiedenen Bereichen einsetzt.

Während der erst genannte Aufgabenbereich als „weite“ Auslegung eines gewerkschaftlichen Auftrages im Sinne einer die Gesellschaft in allen Bereichen mitgestaltenden Kraft verstanden werden kann, kann das zweite Aufgabengebiet als „enge“ Interpretation bezeichnet werden. Ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem Selbstverständnis nach *muss* die österreichische Gewerkschaftsbewegung beide Positionen berücksichtigen.

Im Falle der Bildungspolitik übernimmt der ÖGB dabei als Gesamtorganisation die Agenden im Rahmen eines breit angelegten bildungspolitischen Auftrags.

Das heißt, er betrachtet bildungspolitische Positionen, Forderungen und Entscheidungen stets unter dem Fokus ihrer sozialpolitischen Konsequenzen. Mehr noch: die eigenständige Bildungspolitik des ÖGB ergibt sich konsequenterweise gerade aus den sozialpolitischen Zielsetzungen, die die Gewerkschaftsbewegung seit jeher verfolgt. Der ÖGB setzt sich für mehr Gleich-

berechtigung und eine gerechtere Verteilung von Chancen und Möglichkeiten jedes bzw. jeder Einzelnen in der Gesellschaft ein. Dafür ist es notwendig, die Situation sozial Benachteiligter besonders zu berücksichtigen und mehr soziale Durchlässigkeit durch den Abbau von Barrieren zunächst vor allem im Bildungssystem zu schaffen.

Für den enger ausgelegten gewerkschaftlichen Auftrag der Interessenvertretung zeichnen demgegenüber vor allem die Gewerkschaften verantwortlich, wobei auch diese in unterschiedlichem Maße weiter gefasste bildungspolitische Positionen entwickeln und vertreten.

Im Bildungsbereich übernimmt die Hauptrolle der Interessenvertretung die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), die die LehrerInnen und Lehrer vertritt und sich für gute Arbeitsbedingungen und die arbeitsrechtliche Absicherung der Beschäftigten im öffentlichen Bildungswesen einsetzt.

Daneben sollte allerdings nicht übersehen werden, dass andere Gewerkschaften, insbesondere die Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), dieselbe Aufgabe in anderen Bereichen des Bildungssystems, von der Kindergartenpädagogik bis zur Erwachsenenbildung in privaten Bildungseinrichtungen, übernehmen. Hier konnten erst kürzlich Fortschritte in den Kollektivverträgen für die Beschäftigten in diesen Bereichen sowie positive Gehaltsabschlüsse in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern erzielt werden. Die Basis der Interessensvertretung, für die die Gewerkschaften hier zuständig sind, besteht in der demokratischen Legitimation von FunktionärInnen, die von BetriebsrätInnen und Mitgliedern gewählt und für Verhandlungen nominiert werden. Die auf diese Weise organisierte Mitbestimmung ist auch maßgeblich für die inhaltliche Ausrichtung von Maßnahmen im Rahmen der Interessensvertretung verantwortlich.

Eine prinzipiell berechtigte Frage ist allerdings, ob der ÖGB seinem eigenen breiten bildungspolitischen Anspruch auch gerecht wird bzw. gerecht werden kann. In bildungspolitischen Debatten drängt sich diese Frage häufig dann auf, wenn die Aufgaben der (bedeutendsten) LehrerInneninteressenvertretung durch die GÖD in der medialen Öffentlichkeit stärker wahrgenommen

werden als die bildungspolitischen Positionen des ÖGB. Die Aufgaben der Interessensvertretung sind damit ebenfalls Teil der gewerkschaftlichen Bildungspolitik. Dies ist einerseits eine zusätzliche Ergänzung des breiten Bildungsverständnisses der Gewerkschaften. Andererseits ist angesichts dieser Vielfalt an bildungspolitischen Positionierungen und Aufgaben auch das Auftreten von widersprüchlichen Anforderungen zwischen ÖGB und Gewerkschaften nicht ganz auszuschließen.

Von Interesse ist dabei sicherlich auch, welche Inhalte im ÖGB-Grundsatzprogramm zur Bildungspolitik *nicht* festgeschrieben sind. Hier finden sich allgemeine Forderungen zur strukturellen Gestaltung des Bildungssystems und hauptsächlich Forderungen, die die Lernenden und ihre Bildungsmöglichkeiten im Blick haben. Das ist auch gut so. *Ausgeblendet bzw. nicht dezidiert durch Forderungen erfasst* ist zum Beispiel der Bereich, der die Beschäftigung in Schulen und Hochschulen, das heißt, die Arbeitsgestaltung sowie die materielle und arbeitsrechtliche Absicherung betrifft. Dieses Feld bleibt weitestgehend dem Zuständigkeitsbereich der gewerkschaftlichen Interessensvertretung überlassen. Die einzelnen Gewerkschaften übernehmen hier, wie bereits beschrieben, die Verantwortung für ihre Beschäftigtengruppen.

Die österreichischen Gewerkschaften bewegen sich zusammengefasst in einem breiten Spektrum bildungspolitischer Agenden. Der ÖGB als Dachorganisation ist maßgeblich für die allgemeine bildungspolitische Ausrichtung zuständig, wobei er eine an sozialpolitischen Zielsetzungen orientierte Bildungspolitik verfolgt. Das primäre Anliegen besteht in der Schaffung eines durchlässigen Bildungssystems, das Zugangs-, Karriere- und Lebenschancen auf allen Ebenen ausweitet und auf alle Bevölkerungsgruppen gerechter verteilt. Die Gewerkschaften, insbesondere auch die GÖD, vertreten die Interessen der im Bildungswesen beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Auf dieser Basis erfüllen sie zwar einen „enger“ gefassten Auftrag, ihre Positionen und Forderungen wirken sich aber ebenfalls auf bildungspolitische Gestaltungsprozesse aus. Die jeweils eingeschlagene Richtung des ÖGB ist in dieser Hinsicht immer das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen den unterschiedlichen Ansprü-

chen von Gewerkschaftsmitgliedern, gewerkschaftlichen Fraktionen und Gewerkschaften, die im ÖGB gemäß seiner demokratischen Struktur zusammengefasst werden.

Peter Korecky – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Ich sehe, im Gegensatz zum übermittelten Text, die Position der österreichischen Gewerkschaften und des ÖGB eher in der zweiten Definition, also in einer „weiten“ Interpretation als politische Kraft mit bildungspolitischen Auftrag. Das gilt insbesondere für den ÖGB selbst, aber auch für alle Teilgewerkschaften, wie GÖD, GPA und GdG, die sich in einem vertretungsmäßigen Naheverhältnis zu Bildungsberufen befinden. Nun kann man vielleicht in Zentraleuropa hier noch graduelle Unterschiede finden (obwohl ich auch hier meine, dass sich die grundsatzpolitischen Abteilungen etwa der GPA nicht vor der GEW verstecken müssen). Im Vergleich zu mitgliederstarken skandinavischen Gewerkschaften, die sich viel „serviceorientierter“ verstehen, agieren zentral-europäische Gewerkschaften „hochpolitisch“. In den neuen EU-Mitgliedstaaten, aber leider auch in vielen südlichen Ländern, kann der vorhandene Wille, sich als politische Kraft zu etablieren oft nicht mit den realpolitischen Möglichkeiten mithalten, sodass man bei solchen Vergleichen auch darauf achten müsste, in welcher Relation die verbale Reformkraft zur tatsächlichen Umsetzung gesellschaftspolitischer Konzepte steht.

In Österreich lässt sich die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht von der Geschichte der Bildungsbewegung trennen. Das bewirkt bis heute, dass Bildungspolitik in der Gewerkschaft als Befreiungspolitik und als Chance der Selbstverwirklichung für ArbeitnehmerInnen gesehen wird. Es bewirkt aber auch, dass „einfachste“ bildungsreformatorische Ansätze schneller zu Kulturkampfrhetorik werden als in sachpolitische Diskurse zu münden. Diese „ad-hoc Ideologisierung“ jeglicher bildungspolitischer Thematik leistet aber auch Vorschub für eine permanente „Verschmierung“ von gesellschafts-, bildungs- und standespoli-

tischen Momenten. (Aufgabe: Analysiere unter obigen Gesichtspunkten das Wortspiel „Ganztagsschule = Zwangtagsschule“.) Trivialerweise wächst der standespolitische Anteil je näher wir uns bei den (konservativen) Berufsgruppenvertretern befinden. Aber auch dort werden oft berufsgruppenspezifische Argumente vorgeschoben, um gesellschaftspolitische (z.B. familienpolitische) Ziele verdeckt anzustreben. Realpolitisch profitiert aber auch die Bildungspolitik des ÖGB von den sozialpartnerschaftlichen Strukturen der Nachkriegszeit. So hat Schwarz-Blau zwar generell demokratiepolitische Defizite produziert (z.B. bei der studentischen Mitbestimmung), aber dennoch grundsätzliche Spielregeln der Sozialpartnerschaft eingehalten, sodass auch bildungspolitische Konzepte immer „in Verhandlung“ waren (was immer für Resultate dabei rauskamen).

Ich glaube, die gesellschaftspolitische Position des ÖGB in Bildungsfragen ist relativ leicht nachlesbar. Da die stärkste politische Umsetzbarkeit wohl dann gegeben ist, wenn sich die Sozialpartnerschaft einig ist, sollte wohl auf das Bad Ischler Papier (2007) verwiesen werden: „Chance Bildung – Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie.“

Darin werden neben allen Erziehungs-, Schul- und Hochschulbereichen zentrale Reformfelder, Durchlässigkeit und Transparenz, Berufsorientierung und Bildungsberatung bis hin zu Beiträgen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens angesprochen. Eigentlich sensationell, worüber sich Arbeiterkammer, ÖGB, Wirtschaftskammer und Industrie (die Landwirtschaftskammer musste von einigen familienpolitischen Aspekten mehrheitlich „überzeugt“ werden) in Österreich einig wären.

Allerdings auch ein Beweis dafür, dass es nicht nur auf Positionen ankommt, sondern auch auf Wille und Macht, sie umzusetzen.

In Österreich hat sich mit der Etablierung der Sozialpartnerschaft in den 50er Jahren und der parteipolitischen Anbindung an SPÖ (ÖGB, Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, GdG) und ÖVP (GÖD) eine „unpolitische“, die Mitglieder stellvertretende Haltung durchgesetzt, eine Art von mehr oder weniger aufgeklärtem Funktionärs-Absolutismus, also die „Service“-Orientierung und das Aushandeln für arbeitnehmerfreundliche Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitregelungen und Einkommen auf höchster Ebene. Bildungspolitisch wurden die ÖGB-Forderungen in der Regel so allgemein gehalten, dass sie auch mit den ÖVP-Positionen der FCG in der GÖD vereinbar waren. Beispiel dafür ist der jahrzehntelang geübte Verzicht auf die explizite Forderung nach der Gesamtschule.

Im Zug der Aufarbeitung der ÖGB-Krise und vermutlich auch als Reaktion auf die von der FCG (und FSG) der GÖD angedachten Umwandlung dieser ÖGB-Teilgewerkschaft in eine weitgehend unabhängige FCG-Großgewerkschaft ist es zu einer bildungspolitischen Re-Politisierung des ÖGB gekommen. Das von GPA-djp und AK gemeinsam organisierte 3. Dallinger-Symposium 2008, das übrigens auf eine Initiative der Unabhängigen GewerkschafterInnen/UG zurückgeht, und die Debatte und Beschlussfassung beim ÖGB-Kongress 2009 waren gewerkschaftliche Versuche des bildungspolitischen Eingreifens in die von ÖVP und ÖVP und FCG/GÖD blockierte Gesamtschuldebatte.

Die FCG-Mehrheit in GÖD und in den LehrerInnengewerkschaften hat im Gegensatz zum ÖGB besitzstandswahrende Bildungspolitik gemacht, egalitäre gewerkschaftliche Ansätze blockiert und wie die FSG in den übrigen Gewerkschaften des ÖGB „unpolitische“ „Service“- und Stellvertreterpolitik betrieben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die 2009 erfolgte Ablöse des GÖD-Vorsitzenden und ÖVP-Spitzenpolitikers Neugebauer und seines ÖAAB-Sekretärs Amon durch bildungs- und gesellschaftspolitisch und in der Schulfrage reformorientierten ÖVP-FunktionärInnen. Die FCG-ÖVP-FunktionärInnen der 5 (!) LehrerInnengewerkschaften der GÖD sind ideologisch und stan-

despolitisch gegen notwendige Schulreformen. Gegen die Überwindung der sozialen Selektion und des Nebeneinander APS/AHS, d.h. gemeinsame Schule, Ganztagschule und die Vereinheitlichung von Ausbildung (Universität/Master) und (Bundes-)Dienstrecht aller LehrerInnen haben sich die AHS-Gewerkschaft (BundeslehrerInnenGesamtschule) und die Pflichtschul-Gewerkschaft der LandeslehrerInnen (gemeinsames Bundesdienstrecht) zuletzt mit ihrem „Anti-Schmied“-Personalvertretungswahlkampf 2009 profiliert. Es gibt aber auch Opposition in den LehrerInnengewerkschaften und in der GÖD, eine überparteiliche Opposition. Die KollegInnen der Österreichischen LehrerInnen-Initiative-Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD (UG/GÖD) treten schultypenübergreifend für soziale und demokratische Bildungsreformen ein und argumentieren in der GÖD und im ÖGB gegen die FCG/ÖVP für eine offensive Bildungs- und Budgetpolitik: Keine Angst vor Reformen – Her mit der Bildungsmilliarde! Sie vertreten in den LehrerInnengewerkschaften derzeit rund 20% der KollegInnen in den Gremien der Personalvertretung und Gewerkschaft.

Harald Walser – Bildungssprecher der Grünen

In Österreich ist die GÖD, vor allem im Auftreten nach außen, fast ausschließlich eine Interessensvertretung. Durch ihre reformkritische Haltung und eine unschwer feststellbare Angst vor jeder Veränderung des Schulsystems gehört sie zu den beharrenden Kräften im Bildungsbereich. In vielen anderen Ländern treten Gewerkschaften sehr viel offensiver in bildungspolitischen Fragen auf, teilweise sind Lehrerergewerkschaften sogar treibende Kraft in bildungspolitischen Diskussionen (z.B. die GEW in Deutschland).

Der GÖD ist es gelungen, die Verhinderung von Reformen und die Angst vor grundlegenden Veränderungen als Sicherheit für eine als teilweise privilegiert empfundene Stellung von LehrerInnen zu vermitteln. Diese arbeiten in einem seit Jahrzehnten

gewachsenen Schulsystem, welches auf Grund von Alter, Größe und Struktur nur sehr schwer verändert werden kann. In diesem System nehmen LehrerInnen eine herausragende Stellung ein und bekommen bzw. bekamen auch entsprechende Vorteile (etwa durch Pragmatisierungen, hohe Endgehälter und den Beamtenstatus). Innergewerkschaftlich ist eine Veränderung (etwa in der Fraktion UGÖD) in diesen Bereichen erkennbar, da Privilegien stark abgebaut wurden und Einsparungsmaßnahmen bei den LehrerInnen deutlich spürbar wurden. Auf Änderungen im Schulsystem reagiert die Gewerkschaft daher verständlicherweise empfindlich.

Es ist vieles in Bewegung geraten. Große Teile der Lehrerschaft erkennen, dass grundlegende Reformen notwendig sind. In Vorarlberg hat bspw. bei den Personalvertretungswahlen auch im Bereich der AHS-LehrerInnen mit der Vorarlberger LehrerInnen-Initiative (VLI) eine Gruppierung die absolute Mehrheit erhalten, die offensiv für die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen eintritt. Das System selbst und seine Mehrgliedrigkeit ist innerhalb der Gewerkschaft nicht mehr unumstritten. Die Frage eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts ist in Bewegung, es gibt viel Bereitschaft zur Mitwirkung an einer neuen Regelung.

Christoph Butterwegge

Armut in einem reichen Land

Wie das Problem verharmlost oder verdrängt wird

Frankfurt am Main/New York (Campus Verlag) 2009

376 Seiten, ISBN-Nr. 978-3-593-388867-0

Was Christoph Butterwegge Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Köln, am Verhältnis der deutschen Gesellschaft, Politik und deren Medien zur Armut aufzeigt, gilt in abgeänderter Form natürlich auch für österreichische Verhältnisse. Parallelen ergeben sich nahezu zwingend. Gegliedert ist die Arbeit Butterwegges in drei Hauptbereiche: Begriffsdefinition und Bestandsaufnahme – (Zerr-)Bilder der Armut, wie man das Problem leugnet, verharmlost und verdrängt – Wege und Irrwege der Armutsberichte. Die detail- und quellenreiche Bearbeitung des Themas lässt sich inhaltlich kurz zusammenfassen:

Zu keinem Zeitpunkt hat sich die deutsche Gesellschaft ernsthaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistenteils ignoriert, negiert oder relativiert. „Armut in Deutschland“ ist zuletzt aus einem Tabu- beinahe zu einem Topthema geworden, das in Talkshows über die Wirkung der sog. Hartz-Gesetze, die Angst der Menschen vor einem sozialen Absturz, den Zerfall der Mittelschicht oder die Folgen der Weltfinanzkrise sehr häufig erörtert wird. Man spricht jetzt zwar viel mehr über Armut, nimmt sie aber ebenso wenig als gesellschaftliches Kardinalproblem wahr und ernst wie in der Vergangenheit. Die in der wohlhabenden Bundesrepublik zunehmende Armut wird deshalb auch nicht konsequent bekämpft, sondern immer noch geleugnet, verharmlost und verschleiert. Wie das geschieht, zeigt uns der Verfasser an zahlreichen Beispielen aus Politik, Massenmedien und Wissenschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Massenelend, Wohnungs- und Hungersnot nur selten als Folge der Klassenspaltung, überkommener Herrschaftsverhältnisse oder ungleicher Verteilungsrelationen, sondern als von den Alliierten oktroyierte

und von der Regierung nicht zu beeinflussende Kriegslast betrachtet. Im folgenden Wirtschaftsaufschwung ging die Armut zurück, verschwand aber nicht. „Armut“ entwickelte sich aus einem Reizwort im Kalten Krieg während der Prosperitätsperiode mehr und mehr zu einem politischen Unwort. Auch die Soziologie verzichtete darauf, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, da man weder von Klassengesellschaft noch über die Gesellschaftsklassen sprechen wollte.

Die Kennzeichnung der Ökonomie als „Soziale Marktwirtschaft“ verlieh dem Nachkriegskapitalismus ein positives Image. Erst im Gefolge der Rezession 1966/67 einerseits, sowie der Schüler- und Studentenbewegung bzw. der Außerparlamentarischen Opposition andererseits wurde die Armut in der BRD wieder wahrgenommen, wenn auch meist als Problem von Randgruppen.

Mit Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik verband sich die Zielsetzung einer größeren Verteilungsgerechtigkeit. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 führte zu einem Kurswechsel in der Sozialpolitik. Mit der Kürzung der Sozialleistungen wollte man die öffentlichen Finanzen konsolidieren und private Investitionen stimulieren, förderte damit jedoch die Armut. Während der 80er Jahre vollzog sich eine Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, deren Schlechterstellung zuerst im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde. Durch den Zusammenschluss von BRD und DDR verlagerte sich die Armut in Deutschland stärker nach Osten, wohingegen das Altbundesgebiet von einem „Vereinigungsboom“ profitierte. Die neue Armut war ein Strukturproblem, das als solches entweder nicht erkannt oder bewusst negiert wurde. Die Versprechen der rot-grünen Koalition eine ganz andere Sozialpolitik zu machen, von der die Armen profitieren sollten, täuschten. Hartz IV sollte durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt den Staatshaushalt entlasten und durch die Einschüchterung der Betroffenen mehr „Beschäftigungsanreize“ im Niedriglohnbereich schaffen.

Seit der Begriff „Bildungsarmut“ in die deutsche Fachdebatte eingeführt wurde, tut man so, als könne eine gute Schul- oder

Berufsausbildung verhindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Bildung ist jedoch keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, denn wenn sie alle Kinder und Jugendlichen erhalten, konkurrieren diese am Ende womöglich auf einem höheren Bildungsniveau, aber nicht mit besseren Chancen um fehlende Lehrstellen und Arbeitsplätze. Bildungs- und Kulturarmut begründen keine Armutskultur, sondern sind primär Folge materieller Entbehrung, sie basiert auf materieller Unterversorgung und Benachteiligung in anderen Lebensbereichen. Gute (Weiter) Bildung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Chancengleichheit im Berufsleben. Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, man darf sie nicht dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend privatisieren, sondern muss sie öffentlich finanziert ausbauen. Je weniger die öffentliche Hand infolge falscher Steuerpolitik die materielle Unterversorgung von Familien kompensiert, umso mehr Kinder leiden an Bildungsarmut. Die negative Auswirkung von „Sparmaßnahmen“ im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich wie auch bei den Zuschüssen zum öffentlichen Nahverkehr beeinträchtigen die Zukunftsperspektiven kommender Generationen.

Die „Wiederentdeckung“ der Armut im öffentlichen Bewusstsein brachte statt eines Paradigmenwechsels bzw. Politikwechsels ideologisch motivierte Abwehrreflexe. Entweder wurde der einzelne Betroffene für seine Misere verantwortlich oder der Staat zum Sündenbock gemacht. Armut und Reichtum sind keine unsozialen Kollateralschäden der Globalisierung, sondern im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktional, d. h. Strukturmerkmal und Funktionselement einer kapitalistischen Marktgesellschaft im Zeichen der Restrukturierung aller Lebensbereiche nach dem Konkurrenzparadigma und neoliberalen Modellvorstellungen. Die große Koalition begünstigte durch eine Erbschaftssteuerreform die Reichen und Superreichen, die Spaltung in Arm und Reich wird verschärft. Die Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer trifft tagtäglich die Hart, die praktisch ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken müssen. Reichtumsmehrung statt Armutsverringering – so lautete

das heimliche Regierungsprogramm der Großen Koalition, bei dessen Durchsetzung sich die CSU – durch die FDP angefeuert – besonders hervortat, während die SPD zögerte und zauderte, aber letztlich immer zustimmte. Die Steuerpolitik erfüllt das Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“.

Zu der zunehmenden Verelendung durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise kommt eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d. h. „öffentliche Armut“ in einem ungeahnten Ausmaß. Gleichzeitig wird sich der Reichtum noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn man dem nicht energisch entgegensteuert. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten und ihn die Firmenerben immer weniger mitfinanzieren, wird für die sozial Benachteiligten und die Bedürftigen kaum noch Geld übrig bleiben. Durch die im Grundgesetz und durch EU – Kriterien verankerte „Schuldenbremse“ lassen sich die Sparmaßnahmen eher als sonst legitimieren. Das soziale Klima wird erheblich rauer, bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Es wäre notwendig die Armutsforschung und Bildungsfragen zu politisieren, dass nach den klassenspezifischen und kapitalbedingten Ursachen gefragt wird.

Unter den Konzepten zur Armutsbekämpfung sticht das bedingungslose Grundeinkommen hervor. Dabei handelt es sich um eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates bricht sowie seine ganze Architektur bzw. Struktur zerstören würde. Wenn (fast) alle bisherigen, zum Teil nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistung zu einem Grundeinkommen verschmolzen würden, wäre das Ziel neoliberaler Reformer, einen „Minimalstaat“ zu schaffen und die Sozialversicherungen zu zerschlagen ganz nebenbei erreicht, was sich noch dazu als Wohltat für die Bedürftigen hinstellen ließe. Gleichzeitig böte die Refinanzierung des Grundeinkommens über indirekte, d. h. Konsumsteuern einen Hebel um die Unternehmenssteuern weiter zu senken und am Ende abzuschaffen. Letztlich würde ein bedingungsloses Grundeinkommen als „Kombilohn“ für alle

BürgerInnen wirken. Anstatt das bestehende Sozialversicherungssystem durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aus den Angeln zu heben, könnte man es zu einer solidarischen Bürgerversicherung ausbauen, das alle WohnbürgerInnen einbezieht und durch eine Sockelung der Leistungen im Sinne einer bedarfsorientierten Grundsicherung verhindert, dass Menschen durch die Maschen des „sozialen Netzes“ fallen. Sie müsste armutsfest, bedarfsdeckend und repressionsfrei sein.

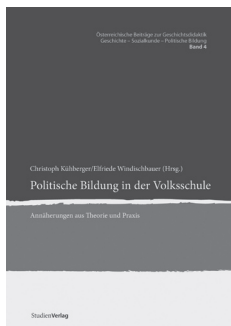
Elke Renner

Christoph Kühberger/
Elfriede Windischbauer (Hrsg.)
**Politische Bildung in der
Volksschule**

Annäherungen aus Theorie und Praxis
*Österreichische Beiträge zur Geschichts-
didaktik. Geschichte - Sozialkunde -
Politische Bildung, Band 4*

284 Seiten, zahlr. Tabellen und
Übersichtstabellen

€ 29.90/sfr 49.50; ISBN 978-3-7065-4894-6



In diesem Band werden konkrete Unterrichtsbausteine für die Volksschule entwickelt, wodurch die SchülerInnen schrittweise politische Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz erwerben können. Kinder in der Grundschule sind mit dem Politischen aus unterschiedlichsten Bereichen konfrontiert. Insbesondere seit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre scheint die Notwendigkeit einer möglichst früh einsetzenden altersgemäßen Politischen Bildung unumstritten. Gesellschaftliche Herausforderungen, wie z.B. die Medialisierung des Alltags, wirtschaftliche und ökologische Veränderungen sowie Krisenerscheinungen, welche die kindliche Lebenswelt mittel- oder unmittelbar berühren, stellen dabei an Erziehende und Lehrende zunehmend neue Herausforderungen.

Der vorliegende politikdidaktische Band beschäftigt sich auf theoretischer und praktischer Ebene mit den Möglichkeiten einer frühen Politischen Bildung. Anhand von Themen wie Werbung, Kinderrechten oder Nachhaltigkeit werden konkrete Unterrichtsbausteine für die Volksschule entwickelt, durch welche die SchülerInnen schrittweise politische Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz erwerben können.

Mit Beiträgen von Steffen Albach, Heinrich Ammerer, Petra Burgstaller, Roswitha Greinstetter, Nicole Henrich, Sabine Harter, Katrin Hauenschild, Sabine Hofmann, Christoph Kühberger, Volker Lampe, Sigrid Langer, Adelheid Schreilechner-Eder, Thomas Schuster, Regina Steiner, Tina Widmann und Elfriede Windischbauer.

StudienVerlag

Innsbruck
Wien
Bozen

A-6020 Innsbruck • Erlenstraße 10

T: 0043/512/395045 • F: 0043/512/395045-15
order@studienverlag.at

Portofrei mit Rechnung: www.studienverlag.at

AutorInnen

Bethge Horst, Mitglied des Sprecherteams der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung „der Linken“ und der PädagogInnen für den Frieden

Bogdan Gaby, Lehrerin, Personalvertreterin für apflug, Mitglied im Zentralausschuss der Wiener LandeslehrerInnen

Horak Bernhard, Mitarbeiter der Abteilung Bildungspolitik in der AK Wien

Korecky Peter, Vorsitzender Stellvertreter FSG, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Kreiml Thomas, Gewerkschaft der Privatangestellten-djp

Oberansmayer Gerald, Aktivist der Werkstatt Frieden & Solidarität

Riexinger Bernd, Geschäftsführer von ver.di, Bezirk Stuttgart

Sellner Reinhart, AHS-Lehrer, UG-Vertreter in der Bundeskonferenz der GÖD und Ausgliederte, einer der Vorsitzenden der UG/GÖD

Stein Dwora, Gewerkschaft der Privatangestellten-djp

Strittmatter Anton, Erziehungswissenschaftler, Mitglied der Geschäftsleitung LCH

Tobler Ruedi, ehemaliger Redakteur der Zeitschrift „Bildungspolitik“ im VPOD

Walser Harald, Abgeordneter zum Nationalrat, Bildungssprecher der Grünen

Wimmer Ralf, BHS-Lehrer, Stellv. Vorsitzender in der Gewerkschaft BMHS OÖ und stellv. FA-Vorsitzender BMHSOÖ, Mitglied der erweiterten Bundesleitung BMHS

Zahradnik Michael, Bundes-Vorsitzender der Sozialistischen GewerkschafterInnen an AHS

LIEFERBARE TITEL

Nr.	Titel	Preis			
				25 Jahre schulheft	€ 10,90
53	Sexualität	€ 7,20	103	Esoterik im Bildungsbereich	€ 10,90
56	Zweiter Weltkrieg	€ 6,40	104	Geschlechtergrenzen überschreiten	€ 10,90
57	Österreich-EG-Europa	€ 5,00	105	Die Mühen der Erinnerung Band 1	€ 10,90
58	Museumspädagogik	€ 10,20	106	Die Mühen der Erinnerung Band 2	€ 10,90
59	Analphabetismus	€ 5,00	107	Mahlzeit? Ernährung	€ 10,90
60	Erziehungsziel Parteidisziplin	€ 5,00	108	LehrerInnenbildung	€ 11,60
61	Erziehung und Bildung III	€ 7,20	109	Begabung	€ 11,60
62	Community Education	€ 7,20	110	leben – lesen – erzählen	€ 11,60
63	Feministische Pädagogik	€ 7,20	111	Auf dem Weg – Kunst- und Kulturvermittlung	€ 11,60
64	Schulautonomie	€ 10,90	112	Schwarz-blaues Reformsparen	€ 8,70
65	Traumschule	€ 5,00	113	Wa(h)re Bildung	€ 10,60
66	Österreichische Identität	€ 7,20	114	Integration?	€ 10,60
67	Lernwidersprüche	€ 7,20	115	Roma und Sinti	€ 10,60
68	Fremd-Sprachen-Politik	€ 7,20	116	Pädagogisierung	€ 10,60
69	Was Lehrer lesen	€ 7,20	117	Aufrüstung u. Sozialabbau	€ 10,60
70	Behindertenintegration	€ 10,90	118	Kontrollgesellschaft und Schule	€ 10,60
71	Sexuelle Gewalt	€ 7,20	119	Religiöser Fundamentalismus	€ 10,60
72	Friedenserziehung	€ 8,70	120	2005 Revisited	€ 10,60
74	Projektunterricht	€ 7,20	121	Erinnerungskultur – Mauthausen	€ 10,60
76	Noten und Alternativen II	€ 7,20	122	Gendermainstreaming	€ 10,60
77	Unabhängige Gruppen in der GÖD	€ 7,20	123	Soziale Ungleichheit	€ 10,60
78	Neues Lernen – neue Gesellschaft	€ 7,20	124	Biologismus – Rassismus	€ 10,60
79	Sozialarbeit & Schule	€ 6,50	125	Verfrühpädagogisierung	€ 10,60
80	Reformpädagogik	€ 8,70	126	Leben am Rand	€ 10,60
81	Lust auf Kunst?	€ 8,70	127	Führe mich sanft Beratung, Coaching & Co.	€ 10,60
82	Umweltwahrnehmung	€ 8,70	128	Technik-weiblich!	€ 10,60
84	Verordnete Feiern – gelungene Feste	€ 8,70	129	Eine andere Erste Republik	€ 10,60
85	Misere Lehre	€ 8,70	130	Zur Kritik der neuen Lernformen	€ 10,60
86	Erinnerungskultur	€ 8,70	131	Alphabetisierung	€ 10,60
87	Umwelterziehung	€ 8,70	132	Sozialarbeit	€ 10,60
88	Lehren und Lernen fremder Sprachen	€ 8,70	133	Privatisierung des österr. Bildungssystems	€ 11,00
89	Hauptfach Werkerziehung	€ 8,70	134	Emanzipatorische (Volks)Bildungskonzepte	€ 11,00
90	Macht in der Schule	€ 8,70	135	Dazugehören oder nicht?	€ 11,00
92	Globalisierung, Regiona- lisierung, Ethnisierung	€ 10,90	136	Bildungsqualität	€ 11,00
93	Ethikunterricht	€ 8,70	137	Bildungspolitik in den Gewerkschaften	€ 11,00
94	Behinderung, Integration in der Schule	€ 10,90			
95	Lebensfach Musik	€ 10,90			
96	Schulentwicklung	€ 10,90			
97	Leibeserziehung	€ 12,40			
98	Alternative Leistungsbeurteilung	€ 11,60			
99	Neue Medien I	€ 11,60			
100	Neue Medien II	€ 10,90			
101	Friedenskultur	€ 10,90			
102	Gesamtschule –				
				in Vorbereitung:	
				138 Jugendarbeitslosigkeit	€ 11,00



Andrea Holzinger/
David Wohlhart

Schulische Integration

Erfolgreich im Lehrberuf, Band 4

192 Seiten, zahlr. Tabellen und
Übersichtstafeln

€ 19.90/sfr 34.50

ISBN 978-3-7065-4304-0

Auch wenn in Österreich die gesetzlichen Grundlagen zur schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen schon vor mehr als einem Jahrzehnt geschaffen wurden, können noch nicht alle Kinder - ohne Ausschluss - alles für sie Bedeutsame lernen, jede/r auf seine/ihre Weise und dabei auf die jeweils nötigen Hilfen zurückgreifen. Viele kleine ideologische, legistische und praktische Barrieren verhindern es teilweise, dass wirklich jedes einzelne Kind bzw. jeder einzelne Jugendliche mit Behinderung die Schule besuchen kann, die es bzw. er besuchen würde, wenn er keine Behinderung hätte. Das zeigt dieser wegweisende Band erstmals in derart geschlossener Form auf!

Die Autoren

Andrea Holzinger, Mag., Sonder- und Integrationspädagogin, Professorin an der Pädagogischen Hochschule Steiermark, Lehrbuchautorin, Mitarbeiterin an Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der Integrationspädagogik, Begabungsförderung und elementaren Bildung.

David Wohlhart, Sonder- und Integrationspädagoge, Lehrender an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Graz, Softwareentwickler, Lehrbuchautor, Mitarbeiter an Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der Sonder- und Integrationspädagogik

StudienVerlag

Innsbruck
Wien
Bozen

A-6020 Innsbruck • Erlenstraße 10

T: 0043/512/395045 • F: 0043/512/395045-15

order@studienverlag.at

Portofrei mit Rechnung: www.studienverlag.at

Matthias Bollmann

Kreative Videoproduktionen in der Schule

Ein Handbuch für Pädagoginnen und
Pädagogen

240 Seiten, fest gebunden, mit CD

€ 24.90/sfr 42.90

ISBN 978-3-7065-4633-1



Dieses Handbuch liefert auf klare und verständliche Art und Weise Basiswissen und Ideen für die Umsetzung von Videoproduktionen in der Schulpraxis.

Pädagoginnen und Pädagogen finden darin alle für sie notwendigen und relevanten Informationen, um gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern kreative Videoprojekte in der Schule realisieren zu können. Die beiliegenden DVDs beinhalten Praxisbeispiele zur Veranschaulichung der behandelten Themen sowie 70 frei verwendbare Videobearbeitungsprogramme. Pädagoginnen und Pädagogen sind mit Hilfe dieser Publikation in der Lage, eigenständige Videoprojekte mit geringem technischen und zeitlichen Aufwand durchzuführen.

Der Autor ist selbst ein video begeisterter Medienpädagoge, der in dem Werk seine langjährigen Erfahrungen anschaulich und informativ für den Schulgebrauch aufbereitet.

StudienVerlag

Innsbruck
Wien
Bozen

A-6020 Innsbruck • Erlersstraße 10

T: 0043/512/395045 • F: 0043/512/395045-15

order@studienverlag.at

Portofrei mit Rechnung: www.studienverlag.at